

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 36 · 5. September 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Roberts Abgang

Sinnbild eines gescheiterten gesellschaftlichen Experiments
Seite 3

Wirtschaft Die Zahl der Großinsolvenzen in Deutschland steigt Seite 2

Geschichte Vor 150 Jahren wurde Matthias Erzberger geboren Seite 10

VON RENÉ NEHRING

Bodo Ramelow sieht ein Problem. Im Interview mit der „Rheinischen Post“ erklärte der Bundestagsvizepräsident und ehemalige thüringische Ministerpräsident, dass seiner Beobachtung nach viele Ostdeutsche mit nationalen Symbolen wie der schwarz-rot-goldenen Bundesflagge und der Nationalhymne fremdeln würden. Weshalb der Linke-Politiker für eine Suche nach neuen staatlichen Symbolen plädiert.

Ramelows Einwurf berührt mehrere Aspekte. So ist zunächst zu fragen, wer denn diese „Ossis“ sein sollen, die angeblich mit Schwarz-Rot-Gold und Deutschlandlied fremdeln. Vor über dreißig Jahren jedenfalls trieben Millionen DDR-Bürger mit eben jenen Farben, die seit den Befreiungskriegen und den nationalen Einigungsbewegungen des 19. Jahrhunderts Symbol für Einigkeit und Recht und Freiheit sind, die SED – die Vorgängerpartei von Ramelows „Die Linke“ – aus den Sesseln der Macht. Es waren auch die Deutschen von Rügen bis zum Thüringer Wald, die sich damals mit Rufen wie „Wir sind ein Volk!“ oder „Deutschland einig Vaterland!“ unüberhörbar zur Einheit der Nation bekannten. Und dass gerade in jenen Bundesländern seit geraumer Zeit eine Partei stärkste politische Kraft ist, die sowohl auf ihren Plakaten als auch bei Veranstaltungen offensiv die Nationalfarben zeigt, legt den Schluss nahe, dass in jenen Regionen die Sympathien für die nationalen Symbole nie erloschen sind.

Insofern sagen Ramelows Aussagen vermutlich mehr über ihn und sein Umfeld aus als über die tatsächliche Stimmung im Lande.

Dennoch einen Nerv getroffen

Unabhängig davon ist es spannend zu sehen, welche Resonanz der Linkspolitiker auf seinen Vorstoß erfährt. Dass sich praktisch alle großen Medien zu Wort

melden, zeigt einmal mehr, wie wenig die zeitgenössischen Deutschen – vor allem die kulturellen Eliten unter ihnen – ihr Verhältnis zur Geschichte der eigenen Nation und zu dem Staat, in dem sie „gut und gerne leben“ (Angela Merkel), geklärt haben. Ansonsten würde ein Politiker wie Ramelow für seine jüngsten Äußerungen allenfalls ein müdes Lächeln ernten.

Dass Ramelow eine so große Resonanz erzielte, zeigt zudem, dass viele Kommentatoren in der Tiefe ihres Herzens nicht nur um dieses Defizit wissen, sondern auch, dass sie zumindest ahnen, dass dies ein echtes Problem ist. Seit den sechziger Jahren haben sich vor allem linke Akademiker, Journalisten und Politiker in der Bundesrepublik vor dem historischen Hintergrund der Katastrophe des „Dritten Reichs“ eingeredet, dass nationales Bewusstsein *per se* des Teufels und somit zu überwinden sei. Begriffe wie *Heimat*, *Vaterland* oder *Patriotismus* galten zunehmend als „ewiggestrig“, „reaktionär“ oder gar „rechtsradikal“.

Doch damit haben diese vermeintlich klugen Geister nicht nur einen ähnlichen, wenn auch entgegengesetzten „deutschen Sonderweg“ eingeschlagen wie die Nationalsozialisten mit ihrer Überhöhung des eigenen Volkes, sondern – im sicheren Irrglauben an die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Staates – obendrein ignoriert, dass jedes Gemeinwesen eine sinnstiftende Klammer braucht, die den Bürgern ein-

leuchtend vermittelt, warum sie sich für die Gemeinschaft einsetzen sollen.

Als der Bundestag 1991 zur Finanzierung der Mehrbelastungen durch die deutsche Einheit den „Solidaritätszuschlag“ beschloss, stellte keine politische Kraft diese Sondersteuer infrage. Offensichtlich zweifelte niemand an der Existenz der Nation als Schicksalsgemeinschaft und an der Notwendigkeit, bei Bedarf füreinander den Gürtel enger zu schnallen. Und als 1997 die Oder, 2002 die Elbe und 2021 die Ahr über die Ufer traten, eilten jeweils tausende Helfer herbei und legten ohne „Befehl von oben“ und ohne jede finanzielle Vergütung für andere Landsleute Hand an, um die ungeheuren Schäden zu beseitigen.

Warum Patriotismus?

Gerade in Zeiten wie den jetzigen, in denen unsere Gesellschaft einen grundlegenden Wandel durchläuft und viele alte Gewissheiten nicht mehr gelten, sollte insbesondere der Politik bewusst sein, auf welchen Fundamenten der eigene Staat errichtet wurde – und auf welchen Grundlagen dieser Staat seine Bürger in die Pflicht nehmen will. Zu welchem Zweck etwa sollen möglicherweise demnächst wieder junge Männer (und vielleicht auch Frauen) zur Bundeswehr eingezogen werden?

Vor mehr als einem halben Jahrhundert setzte der Politologe Dolf Sternberger zur Lösung der linken Bauchschmer-

DEBATTE

Ramelow wirft mit falschen Motiven richtige Fragen auf

Warum es an der Zeit ist, dass insbesondere Teile der deutschen Eliten ihr Verhältnis zum eigenen Land und dessen nationalen Symbolen klären

IN DIESER AUSGABE

Politik

„Arm, aber sexy“ reicht nicht mehr – der Tourismus in der Hauptstadt bricht ein Seite 5

Kultur

Wie der Vater, so der Sohn: Konstantin Frantz auf dem Weg zur Weltkarriere Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Historisches Flair im innerostpreussischen Grenzland Seite 13

Lebensstil

Wie ein Park im östlichen Brandenburg zum „Tal der Liebe“ wurde Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Wirtschaftliche Talfahrt Erstmals seit mehr als zehn Jahren übersteigt die Arbeitslosigkeit wieder die Drei-Millionen-Grenze – Es ist auch ein Erbe, das die Ampelregierung hinterlassen hat

Deutsche Wirtschaft im Sinkflug

Offiziell sank das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um 0,3 Prozent – Es könnte aber viel mehr sein

VON WOLFGANG KAUFMANN

Unter der Ampelregierung rutschte Deutschland in die Rezession. Dabei präsentierte das Statistische Bundesamt (Destatis) zunächst geschönte Zahlen. Für 2023 meldete es einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 0,3 Prozent und für 2024 um 0,2 Prozent. Nun folgten korrigierte Daten aus dem Destatis, welche zeigen, dass der wirtschaftliche Absturz noch deutlich gravierender war. Das reale Minus lag 2023 bei 0,9 Prozent und 2024 bei 0,5 Prozent. Und für dieses Jahr sieht es kaum besser aus, obwohl die Merz-Regierung behauptet, die Lage sei erfreulicher als die Stimmung im Land.

Gleichzeitig operierte das Destatis erneut mit Zahlen, die es später zum Schlechteren korrigieren musste. Im ersten Quartal des laufenden Jahres sollte das BIP im Vergleich zum Zeitraum von Oktober bis Dezember 2024 angeblich um 0,4 Prozent gewachsen sein, aus denen nun 0,3 Prozent wurden. Außerdem sprach die Wiesbadener Behörde am 30. Juli noch von einem sehr geringen BIP-Minus im zweiten Quartal 2025 von 0,1 Prozent. Jetzt bezifferte sie den Schwund hingegen auf schon 0,3 Prozent. Und tatsächlich ist die Situation der deutschen Wirtschaft genauso desaströs wie zu Zeiten der Ampel.

Aus den Konjunkturzahlen des IT-Dienstleisters Datev geht hervor, dass die Umsätze der mittelständischen Betriebe im Juli 2025 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um bis zu vier Prozent zurückgingen – besonders betroffen hiervon waren das Gastronomie- und das Bauhauptgewerbe. Aber auch die Industrieproduktion sank um 0,3 Prozent. Wachstum gibt es derzeit lediglich noch in Branchen wie der Werbung oder dem Wach- und Sicherheitsgewerbe sowie bei jenen Unternehmen, die irgendwie von der Bürokratie profitieren. Außerdem sorgte der ausgabefreudige öffentliche Sektor für eine Erhöhung der Nachfrage um 0,8 Prozent.

Die Ursachen für die enttäuschende Entwicklung der Wirtschaft hierzulande sind vielfältig. So haben die jährlich bei über 100 Milliarden Euro liegenden Körperschafts- und Gewerbesteuern sowie

die stetig steigenden Sozialausgaben und Bürokratiekosten in ebenfalls dreistelliger Milliardenhöhe die Unternehmen in eine Art „ökonomische Schockstarre“ versetzt. Außerdem leiden sie unter explodierenden Energiepreisen und einer sinkenden Inlandsnachfrage aufgrund des Kaufkraftverlustes der Verbraucher infolge der anhaltenden Inflation und zunehmenden Arbeitslosigkeit.

In den vergangenen zwölf Monaten gingen 125.000 Stellen verloren, davon allein 70.000 in der Industrie, dem Herzstück der deutschen Wirtschaft, das besonders von den zahlreichen Fehlentscheidungen auf Regierungsseite betroffen ist. Wegen der miserablen Lage unterblieben Investitionen. Diese sanken allein im letzten Vierteljahr um 1,4 Prozent.

Verzerrte Statistiken

Ebenso lieferte der früher überragend starke Auslandshandel keine positiven Impulse mehr: Die Exporte gingen zwischen April und Juni um 0,1 Prozent zu-

rück. Schuld hieran sollen die „Bremsspurten des Handelskrieges“ mit den USA sein, also die von Donald Trump verhängten oder angekündigten Zölle. So lautet unter anderem die Aussage des neuen Chefvolkswirtes der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Dirk Schumacher. Allerdings treffen die Zölle auch die anderen Staaten der Euro-Zone, und deren Wirtschaftsdaten sind zumeist besser.

In Frankreich beispielsweise ist das BIP im letzten Quartal um 0,3 Prozent gewachsen, nachdem die Analysten nur 0,1 Prozent erwartet hatten. Spanien kam im gleichen Zeitraum auf 0,7 Prozent – nach einem Anstieg um 0,6 Prozent zwischen Januar und März 2025. Insgesamt lag der BIP-Zuwachs innerhalb der Eurozone im zweiten Vierteljahr bei 0,2 Prozent, wobei Italien den Durchschnittswert ebenso nach unten zog wie Deutschland. Das italienische Minus belief sich indes nur auf 0,1 Prozent.

Wenig Grund zu Optimismus besteht auch beim Blick in die Zukunft. Die Deut-

sche Bundesbank prognostizierte für das dritte und vierte Quartal ein neuerliches Anziehen der Inflation und anhaltende wirtschaftliche Stagnation. Darüber hinaus hieß es: „Die trüben Aussichten für den Welthandel, die noch schwache Auftragslage und die niedrige Auslastung vorhandener Kapazitäten dürften die Investitionstätigkeit der Unternehmen weiter beeinträchtigen.“ Aus all diesen Gründen seien prozentuale Zuwächse beim BIP unwahrscheinlich.

Dabei ist die wirtschaftliche Rezession im Grunde genommen noch schlimmer, als es auf den ersten Blick scheint, weil die Statistiken durch die mit Steuergeldern finanzierten Aktivitäten des öffentlichen Sektors verzerrt werden. Rechnet man diese nämlich heraus, könnte das BIP-Minus 2025 sogar bei vier bis fünf Prozent liegen. Das meint zumindest der unabhängige Volkswirt Thomas Kolbe. Aber derartige Zahlenexperimente sind im Destatis und dem Bundeswirtschaftsministerium natürlich tabu.



Ein Vorgeschmack auf das, was noch kommen kann: Mitarbeiter müssen ihre Sachen packen, nachdem ein weiteres Unternehmen für immer seine Türen schließt
Bild: Shutterstock

„CASH RESILIENCE“

Vorbereitung auf den Notfall beim Bargeld

Angesichts drohender Krisen, beispielsweise durch großflächige, langanhaltende Stromausfälle oder Cyberangriffe auf die Energieversorgung und digitale Infrastruktur unseres Landes, hat die Deutsche Bundesbank ein Projekt namens „Care“ gestartet. Die Bezeichnung steht für „Cash Resilience“, was sich am ehesten mit „Widerstandsfähigkeit beim Bargeld“ übersetzen lässt. Zweck des Ganzen ist die Sicherung der Bargeldversorgung, wenn andere Zahlungsmittel ausfallen.

Die Initiative der Bundesbank erfolgt in Reaktion auf das Forschungsvorhaben Basic, welches zeigte, dass das größte Risiko im Krisenfall nicht im Fehlen ausreichender Bargeldbestände liegt, sondern in der Zersplitterung des Bargeldkreislaufes, in den über 1500 Kreditinstitute, Geldtransportunternehmen und Automatenbetreiber involviert sind, was die Abstimmung extrem erschwert. Mit Care will die Bundesbank in Krisenzeiten künftig alle Daten über die Bargeldbestände zusammenführen, um so ein digitales Lagebild zu erhalten. Auf dessen Grundlage sollen dann wiederum Optimierungsalgorithmen berechnen, welche Automaten und Filialen vorrangig beliefert werden müssten. Voraussetzung ist, dass genügend Notstromaggregate zur Verfügung stehen, damit die ausgewählten Bargeldbezugspunkte für die Bevölkerung auch tatsächlich arbeitsfähig bleiben.

Das wirft allerdings zwei Fragen auf: Welches IT-Unternehmen wäre zuverlässig und kompetent genug, um die Anforderungen der Bundesbank zu erfüllen? Bisherige Ausschreibungen staatlicher Behörden für digitale Lösungen wie im Gesundheitsbereich führten stets zu endlosen Pannenserien. Und wie lange wird es dauern, bis die technischen Voraussetzungen für die Notstromversorgung der wichtigsten Bargeldbezugspunkte geschaffen sind? Bei der hierzulande üblichen schleppenden Umsetzung von Bauvorhaben könnte es sein, dass die Bargeldkrise eher da ist, als die anvisierte „Cash Resilience“.
W.K.

GROSSINSOLVENZEN

Unternehmen am existentiellen Abgrund

Schwache Nachfrage, steigende Kosten, Unsicherheit – Zahl der Firmenschließungen erreicht rekordverdächtigtes Niveau

Aus einer Auswertung der Unternehmensberatung Falkensteg geht hervor, dass die Zahl der Großinsolvenzen von Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als zehn Millionen Euro im ersten Halbjahr 2025 erneut deutlich gestiegen ist. Die Amtsgerichte registrierten mit 201 Fällen 17 Prozent mehr solcher Insolvenzen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Parallel dazu meldete der Wirtschaftsinformationsdienst Creditreform für das erste Halbjahr 2025 rund 11.900 Pleiten von Betrieben aller Art, was nahezu auf eine Verdopplung gegenüber den ersten sechs Monaten von 2022 hinausläuft. Der Leiter Wirtschaftsforschung bei Creditreform, Ludwig Hantzsch, kom-

mentierte dies mit den Worten: „Trotz einiger Hoffnungssignale steckt Deutschland weiter in einer tiefgreifenden Wirtschafts- und Strukturkrise. Unternehmen kämpfen mit schwacher Nachfrage, steigenden Kosten und anhaltender Unsicherheit.“

Maßgeblich von den Großinsolvenzen betroffen ist die Automobilbranche mit 26 Fällen und die Maschinenbauparte mit 18 Fällen. An der Spitze der diesbezüglichen Statistik steht allerdings der Immobiliensektor mit 27 Konkursen. Hierbei offenbart sich aber ein zweigeteiltes Bild. So sank die Zahl der Pleiten im klassischen Immobilienbau mit den Bereichen Projektierung und Rohbau gegen-

über 2024 von zwölf auf fünf. Das ist kein Anlass zu Optimismus, sondern lediglich die Folge einer brutalen Marktberreinigung in den Vorjahren sowie von Stillhalteabkommen mit Banken und Investoren zwecks Vermeidung formeller Insolvenzverfahren.

Die Zahl der Großinsolvenzen im Gebäudebereich, zu dem vor allem der Innenausbau und die Gebäudedienstleistungen gehören, stieg dahingegen von 18 auf 22. Zumeist traf es dabei die Gewerke Elektro, Heizung, Sanitär, Klima und Trockenbau. Unter anderem meldeten einige Unternehmen, die Solaranlagen und Wärmepumpen installieren, Konkurs an. Die prekäre Situation im Gebäu-

„Trotz einiger Hoffnungssignale steckt Deutschland weiter in einer tiefgreifenden Wirtschafts- und Strukturkrise“

Ludwig Hantzsch
Leiter Wirtschaftsforschung
bei Creditreform

debereich hat dabei vor allem zwei Ursachen. Zum einen drücken hohe Material- und Lohnkosten auf die Gewinne, zum anderen gibt es viele Zahlungsausfälle vonseiten der Bauträger, die nachfolgend auch bei ihren Auftragnehmern zu existentiellen Problemen führen.

Die Zukunftsaussichten für die Immobilienbranche bewertet Falkensteg grundsätzlich negativ. Die Zahl der Insolvenzen werde aufgrund der fortbestehenden strukturellen Schwächen anhaltend hoch bleiben. Beispielsweise sei die Nachfrage nach Büroimmobilien und Einzelhandelsflächen weiterhin gering, sodass man frühestens in drei bis fünf Jahren auf eine echte Erholung hoffen könne.
W.K.

Das Scheitern eines Hochstaplers

Der Abgang von Robert Habeck von der politischen Bühne macht die substantielle Leere sichtbar, die das grüne Gesellschaftsexperiment hinterlässt. Anmerkungen zum Ende einer Posse, die letztlich nie mehr war als hohle Inszenierung

VON HOLGER FUSS

W er in der vergangenen Woche den Auftritt von Robert Habeck in der ZDF-Talkshow „Markus Lanz“ verfolgt hat, wird nicht ohne Beklommenheit zur Kenntnis genommen haben, welch ein intellektueller Hochstapler die Grünen in ihre derzeitige Bedeutungslosigkeit geführt hat. Der abgewählte Vizekanzler der Ampelregierung und Bundeswirtschaftsminister hatte zwei Tage zuvor seinen Abschied aus der Politik bekannt gegeben. Bei „Lanz“ rechtfertigte er nun die Rückgabe seines Bundestagsmandats und das Enttäuschen seiner Wähler.

Er habe „Bündniskanzler“ werden wollen, Europa von Deutschland aus „dienend führen“ hin zu einer souveränen Macht zwischen USA und China. Allerdings scheiterte sein Kanzlerwahlkampf an schwachen 11,6 Prozent für die Grünen. Dadurch sei sein „politisches Angebot“, das seine „politische Identität ausgemacht“ habe, „in eine Sackgasse geraten“. Hier schwurbelte ein politischer Verlierer, seufzte und stockte immer wieder, und versuchte mit zuckrigen Worten der simplen Tatsache Tiefgang zu verleihen, dass er sich im Angesicht seines selbstgeschaffenen Trümmerfeldes fühlt wie ein Ertrinkender auf hoher See.

Absturz aus Prestige und Privilegien

Im Interview mit der Tageszeitung „taz“ hatte Habeck zuvor bereits das verräterische Bild bemüht, er wolle nicht künftig im Bundestag „wie ein Gespenst über die Flure laufen und sagen: Früher war ich mal Vizekanzler, erinnert ihr euch?“ Deutlicher kann einer gar nicht herausschreien, dass ihn der eigene Absturz aus Prestige und Privilegien im Innersten erschüttert hat. Da der 56-jährige promovierte Literaturwissenschaftler geübt darin ist, sein Gemütsleben zu abstrahieren, vernünftelt er sich auch hier in einen Überbau und schwadroniert über seine Zukunft: „Ich will eine neue Geschichte. Dafür muss ich einen anderen als den erwartbaren Weg gehen. Dafür muss ich einen Raum aufstoßen, um dann nochmal neue Beiträge leisten zu können. Und deshalb gehe ich jetzt raus.“

Der frühere Kinderbuchautor kann natürlich auch poetisch: „Ich gehe jetzt komplett ins Offene und lasse die Leinen los. Und ich merke, wie ich wieder Luft unter die Flügel bekomme. Ich merke, dass ich eine Neugier zurückgewinne. Wohin mich der Weg durchs Offene führt, weiß ich nicht.“

Das ist der Robert Habeck, wie ihn seine Anhänger lieben. Mit strubbeligem Haar und schnoddrigem Gestus brachte er all das, was Akademiker vermissen, wenn sie von ihren Büchern aufschauen, in die Politik: Ästhetik, Nachdenklichkeit und Zweifel. Oder zumindest den Anschein davon. Das links-affine und popkulturell durchtönte Bürgertum will auch nicht wirkliche Veränderungen seines Lebensstils, sondern nur das unablässige Raunen darüber – das wohlthuende Schimpfen auf Kapitalismus und Ungerechtigkeit, bei Einhaltung intensiven Konsums, fair gehandelt fürs gute Gewissen. Die grüne Welt ist ein Als-ob-Milieu, das am liebsten um sich selber kreist.

In dieser Sphäre der ideologisch grundierten Aggressionsgehemtheit eskaliert gestauter Frust gern auf dem Wege der Schmähung politischer Widersacher. Auch Habeck hat sich nicht so gut im Griff, wie er es entsprechend seinem Selbstbild gerne hätte. Im „taz“-Interview pöbelt er Richtung CSU: „Dieses fetischhafte Wurstgefresse von Markus Söder ist ja keine Politik. Und es erfüllt dennoch einen Zweck. Es lenkt ab von den Gründen, die Menschen haben können, sich



„Habitus des Strukturedurchschauers und Welterklärers“: Robert Habeck

Bild: imago/Political-Moments

nicht gesehen und nicht mitgenommen zu fühlen.“ Auch die Bundestagspräsidentin bleibt nicht verschont: „Ich kenne Frau Klöckner schon lange. Sie war noch nie in der Lage, Dinge zusammenzuführen. Sie hat immer nur polarisiert, polemisiert und gespalten. Insofern war von Anfang an klar, dass sie eine Fehlbesetzung ist. Inzwischen sagen selbst Leute aus der Union, dass Merz sie nur zur Präsidentin gemacht hat, um sie von einem Ministerposten fernzuhalten, auf dem sie noch mehr Schaden anrichtet.“

Als hastig angelesene Sachkenntnis auf grandiose Wahnvorstellungen traf

Was Habeck über Julia Klöckner sagt, könnten wir auch als eine unbewusste Selbstbeschreibung deuten. Denn schon bald nach Ernennung zum Bundeswirtschaftsminister wurde offensichtlich, wie wenig der Geisteswissenschaftler Habeck von Ökonomie verstand und wie verheerend die Klimatransformationsideologen in seinem Beraterkreis wirksam wurden. Das Debakel mit dem Wärmepumpengesetz, seine inhaltlichen Aussetzer bei TV-Auftritten zur Pendlerpauschale oder zu Firmeninsolvenzen waren entlarvend für seine hastig angelesene Sachkenntnis, die jedoch ohne Tiefgang war und ihn deshalb auch keine substantiell tragfähigen Perspektiven für die Volkswirtschaft entwickeln ließ.

Als Annalena Baerbock ihrem Co-Partei-Chief Habeck im Frühjahr 2021 die Kanzlerkandidatur der Grünen wegschnappte und anschließend in Talkshows verkündete, nichts zu können, aber im Kanzleramt ganz schnell zu lernen, da erkannten sich im Publikum all jene wieder, die auch nichts konnten und gewohnt waren, sich immerzu durchzuwursteln. Mit dieser Technik des irgendwie Durchmogelns hat die notorisch überforder-

te Kanzlerin Angela Merkel 16 Jahre lang das Land und die politische Klasse geprägt. Seither ist der quotengetriebene Durchschnittsbegabte das Grundmodell im politisch-medialen Komplex.

Habeck wurde stets als etwas Besonderes gehandelt. Als er in den Nullerjahren mit der Politik begann, galt er schnell als junger wilder Prinz von der Ostseeküste und als schleswig-holsteinischer Landesminister bald als Hoffnung der gesamten grünen Partei. Er wurde zum Liebling der Journalisten, weil er die Tarnkappensprache anderer Politiker vermied, für die Frauen wurde er zur Sehnsuchtsgestalt, weil er aus aller Graumäusigkeit herausragte, und für Männer war er der zeitgemäße Nachfolger des maskulinen Idols Gerhard Schröder.

Mit seinem Habitus des Strukturedurchschauers und Welterklärers kann Habeck als Exponent eines postmodernen Bullerbüß gelten. Nirgendwo mehr als bei den Grünen ist die Wahnvorstellung verbreitet, die Wirklichkeit auf ein menschliches Maß schrumpfen und übermenschliche Dimensionen wie das Klima unter menschliche Kontrolle bringen zu können. Der Typus Habeck kennt keine Demut, nichts wovor er zu knien bereit ist. Allenfalls instrumentalisiert er die Demutspose, um sich gefällig zu spreizen.

Die autoritäre Kehrseite eines scheinbaren Kuschedidylls

Und wenn Markus Söder mit seinen Wurstfütterereien in den sozialen Medien angeblich von politischen Themen ablenkt, dann verschleiert Habecks fortwährendes infantiles und pseudofamiliäres Geduze in sozialen Medien, dass seine Partei einer intrigant brodelnden Giftmülltonne gleicht, in der schon mal ein Berliner Bundestagskandidat wie Ste-

fan Gelbhaar durch fingierte Vorwürfe der sexuellen Belästigung eiskalt aus dem Rennen geworfen wurde.

Überhaupt hat der nahbare Kuschel-Leumund des Robert Habeck spätestens seit seiner Strafanzeige gegen einen 64-jährigen Mann aus Unterfranken Risse bekommen, der es gewagt hatte, eine Bilddatei im Internet hochzuladen mit einem Foto Habecks und der Unterzeile „Schwachkopf Professional“. Als bei dem Beschuldigten sogar eine polizeiliche Hausdurchsuchung stattfand, wurde die autoritäre Kehrseite der sanft konzipierten grünen Transformationsrepublik sichtbar. Da kann sich Habeck noch so eindringlich als Verteidiger der liberalen Demokratie aufplustern – wenn einer anderer Meinung ist, versteht er keinen Spaß.

Das wurde auch beim Talk mit Lanz spürbar, als Habeck unfreiwillig seine Schwierigkeiten mit dem Parlamentarismus offenlegte. Die parlamentarische Kontrolle der Regierung bezeichnete er als „Verzerrung der politischen Möglichkeiten“. Stattdessen wüschte er sich das Bundeskabinett als „verschorene Gemeinschaft“, die sich für vier Jahre vom Gängelband der Fraktionen freimacht. Was Habeck hier andeutet, ist der Wille zum Durchregieren, strukturell nicht anders, als es in den USA der ihm verhasste Donald Trump macht. Mithin bringt Habeck den despotischen Glutkern der grünen Bevormundungspartei ans Licht. Der Begriff *Demokratie* ist für Grüne zum Codewort des Durchsetzens der eigenen Agenda verkommen.

Bestätigung eines Scheiterns

Zweifellos ist die tyrannische Wesenart ein Ausdruck von Unsouveränität und Selbstüberschätzung. Die intellektuelle Diskurslosigkeit ist dem links-grünen Lager längst abhandengekommen, Linke und Grüne stehen im gegenwärtigen Kulturkampf argumentativ so blank da, dass sie mitunter sogar bestreiten, dass es einen Kulturkampf überhaupt gibt. Die Brandmauer zur AfD ist eben auch ein Abwehrbauwerk gegen die nichtlinke Mehrheit im Lande, damit sich diesseits im Minderheiten-Lager eine grüne Deutungshegemonie am Leben halten kann.

Programmatisch ist die Hegemonie von Links und Grün in den Ampel-Jahren gescheitert. Habecks Abgang bekräftigt dieses Scheitern nur noch einmal. Die woke Kulturrevolution, die Versessenheit auf Migrationsbewegungen über offene Grenzen, die feministische Außenpolitik, die Klima-Obsession, die Ignoranz gegenüber innovativer Nukleartechnologien, das Selbstbestimmungsgesetz und der Kampf gegen die Heteronormativität – all das hat zu Chaos und Gewalt im Lande geführt. Dass eine Partei, die mit „Nie wieder!“ ihren „Kampf gegen Rechts“ führt, im Ergebnis einen neuen Judenhass auf deutschen Straßen mit entfesselt hat, zeigt das tragische Ausmaß des grünen Scheiterns.

Von Robert Habeck wird mäanderndes Geschwätz bleiben. Hochmut, der nach Worten sucht. Er, sagt Habeck, habe in Deutschland eine „bestimmte politische Kultur“ prägen wollen. Darunter geht bei ihm eben nichts. „Bündniskanzler“ habe er werden wollen. Bundeskanzler war Habeck nicht fein genug. Leider sei ihm dies aufgrund ungenügender Wahlergebnisse nicht möglich gewesen. Aber vielleicht könne er ja das Land „bereichernd befeuern“, in dem er rausgeht aus der Politik. Nun will er erstmal an Universitäten in Dänemark und in den USA „forschen, lehren und lernen“. Und bestimmt wird er schon bald wieder alles besser wissen.

● **Holger Fuß** ist freier Autor und schreibt regelmäßig für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über das Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt“ (FinanzBuch Verlag).

www.m-vg.de/finanzbuchverlag

Der Begriff Demokratie ist für Grüne zum Codewort des Durchsetzens der eigenen Agenda verkommen

MELDUNGEN

Gift aus Windrädern

Hamburg – Nach den alarmierenden Erkenntnissen früherer Studien zur Freisetzung von chemischen Substanzen aus Offshore-Windparks ins Meer liefert eine internationale Studie weitere Ergebnisse. Die Leitung der Studie lag beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, dem französischen Forschungsinstitut für die Nutzung der Meere und dem belgischen Forschungsinstitut für Agrar-, Fischerei- und Lebensmittelforschung. Bei einer Literaturrecherche wurden 228 in der Offshore-Industrie verwendete Substanzen identifiziert, die ins Meer gelangen können. 62 davon gelten als besonders umweltschädlich, zählen teilweise zur Gruppe der „Ewigkeitschemikalien“ (PFAS). Diese industriell hergestellten Chemikalien werden in der Umwelt nicht abgebaut. PFAS-haltiger Meeresschaum wurde bereits an den Küsten von Nord- und Ostsee festgestellt. *D.J.*

„Tatmittel Drohne“

Berlin – Im ersten Quartal 2025 wurden in der Bundesrepublik insgesamt 536 Drohnen über militärischen Einrichtungen gesichtet. Dies berichtet „Bild“ unter Verweis auf ein vertrauliches Dokument des Bundeskriminalamtes mit dem Titel „Tatmittel Drohne“. Im Fokus der mutmaßlichen Spionageaktivitäten standen vor allem Stützpunkte und Antennenanlagen der Marine in Wilhelmshaven und Ramsloh, Militärflugplätze in Manching und Neuburg an der Donau sowie die von den US-Streitkräften genutzte Ramstein Air Base. Ein Gesetz, das es der Bundeswehr erlauben würde, verdächtige Drohnen auf klarer rechtlicher Grundlage abzuschießen, wurde von der Ampel angekündigt, jedoch aufgrund des Regierungswechsels bislang nicht ins Parlament eingebracht. Damit verbleibt die Zuständigkeit für die Drohnenabwehr außerhalb der Bundeswehrliegenschaften weiter bei den Polizeien der Länder. *W.K.*

Deutschland soll zahlen

Warschau – Polens neuer Staatspräsident Karol Nawrocki hat anlässlich des Jahrestags der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages erklärt, Deutschland habe „bis heute die Rechnung für die erlittenen Schäden nicht beglichen“. Zugleich warnte Nawrocki, in Russland würden „imperiale Ressentiments“ wieder aufleben. Auf „X“ twitterte der polnische Staatspräsident weiter: „Aus dieser Tatsache muss die heutige Welt Konsequenzen ziehen und verhindern, dass kranke Träume von einem Imperium weitere Menschenleben fordern.“ Der parteilose Historiker war von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) als Präsidentschaftskandidat aufgestellt worden. Nach wenigen Wochen im Amt hat Nawrocki Ende August von seinem Vetorecht Gebrauch gemacht und damit die Verlängerung von Arbeiterurlauben von etwa 700.000 Ukrainern verhindert. Zeitgleich blockiert Nawrocki per Veto auch ein Gesetz, das die bisherige Hilfe für ukrainische Flüchtlinge um ein halbes Jahr verlängern sollte. *H.M.*



Statt einen Kurswechsel zu vollziehen, setzt die Familienministerin von der CDU die Subventionspolitik ihrer Vorgängerin Paus von den Grünen mit noch mehr Steuergeldern fort: Karin Prien und Lisa Paus (v.l.) *Bild: imago/Revierfoto*

NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

Noch mehr Geld für NGOs

Familienministerin Karin Prien erhöht das Budget für „Demokratie leben!“

VON ROBERT MÜHLBAUER

N

hezu unbemerkt von der breiteren Öffentlichkeit hat das Bundesfamilienministerium unter Ministerin Karin Prien (CDU) das Budget für das Programm „Demokratie leben!“ kräftig erhöht. Nach 182 Millionen Euro Steuergeld in diesem Jahr wird es nächstes Jahr satte 191 Millionen Euro geben, überwiegend für sogenannte Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die dem links-grünen Spektrum angehören. Der Vorgang ist erstaunlich und sorgt bis weit in die Union hinein für Irritationen.

Noch kurz vor der Bundestagswahl hatte die CDU/CSU-Fraktion eine Anfrage an die damalige Ampel-Regierung mit 551 Fragen zur „Politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ gestellt. „Manche Stimmen sehen in den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine Schattenstruktur, die mit staatlichen

Geldern indirekt Politik betreibt“, hieß es in der Anfrage (die PAZ berichtete). Namentlich nannte die CDU/CSU-Fraktion etwa das Medienhaus Correctiv, die Amadeu-Antonio-Stiftung oder den Verein „Neue deutsche Medienmacher*innen“. SPD, Grüne und Linke reagierten empört auf den Fragenkatalog. In den Koalitionsverhandlungen stellte sich die SPD schützend vor die NGOs.

Neun Millionen Euro mehr

Nun wird das Förderprogramm unter einer CDU-Ministerin nicht etwa gekürzt, sondern nochmal ausgebaut. Die AfD griff die Union dafür scharf an. „Friedrich Merz versprach den Wählern ‚Links ist vorbei‘ – jetzt ist klar: Der Kanzler knickt erneut vor der SPD ein“, wettete Parteichefin Alice Weidel. Die „Bild“-Zeitung sprach von der nächsten „CDU-Kehrtwende“.

Auch der Journalist und Buchautor („Der NGO-Komplex“) Björn Harms kri-

tisiert die Aufstockung des NGO-Programms. „Die geplante Mittelerrhöhung für das Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ belegt eindrucksvoll, dass die Union nichts aus ihren Fehlern der Vergangenheit lernt“, sagte er der PAZ. „Statt den NGO-Sumpf endlich trockenzulegen und die Daueralimentierung linker Lobbygruppen einzustellen, schüttet Familienministerin Prien das politische Vorfeld der Linken mit weiteren Millionen zu.“ Offenbar gab es in der Unions-Fraktion erhebliche Unruhe. Prien sah sich genötigt, einen Rundbrief an alle Abgeordneten zur Rechtfertigung zu verschicken.

Schon im Januar erhielt die PAZ aus dem Bundesfamilienministerium eine Liste der Vereine, die in diesem Jahr gefördert werden. Nun kann man auf der Website detailliert lesen, welche NGOs wie viel aus dem Füllhorn erhalten. 622.916,57 Euro bekommt in diesem Jahr die umstrittene, von der ehemaligen Stasi-Mitarbeiterin Anetta Kahane gegründe-

te Amadeu-Antonio-Stiftung für „Rechts-extremismusprävention“ und zusätzlich 250.000 Euro für „Good Gaming Support“, also Computerspiele mit entsprechender politischer Botschaft. Das linke Medienhaus Correctiv bekommt mehr als 140.000 Euro – für ein Projekt „Schulungen im Umgang mit TikTok in Feuerwehr und Vereinswesen“.

Allerlei Ausländer- und Migrantenverbände werden üppig bezuschusst: Rund 420.000 Euro gibt es für die „Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen“, 425.000 Euro für „neue deutsche Organisationen – das postmigrantisches Netzwerk“, 475.000 Euro für einen Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe-Migrationsarbeit.

Wo die Steuermittel hinfließen

Viel Geld erhalten auch diverse Vereine für LGBT-Lobbyarbeit (Lesbian, Gay, Bi- und Transsexualität). Der Bundesverband Trans* bekommt 475.000 Euro, der Verein Trans-Inter-Aktiv in Mitteldeutschland 250.000 Euro, der Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD+Verband Queere Vielfalt) insgesamt fast 680.000 Euro. Über die Jahre haben diese NGOs schon mehrere Millionen Euro Steuergeld erhalten.

Auch in zahlreichen Kommunen werden meist linke und teils sogar linksextreme Projekte gefördert. Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ deckte auf, dass in Fulda ein Verein eines Ex-DKP-Funktionsärs Steuergeld bekommt, dessen Ziel explizit ist, „die AfD kaputt zu machen“. Nach Recherchen der „Welt am Sonntag“ erhielt in Heidelberg der Verein „Teilseind“, der „gegen Muslimfeindlichkeit“ kämpft, über die Jahre sogar 2,8 Millionen Euro, während der Vereinsgründer zionistische Juden auf Twitter als „Krankheit“ bezeichnete und fragte, ob Deutschland „ein Judenstaat“ werde.

Generell ist fragwürdig, ob der Staat mit so hohen Summen NGOs mit politischer Schlagseite fördern sollte. Dadurch lenkt der Staat die politische Willensbildung. Der Staatsrechtler Hubertus Gersdorf von der Universität Leipzig sagte dazu in einem Interview der „Jungen Freiheit“: „In einer Demokratie muss sich der Meinungs- und Willensbildungsprozess vom Volk zum Staat hin vollziehen. Greift der Staat über NGOs steuernd ein, kehrt er diesen Prozess um.“ Das sei kennzeichnend für autoritäre oder gar diktatorische Staaten.

Prien sieht dies selbstredend anders. Für sie ist das NGO-Förderprogramm offenbar eine Herzensangelegenheit.

BEVÖLKERUNGSPOLITIK

Kostenloses Probewohnen in möblierter Wohnung

Mit attraktiven Schnupper-Angeboten locken deutsche Städte potentielle neue Einwohner

Das malerische Görlitz gilt als die erste deutsche Kommune, die auswärtigen Interessenten ein Probewohnen angeboten hat, um gegen eine sinkende Einwohnerzahl anzukämpfen. Mittlerweile ziehen immer mehr kleine und mittelgroße Städte nach. Zunächst waren es Städte im Osten der Republik wie Guben, Eisenhüttenstadt, Eberswalde und Wittenberge, die nach dem Vorbild von Görlitz ein Probewohnen angeboten haben. Mittlerweile haben aber auch schon das nordhessische Homberg (Efze) und das bayerische Nordhalben im Frankenwald ein Wohnen auf Probe angeboten.

Aktuell läuft in Eisenhüttenstadt, ganz am östlichen Rand des Landes Brandenburg, eine Aktion, bei der Interessierte für zwei Wochen kostenfrei in einer möblierten Wohnung leben können und das Leben in der Stadt quasi testen. Ursprünglich hatte die Stadt eine „kleine Sommeraktion“ geplant. Eingegangen sind dann aber 1.700 Bewerbungen – darunter sogar

einige aus Australien und China. Befeuert wurde das Interesse an der Oderstadt mit 25.000 Einwohnern durch einen Bericht des US-Senders CNN.

Der Sender hatte im Sommer in seinem internationalen Nachrichtenformat „CNN News Central“ das Probewohnen-Projekt in Eisenhüttenstadt zum Thema gemacht. International bekannt gemacht hatte die einstige sozialistische Musterstadt bereits der Schauspieler Tom Hanks, der vor einigen Jahren in der Show von David Letterman von der „Iron Hut City“ in Germany schwärmte.

Für das Probewohnen vom 6. bis zum 20. September hat die Stadt aus den 1700 Bewerbungen eine Frau aus Bremen und einen Mann aus Berlin ausgewählt. Wie die Organisatorin des Projekts, Julia Basan, mitteilte, wollen sich beide während ihrer Probewohnzeit auch Unternehmen vor Ort ansehen.

Auch in der Neißestadt Guben bieten Firmen als Partner des Probewohnen-

Programms Interessierten die Möglichkeit für ein Praktikum. Aus Sicht der Kommunen können die Probewohnen-Programme so mit relativ überschaubarem Aufwand gleich mehrere Probleme lösen: Der Zuzug neuer Einwohner verringert den Leerstand von Wohnungen, zusätzlich kann die lokale Wirtschaft Arbeitskräfte gewinnen.

Ganz nebenbei machen die Städte auch noch sehr effektiv Werbung für sich. Im Fall von Eisenhüttenstadt haben sich etwa auch abgelehnte Probewohnen-Bewerber für einen Umzug in die Stadt entschieden. Motiv vieler Interessenten ist dabei oftmals eine „Großstadtfucht“.

Angeheizt wird diese durch hohe Mieten und leer gefegte Wohnungsmärkte, aber auch durch den Wunsch, die Anonymität und den Stress der Großstädte gegen ein ruhigeres Leben in der Nähe zur Natur einzutauschen: „Speziell mit Kindern wächst bei vielen der Wunsch nach einem Leben im Grünen, mit einem fami-

liären Umfeld und kurzen Wegen in die Kita und die Schule“, so die Marketing-sprecherin von Guben. Auch Eva Wittig, Geschäftsführerin der Europastadt GörlitzZgorzelec GmbH, meint, dass die Suche nach Naturnähe und der Wunsch, sich hohe Mieten und großstädtisches Verkehrsaufkommen zu ersparen, Görlitz für junge Familien zu einem attraktiven Wohnort machen.

Die kleinen und mittelgroßen Städte treffen mit ihren Angeboten zum Probewohnen auf eine schon länger weitverbreitete Stimmung in der Bevölkerung. Die Bundesstiftung Baukultur hat bereits im Baukulturbericht 2016/17 eine Umfrage veröffentlicht, der zufolge 78 Prozent der Bevölkerung in Deutschland lieber auf dem Land, in einer Kleinstadt oder einer Mittelstadt statt in einer Großstadt wohnen würden. Fast die Hälfte, nämlich satte 45 Prozent, gab sogar an, sie würde das Wohnen in einer ländlichen Gemeinde bevorzugen. *Hagen Ritter*

WIRTSCHAFT

„Arm, aber sexy“ reicht nicht mehr

Flaute im Berlin-Tourismus: Schwindende Kaufkraft trifft auf steigende Steuerlast

VON HERMANN MÜLLER

Unsere Schwerindustrie ist der Tourismus“, erklärte Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) vor gut einem Jahr. Mit einem jährlichen Umsatz von mehr als elf Milliarden Euro und 235.000 Vollzeitbeschäftigten ist die Tourismusbranche tatsächlich ein Jobmotor und ein wichtiges Standbein der Berliner Wirtschaft.

Dementsprechend ist die öffentliche Wirkung, wenn die Zahl von Gästen und Übernachtungen nicht mehr zulegt, sondern zurückgeht. Genau dies ist im Berlin-Tourismus im ersten Halbjahr 2025 passiert: Die Zahl der Reisenden aus dem Bundesgebiet lag mit einem Minus von 0,3 Prozent noch halbwegs auf dem Niveau des Vorjahres. Die Menge ausländischer Gäste ging allerdings sehr deutlich zurück. Aus dem Ausland reisten 2,1 Millionen Gäste mit 5,6 Millionen Übernachtungen an die Spree – ein Minus von 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Auslastung der Hotels lag insgesamt nur bei 52,8 Prozent: „Fast jedes zweite Bett blieb also frei“, so die „Wirtschaftswoche“.

Bundesweit lag der Tourismus in der ersten Jahreshälfte dagegen bei Gästezahlen und Übernachtungen auf Rekordkurs. Für das gute Geschäft haben vor allem inländische Gäste gesorgt. Urlaub im eigenen Land ist offenbar stärker gefragt als in früheren Zeiten. Mit ins Bild gehört allerdings auch eine andere Zahl: Im ersten Halbjahr 2025 konnten sich etwa neun Prozent der Deutschen gar keine Urlaubsreise leisten.

„City Tax“ macht Urlaub teurer

Im Fall der deutschen Hauptstadt ist mittlerweile die Suche nach Gründen angelaufen, warum das Reiseziel Berlin nicht mehr Gäste angezogen hat. Christian Tänzler, Pressesprecher von visitBerlin, sieht in der Kaufzurückhaltung der heimischen Urlauber einen Hauptgrund für die schwache Entwicklung im Tourismusgeschäft: „Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist nicht so gut“, so Tänzler. Nach seiner Einschätzung sind deutsche Touristen „sehr preissensibel“. Im Fokus steht der Jahresurlaub, während derzeit eher an Zweit- und Drittreisen gespart



Unter den Linden gähnende Leere: Kellner wartet auf Kundschaft

Bild: pa/Michael Kappeler

werde. Berlin war bislang ein klassisches Ziel für solche Kurzreisen zusätzlich zum Haupturlaub.

Auch Christian Andresen, Präsident des Hotel- und Gaststättenverbands Dehoga Berlin, weist auf eine spürbare Konsumzurückhaltung von Gästen als Folge der lahrenden Konjunktur hin: „Viele Menschen müssen den Gürtel enger schnallen; spontane Restaurantbesuche oder Wochenendtrips werden seltener.“ Andresen erklärt den Rückgang so: „Wenn man davon ausgeht, dass Reisende über ein festes Budget verfügen, bleibt bei spürbaren Teuerungen am Ende weniger Spielraum für Ausgaben in Gastronomie, Kultur oder Handel.“ Hotels und Gastronomie selbst bekommen laut dem Dehoga-Chef die massiv gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise, hohe Personalkosten und teils erhebliche Steigerungen bei Mieten und Pachten zu spüren.

Der Berliner IHK-Vizepräsident Robert Rückel nennt die 2014 vom damaligen

rot-roten Senat eingeführte Übernachtungssteuer als ein weiteres Wettbewerbshemmnis: „Wir müssen die Preise im Blick behalten – nicht nur Flüge sind deutlich teurer geworden, sondern auch Attraktionen, Gaststätten und Hotels, nicht zuletzt durch die City Tax“, beklagt Rückel

Hoteliere und Gastronomen nennen oft auch den Hauptstadtflughafen BER als eine der Ursachen der Flaute im Berlin-Tourismus. Eddie Wilson, Chef der irischen Fluglinie Ryanair, nannte die Kosten für den Luftverkehr in Deutschland und insbesondere am Berliner Flughafen vor Kurzem sogar „skandalös hoch“. Als Folge bleibe der BER weit hinter seinen Möglichkeiten zurück, während andere Flughäfen boomten, so Wilson.

Luftverkehrsteuer belastet BER

Laut Jens Bischof, dem Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Luftverkehrswirtschaft, haben sich die seit 2019

staatlich veranlassten Kosten im hiesigen Luftverkehr mehr als verdoppelt. Als Folge würden „die Airlines einen großen Bogen um Deutschland machen“. Die hiesige Luftverkehrsteuer sowie auch die Luftsicherheits- und Flugsicherungsgebühren sind auch aus Sicht des Flughafenverbandes ADV „ein klarer Wettbewerbsnachteil gegenüber europäischen Nachbarstandorten“. Wie Ralph Beisel, Hauptgeschäftsführer des Flughafenverbandes, erklärt, sind diese Abgaben „im EU-Vergleich Spitzenreiter und haben sich in den vergangenen Jahren teils verdreifacht“.

Im Koalitionsvertrag haben Unionsparteien und SPD eigentlich eine Senkung der erst im Mai 2024 erhöhten Luftverkehrsteuer angekündigt. Allerdings scheint dieses Vorhaben angesichts der Finanzlage des Bundes zunächst einmal verschoben. Der jüngste Haushaltsentwurf von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) sieht zumindest keine Senkung der Luftverkehrsteuer vor.

WAHLEN

Ein Hannoveraner soll es richten

Berlins SPD sucht angesichts trüber Umfragezahlen nach einem Kandidaten für 2026

Am 20. September 2026 sollen die Berliner ein neues Abgeordnetenhaus wählen. Umfragen sagen der SPD ein Fiasko voraus. Mit 14 Prozent könnten die Sozialdemokraten nur noch viertstärkste Partei werden. Vorn liegt die CDU mit prognostizierten 25 Prozent. Mit 19 und 15 Prozent können Linkspartei und Grüne derzeit rechnen.

Mit einem neuen Gesicht hoffen die Sozialdemokraten indes, doch wieder stärkste oder doch wenigstens zweitstärkste Partei zu werden. Der Landesvorstand hat den 46-jährigen Hannoveraner Steffen Krach für den Posten des Spitzenkandidaten nominiert. Krach ist dreifacher Familienvater und verheiratet, was ihm bei Wählern mit traditionellem Familienbild gegenüber dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU, zweimal geschieden, drei Kinder von zwei Frauen)

einen Startvorteil verschaffen könnte. Krach hat schon einmal als SPD-Kandidat einem Mitbewerber von der CDU in Niedersachsen aus dem Feld geschlagen.

Die SPD in Berlin hat ein Problem. Die Funktionärskaste steht am linken Rand der Partei, die Mitgliederbasis ist eher gemäßigt. Bei dem Mitgliederentscheid über den Landesvorsitz gewannen der Neuköllner Bürgermeister Martin Hikel und seine Mitbewerberin Nicola Böcker-Giannini gegen die beiden Linksaußen-Kandidaten. Nach vorne drängen viele andere auch. Manche sagen das, von anderen wird es gesagt. Landeschef Hikel will offenbar nicht – oder er will noch nicht. Möglicherweise ist ihm das Schicksal von Franziska Giffey eine Warnung: Sie war seine Vorgängerin als Bezirksbürgermeisterin von Neukölln, wurde Bundesministerin, dann Spitzenkandidatin zur Berlinwahl und

schließlich Wahlverliererin. Damit war ihre Karriere beendet. Ansonsten drängen in der Berliner SPD viele Migranten nach vorn: Sawсан Chebli – in West-Berlin geboren – war das Protegé von Frank-Walter Steinmeier, wurde Staatssekretärin in Berlin und zeigte gern Kritiker an.

Eigenes Personaltableau dürrt

Als der Blogger Tim Kellner sie als „islamische Sprechpuppe“ und „Quotenmigrantin der SPD“ bezeichnete, verklagte sie ihn. Doch das Amtsgericht Tiergarten urteilte: Meinungsfreiheit. Chebli wollte dann mit in den Bundestag. Die SPD-Basis zog aber den früheren Regierenden Bürgermeister Michael Müller als Direktkandidaten in Wilmersdorf-Charlottenburg vor. Das war es dann für Chebli.

Der SPD-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, wurde

im Westjordanland geboren, betont aber, er sei „deutscher Sozialdemokrat arabischer Herkunft und muslimischen Glaubens, und Berliner durch und durch“. Trotz einiger Anläufe blieb auch seine Karriere stecken. Saleh überlebte mehrere Personalquerelen in der Fraktion, bis die Parteitage delegierten ihn auf die hinteren Ränge verbannten. Er sitzt jetzt gewissermaßen auf der Reservebank, und in der Partei heißt es, er warte darauf, gerufen zu werden.

Dritter Hoffnungsträger wäre Cansel Kiziltepe. Die Exponentin des linken Flügels war zunächst ganz entschlossen gegen die Koalition mit der CDU, bis sie selbst Senatorin wurde. Bei dem Personaltableau wundert es Beobachter jetzt nicht, dass der SPD-Vorstand nun eine Persönlichkeit von außen sucht, um beim Wähler wieder zu punkten. Frank Bückler

KOLUMNE

Endlich!

VON THEO MAASS

Die rund 1,3 Millionen Berliner Autobesitzer können sich freuen, weil der Teilabschnitt 16 des Autobahn-Stadtrings endlich fertig ist. Viele Medien versuchen indes den Eindruck zu vermitteln, dass die Mehrheit oder doch wenigstens eine bedeutende Minderheit der Berliner Gegner der Stadtautobahn sei. Zur Eröffnung der neuen Teilstrecke verlegten die Verantwortlichen ihren Festakt in das nahegelegene Hotel Estrel. Vor dem Hotel mussten Absperrgitter aufgebaut werden, dabei waren nur 300 Autobahngegner zum Schreien und Pöbeln gekommen.

Ganze 50 hatten sich an der Autobahnausfahrt versammelt und forderten: „Wir feiern heute das Ende dieser Autobahn! Es wird keinen Meter Neubau in dieser Stadt mehr geben!“ Es geht nun um den 17. und wohl letzten Abschnitt der A 100. Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) hält Fakten dagegen. Autobahnen machten nur zwei Prozent des Berliner Straßennetzes aus, auf ihnen fände aber „20 Prozent der Verkehre“ statt. Die NGOs BUND, Greenpeace und Deutsche Umwelthilfe beharren dagegen auf ihrem Anti-Auto-Kurs. Die „taz“ mault: „Currywurst im Luxushotel“ und beklagt, dass keiner der Bauarbeiter mit der Zeitung habe reden wollen. Tatsächlich musste auf das sonst übliche Volksfest bei dieser Autobahneröffnung verzichtet werden.

Aber wohl eher, weil die Schläger vom besetzten Haus in der Rigaer Straße ihr Quartier in der Nähe haben. Immerhin hat der Ostteil Berlins nun endlich Anschluss an den Stadtautobahnring bekommen. Zu Ulbrichts und Honeckers Zeiten war kein Geld dafür da. Um so skurriler ist die Autobahnmeckerei des „ND“, ehemals „Neues Deutschland“ und früher Zentralorgan der in Ost-Berlin regierenden SED. Das Blatt nennt die A100 einen „Rückschlag für Verkehrswende“. Für den Abschnitt 17 sind im Bereich des Bahnhofs Ostkreuz bereits erhebliche Bauleistungen erbracht worden.

MELDUNG

Abzocke bei Reparatur

Berlin – In Berlin und Brandenburg häufen sich bei den Verbraucherzentralen Beschwerden über Reparaturdienste. Einige Anbieter von Waschmaschinen-Reparaturdiensten nehmen Kunden offenbar systematisch aus. Schon vor Monaten warnte die Verbraucherzentrale Berlin vor sogenannten „Waschmaschinen-Entführungen“. Dabei bestehen die Reparaturdienste darauf, defekte Waschmaschinen in die Werkstatt mitzunehmen, anstatt die Geräte an Ort und Stelle zu reparieren. Die Rückgabe der Geräte erfolgt dann oft erst nach Wochen und nur unter der Bedingung, dass der Kunde die teilweise extrem hohe Rechnung bei der Übergabe direkt an der Haustür zahlt. Tatsächlich sind Verbraucher erst nach erfolgreicher Abnahme, etwa durch einen Probewaschgang, zur Zahlung verpflichtet. Nach Angaben der Verbraucherzentrale werden stellenweise Reparaturleistungen in Rechnung gestellt, die erheblich teurer sind als ein neues Gerät. H.M.

● MELDUNGEN

Christenmord
in Nigeria

Abuja – Bis zum 10. August dieses Jahres haben islamische Gewalttäter im westafrikanischen Nigeria 7087 Christen massakriert. Das geht aus einem Bericht der Nichtregierungsorganisation „International Society for Civil Liberties and the Rule of Law“ hervor. Darin heißt es weiter, dass für 87 Prozent der Morde Fulani-Hirten verantwortlich seien und für den Rest Terrormilizen wie die Boko Haram, von denen in Nigeria nun mehr als 20 operierten. Am schlimmsten betroffen ist der Bundesstaat Benue im Übergangsbereich zwischen dem islamischen Norden und dem christlichen Süden des Landes. Hier begingen die Fulanis mehrere Massenmorde mit Hunderten von Toten. Prekär gestaltet sich die Lage der Christen, die derzeit 46 Prozent der Bevölkerung stellen, aber auch in den Bundesstaaten Plateau und Kaduna. Dort hat die Regierung den Geistlichen verboten, die Morde öffentlich zu erwähnen. *W.K.*

Erdoğan klagt
über Rückgang

Ankara – Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan warnt vor einer „Bedrohung schlimmer als der Krieg“, die das Überleben der Türken und ihres Staates gefährde. Damit meint er den Geburtenrückgang in der Türkei, der „katastrophale“ Ausmaße angenommen habe. Und tatsächlich bekommen die Türiinnen immer weniger Nachwuchs. In den 1960er Jahren brachten sie noch durchschnittlich 6,4 Kinder zur Welt, während die Geburtenrate heute bei lediglich 1,48 Kindern liegt, womit die Türkei hinter Frankreich und Bulgarien sowie nur knapp vor dem Erzfeind Griechenland rangiert. Ähnliche Klagen wie Erdoğan äußerte die Familienministerin Mahinur Göktaş, die zudem prognostizierte, dass die Türkei bald nicht mehr über genügend Soldaten verfügen werde. Der Geburtenstreik resultiert auch aus der schwierigen Wirtschaftslage im Lande, die durch eine galoppierende Inflation und hohe Arbeitslosigkeit geprägt ist. *W.K.*

Schlauchboote
beschlagnahmt

Sofia – Der bulgarische Zoll hat seit Jahresbeginn am Grenzkontrollpunkt Kapitan Andreewo fast 70 Schlauchboote beschlagnahmt. Auf Ersuchen Großbritanniens stoppen bulgarische Zollbeamte nun bereits das zweite Jahr in Folge die Lieferung von Schlauchbooten an der Grenze zur Türkei. Nach Angaben der Behörden stehen hinter den Lieferungen aus der Türkei bislang unbekannte Unternehmen. Die Boote sollen ausschließlich dem Zweck dienen, Migranten über den Ärmelkanal nach Großbritannien zu schmuggeln. Um eine Entdeckung bei Kontrollen an der bulgarisch-türkischen Grenze zu verhindern, kennzeichnen die Schmuggler die Sendungen oft als Planen, Zelte oder ähnliche Güter. Zur Verschleierung werden die Motoren für die Boote zumeist separat geliefert. Insgesamt haben bulgarische Zollbeamte in den vergangenen zwei Jahren an dem Kontrollpunkt fast 200 Schlauchboote konfisziert, die in Lastwagen versteckt waren. *H.M.*

MIGRATIONSPOLITIK

Paktieren mit zweifelhaften Partnern

Auf der Suche nach Verbündeten im Kampf gegen die Einwanderungsströme ist die EU nicht wählerisch

VON SVERRE GUTSCHMIDT

Die westafrikanische Islamische Republik Mauretanien steht laut den Menschenrechtlern von Human Rights Watch im Verdacht, Zuwanderungswillige auf der Durchreise nach Europa zu foltern. Übergriffe der Polizei und willkürliche Verhaftungen seien keine Seltenheit, verkündet ein aktueller Bericht. Sowohl Spanien als auch die EU überließen dem Staat das Management ihrer Probleme, obwohl Menschenrechtsverletzungen dort seit Jahren bekannt seien. Für Europa ist die Kritik hoch brisant, gilt das Land doch als Schlüsselpartner bei der Steuerung von illegaler Zuwanderung auf den Kontinent.

Im vergangenen Jahr unternahm EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen

eine Reise in den Libanon, um die Perlenkette der Partner bei der Abwehr von Zuwanderern nach Europa um einen Vertrag zu vergrößern. Kritik gab es kaum. Zur selben Zeit entwickelte sich Mauretanien zum Hauptdurchgangsland nach Europa. Direkt nach ähnlichen Verträgen mit Tunesien und Ägypten kam die EU mit Geld im Reisegepäck in den Libanon. Auch in Mauretanien fand sie zu neuen erkaufte Partnern. Hier stockte die Gemeinschaft Gelder für das Land parallel mit der gewachsenen Bedeutung als Durchgangsschleuse auf, um die Atlantikroute zu schließen. Es geht längst nicht mehr um hunderte Millionen, sondern Milliarden Euro pro Staat, weit mehr Geld als das Jahresbudget der EU-Grenzsicherer von Frontex (Budget 2025 rund eine Milliarde Euro), die eigentlich die EU-Außengrenzen bewachen sollen, ausmacht.

Die spezielle Diplomatie kulminierte mit EU-Chefin von der Leyens Zehn-Punkte-Aktionsplan vom vergangenen Herbst, der bis heute mit dem Migrations- und Asylpakt eine Art Hauptplan der Gemeinschaft darstellt, um die Spitze bei der ungesteuerten Einwanderung nach Europa zu brechen. Dazu dienen im letzten Fall unter anderem schärfere Abschieberegeln, aber eben auch „internationale Partnerschaften“.

Europa ist uneins

Und darin liegt die Brisanz: Europa ist sich uneinig beim Umgang mit und der Verteilung von Zuwanderung. Was die im Pakt vorgesehenen „sicheren Außengrenzen“, „schnellen Verfahren“ und die „Solidarität“ angeht, hapert es. Polen verweigerte noch dieses Frühjahr öffentlich die Unterstützung. Die neuesten Nachrichten

senden für Brüssel ungewollte Signale: Die Partnerschaft mit autokratischen Staaten, womöglich sogar unter Verletzung von Menschenrechten, zeigt größere Erfolge und läuft mit mehr Einsatz als die Anstrengungen der EU selbst. Im ersten Halbjahr 2025 erreichten rund 11.000 Zuwanderer die Kanarischen Inseln. Im ersten Halbjahr 2024 kamen knapp 20.000, im gesamten Jahr 2024 fast 47.000, so allein die Bilanz mit Mauretanien.

Nach Zahlungen an Tunesien gingen die Zahlen der Überfahrten von dort ebenfalls deutlich zurück. Und die Liste weiterer Partner mit ähnlich uneuropäischen Standards beim Umgang mit Menschen ist lang: Ganz oben auf der Liste dieser Partner, mit denen eine Zusammenarbeit verbessert und Rückführungen erleichtert werden sollen, stehen Guinea, die Elfenbeinküste, Senegal und Burkina Faso.

Die EU wird erpressbar

Die EU wird so in immer weiteren Kreisen erpressbar. Zugleich werden Standards im Umgang mit den Ankömmlingen, die sich die EU selbst gesetzt hat, als hohl entlarvt. Die EU-Kommission ist getrieben vom internen Druck der Mitglieder mit den größten Zuwanderungsproblemen. So übt vor allem Italien Druck auf die EU aus, mit afrikanischen Staaten Lösungen zu finden. Spanien vertraut den afrikanischen Lösungen inzwischen mehr als allen EU-Maßnahmen.

Die Botschaft dabei: Kann die EU ihr eigenes Versagen nicht durch Gelddiplomatie wettmachen, kommen nationale Regeln, zur Not auch gegen die Interessen anderer EU-Nachbarn. Die EU muss liefern, auch wenn ihre eigene Grundkonstruktion von offenen Binnengrenzen und unrealistischer Umverteilung von Zuwanderern in der Gemeinschaft zur Verschärfung der Lage weiter beiträgt. Die EU-Grenzsicherer von Frontex entsprechend ihren Aufgaben beim Schutz von rund 42.000 Kilometer Seegrenze und rund 7000 Kilometer Landgrenze des Schengen-Raumes der EU besser auszustatten, bleibt eine Herausforderung. Sinnbildlich zieht sich der Bau der neuen Zentrale in Warschau hin.



Am 2. Mai vergangenen Jahres im Sitz des libanesischen Regierungschefs in Beirut: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei ihren Verhandlungen mit Libanons damaligem Ministerpräsidenten Nadschib Miqati *Bild: pa/Marwan Naamani*

CEUTA

Von schwimmenden Migranten überschwemmt

Vermehrt versuchen Einwanderungswillige, über den Seeweg in Spaniens afrikanische Exklave zu gelangen

Am 9. August versuchten rund hundert Menschen, aus Marokko schwimmend die spanische Exklave in Nordafrika Ceuta zu erreichen. In den sozialen Netzwerken wird diese gefährliche Schwimmtour mit Videos und passenden Neoprenanzügen kommerziell beworben. Deshalb versuchen immer mehr Migranten, auf die diese Weise die Exklave zu erreichen. Genügend Aufnahmekapazitäten für die Schwimmimmigranten gibt es jedoch nicht.

Von den am 9. August vor der Küste Ceutas gestarteten Migranten erreichten nur sieben Minderjährige schwimmend die spanische Exklave. Alle anderen wurden abgefangen und daran gehindert, das Zielgebiet zu betreten. Einen Asylantrag durften sie auf offener See noch nicht stellen. Ceuta, gemeinsam mit Melilla die einzige Exklave Spaniens auf dem afrikanischen Festland, sieht sich in seiner Aufnahmefähigkeit für Migranten überlastet und befürchtet, dass dieser schwimmende Zustrom noch weiter anwächst.

In den vergangenen Wochen ist die Zahl der Migranten, die versuchen, die Exklave schwimmend zu erreichen, stark gestiegen. Es handelt sich dabei um eine Schwimmtour von mindestens fünf Kilometern. Am 26. Juli kamen 54 unbegleitete Minderjährige – allesamt Marokkaner – über das Meer an. Sie kommen zu den bereits 460 Minderjährigen hinzu, die in Ceuta betreut werden, das eigentlich nur eine Kapazität für 27 Minderjährige hat. Wird diese Zahl um das Dreifache überschritten, kann automatisch ein außergewöhnlicher Migrationsnotstand ausgerufen werden. Derzeit ist die Zahl um das 20-Fache überschritten.

Bei vielen minderjährigen Migranten handelt es sich um Ausreißer, die ohne Wissen ihrer Eltern die Tour wagen, weil sie sie in den sozialen Medien gesehen haben. Um nicht wegen Kindesentführung belangt zu werden, müssen die Spanier zunächst erkunden, ob es Vermisstenmeldungen gibt.

Angesichts dieser neuen Welle forderte die vom konservativen Partido Popular (PP) geführte Regierung von Ceuta erneut dringende Unterstützung durch die Zentralregierung in Madrid. Die in Madrid regierenden Sozialisten wollen das Problem nicht lösen, sondern verteilen, zulasten der anderen EU-Länder, indem sie die Migranten vom Festland aus einfach weiterziehen lassen. Andalusien erklärte sich bereit, 27 Minderjährige aufzunehmen.

Bei Nacht und Nebel

Am 18. März war bereits ein königliches Dekret unterzeichnet worden, um ein verpflichtendes System zur Verteilung minderjähriger Migranten innerhalb Spaniens einzuführen, um die Kanarischen Inseln – wichtigstes Ziel für Migranten – und die Exklave Ceuta zu entlasten. Dass im August mehr Migranten in der Exklave ankommen, ist indes nichts Neues. Auch im vergangenen Sommer gelangten rund

300 Minderjährige nach Ceuta, indem sie das Ende der Feria de Ceuta, einem traditionellen Volksfest in der Stadt, nutzten, um sich vor der Abfahrt nach Algeciras – auf der anderen Seite der Straße von Gibraltar – auf Schiffe oder Fähren als blinde Passagiere zu schleichen.

Bis 2020 waren Schwimmüberquerungen in die spanische Exklave nahezu unbekannt. Damals versuchten Migranten vielmehr, die Stacheldrahtzäune der Landgrenze zu überwinden. Doch die verstärkten Kontrollen und die immer höher werdenden Zäune auf beiden Seiten der Grenze zwangen Einreisewillige, neue Wege zu finden.

Schwimmer lassen sich am Tage und bei guter Sicht leicht entdecken und bei geringer Zahl auch leicht abfangen. Deshalb versuchen sie nun, in größeren Gruppen bei Nebel oder in der Nacht zu starten. Wer dabei abgefangen wird, wird nach Marokko zurückgeschickt und kann es wieder versuchen. *Bodo Bost*

VON PETER ENTINGER

Italien galt lange Zeit als Brückenbauer zwischen Europa und China. 2019 trat das Land als erstes Mitglied der G7 der Neuen Seidenstraße bei, um die Wirtschaftsbeziehungen mit Peking zu vertiefen und sich neue Märkte zu erschließen. Doch seit Giorgia Meloni das Amt der Ministerpräsidentin übernommen hat, ist ein klarer Kurswechsel zu erkennen. Rom hatte Peking im Herbst 2023 rund ein Jahr nach dem Amtsantritt der neuen Regierung darüber informiert, dass es das Abkommen zur Seidenstraße nicht verlängern wird. Meloni begründete den Schritt mit den Worten, die erwarteten Ergebnisse seien „einfach nicht eingetreten“.

Auch Außenminister Antonio Tajani von Forza Italia sprach davon, dass Italien aus dem Projekt kaum wirtschaftlichen Nutzen gezogen habe. Tatsächlich blieb das Handelsdefizit mit China bestehen, während die italienischen Exporte nach Fernost stagnierten. Von großen Infrastrukturprojekten, die einst versprochen, war wenig übrig geblieben. Seitdem sind die Beziehungen eher unterkühlt.

Klarer Abgrenzungswille gegenüber chinesischem Einfluss

Besonders im Fokus steht inzwischen der Schutz strategischer Unternehmen. Die Regierung nutzt das Instrument der sogenannten goldenen Macht, um chinesische Beteiligungen zu kontrollieren. Bereits 2023 griff sie ein, als der Staatskonzern Sinochem Einfluss beim traditionsreichen Reifenhersteller Pirelli nehmen wollte. Die Auflagen waren so strikt, dass Sinochem im Frühjahr 2025 öffentlich einräumen musste, keine Kontrolle mehr über Pirelli zu haben. Auch in anderen Schlüsselbranchen wie Energie oder Rüstung will Rom verhindern, dass chinesische Investoren zu viel Macht erlangen.

Ministerpräsidentin Meloni von den nationalkonservativen FdI (Brüder Italiens) spricht von der Notwendigkeit, die Handelsströme ausgewogener zu gestalten und faire Bedingungen durchzusetzen. In Zahlen ausgedrückt entspricht das Volumen chinesischer Direktinvestitionen in Italien nur rund einem Drittel des Volumens, mit dem italienische Unternehmen im reich der Mitte engagiert sind.

Gleichzeitig versucht die Regierung, nicht alle Brücken abzubrechen. Im Juli 2024 wurde ein dreijähriges Aktionsprogramm mit Peking unterzeichnet, das auf Zusammenarbeit bei Elektromobilität und Erneuerbaren Energien setzt. Auch Treffen hochrangiger Politiker fanden statt, bei denen beide Seiten betonten, an einem konstruktiven Dialog interessiert zu sein. Meloni selbst erklärte, man wolle



An der Seite von Donald Trump: Giorgia Meloni am 18. August im Weißen Haus

Bild: imago/Bestimage

ITALIEN

Meloni will chinesischen Einfluss bremsen

Zulasten der Beziehungen zu China stellt sich die Regierungschefin sichtbar an die Seite des ihr politisch nahestehenden US-Präsidenten Donald Trump

die Zusammenarbeit auf Augenhöhe fortführen. Dennoch ist unübersehbar, dass Rom wieder verstärkt den Schulterschluss mit Washington sucht. Besonders seit Donald Trump im Weißen Haus wieder den Ton angibt, stellt sich Italien klar an seine Seite.

Dialogbereitschaft gegenüber China

Der Zeitpunkt ist kein Zufall. 2024 übernahm Italien turnusgemäß den Vorsitz der G7. Damit wuchs auch die internationale Erwartung, dass Meloni ein klares Bekenntnis zur transatlantischen Partnerschaft ablegt. Ihr Verteidigungsminister Guido Crosetto erklärte offen, der eigentliche große Konflikt verlaufe nicht zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, sondern zwischen den USA und China. Beobachter sprechen von einem Balanceakt: Meloni müsse den Schulterschluss mit Washington suchen, ohne Brüssel zu verärgern. Der Politologe Lo-

renzo Castellani beschreibt sie als mögliche Vermittlerin, die ihre Rolle aufwertet, wenn es ihr gelingt, mit Trump zu verhandeln, ohne Europa zu schaden.

Trump selbst hat die italienische Regierungschefin in höchsten Tönen gelobt. Bei einem gemeinsamen Auftritt in Washington erklärte er: „Ich mag sie sehr.“ Sie sei eine großartige Ministerpräsidentin und mache einen phantastischen Job.

Meloni wiederum versprach, mehr amerikanisches Flüssiggas zu kaufen und italienische Unternehmen zu Investitionen in den Vereinigten Staaten zu ermutigen. Ziel ist es, Handelsbarrieren abzubauen und mögliche Zölle auf italienische Produkte zu verhindern. In Rom wird dieser Kurs als pragmatische Anpassung an die Realität gesehen, denn das Handelsvolumen mit China war zuletzt auf fast 67 Milliarden Euro angewachsen, bei einem klaren Handelsdefizit zugunsten Pekings. In Peking wird nach wie vor mit

diplomatischer Zurückhaltung reagiert. Für Italien markiert diese Entwicklung eine politische Zäsur.

Die Meloni-Regierung bemüht sich um einen Balanceakt, der Dialogbereitschaft gegenüber Peking mit einem klaren Abgrenzungswillen gegenüber chinesischem Einfluss verbindet. Die Botschaft ist dennoch eindeutig: Rom lässt nicht zu, dass strategische Schlüsselbranchen unter fremde Kontrolle geraten. Zugleich intensiviert man den Schulterschluss mit Washington – einem Schritt, der innenpolitisch für Zustimmung sorgt, in der EU aber Ärger bringen könnte.

Die Abkehr von der Seidenstraße war dabei nicht nur der Beginn einer außenpolitischen Kurskorrektur, sondern Ausdruck eines neuen wirtschaftlichen Realismus. Meloni positioniert auf diese Weise sich in einer Welt, die sich zunehmend entlang der Konfliktlinien zwischen Washington und Peking formiert.

POLEN

Warschau plant Digitalsteuer

Warum sich die Tusk-Regierung ausgerechnet jetzt mit der Trump-Regierung anlegt

Polens Regierungen haben seit dem Ende des Kalten Krieges immer großen Wert auf ihre Beziehungen mit den Vereinigten Staaten gelegt. Der derzeit als Regierungschef amtierende Donald Tusk legt sich nun aber ausgerechnet in der ohnehin schwierigen Handelspolitik mit der Trump-Regierung an. Knackpunkt ist der polnische Plan für eine Digitalsteuer, von der große US-Technologiefirmen wie Google, Amazon, Meta und Apple betroffen wären.

Bereits im Frühjahr hatte Krzysztof Gawkowski (Neue Linke), Polens Vizeregierungschef und Minister für digitale Angelegenheiten, eine Digitalsteuer für große Technologieunternehmen angekündigt. Gawkowski verband dies mit starken Tönen, die offensichtlich an die Adresse der US-Regierung gerichtet waren. Keine

ausländische Macht, „nicht einmal eine befreundete“, könne die wirtschaftlichen Entscheidungen Polens diktieren, so der Digitalminister. Er betonte, die Zeit sei vorbei, in der ein Staat einen anderen „wie einen Vasallen“ behandeln könne. Nach den Vorstellungen Gawkowskis soll die Digitalsteuer einen Teil der Einnahmen von globalen Tech-Giganten nach Polen lenken, um dort die Technologie- und Medienbranche zu stärken. Wie das Online-Medium „Euractiv“ im August berichtete, will das polnische Digitalministerium bis Jahresende an einem Gesetzentwurf für die Digitalsteuer arbeiten. Je nach Verlauf des parlamentarischen Prozesses könnte die Abgabe dann ab 2027 in Kraft treten.

Bereits als im Frühjahr erste Pläne für eine polnische Digitalsteuer öffentlich wurden, hatte der von Präsident Donald

Trump neu ernannte Botschafter eine deutliche Warnung ausgesprochen: „Nicht besonders klug! Eine selbstzerstörerische Steuer, die nur Polen und seinen Beziehungen zu den USA schaden wird. Präsident Trump wird entsprechend reagieren, und das zu Recht. Schafft die Steuer ab, um die Konsequenzen zu vermeiden.“

Trump selbst hat erst vor Kurzem Ländern mit einer Digitalsteuer mit drastischen Vergeltungsmaßnahmen gedroht. Auf Truth Social kündigte der US-Präsident „erhebliche zusätzliche Zölle“ auf Exporte in die USA sowie Beschränkungen für den Export von US-Spitzentechnologie und Halbleitern an. Angesprochen sind damit Länder wie Frankreich, Österreich, Italien und Spanien, die bereits eine Digitalsteuer eingeführt haben. Im Fall

von Polen stellt sich die Frage, warum die Tusk-Regierung trotz der deutlichen Warnungen der USA ausgerechnet jetzt den Plan einer Digitalsteuer vorantreibt.

Die EU-Kommission hat ihren Plan für eine EU-weite Digitalsteuer für große Technologiekonzerne bereits vor Monaten fallengelassen. Bereits im Juli 2025 strich die EU-Kommission die Digitalsteuer aus dem Haushaltsentwurf für 2028 bis 2034. Hintergrund der Entscheidung ist aus Sicht fast aller Beobachter politischer Druck aus Washington und die Androhung von US-Strafzöllen auf EU-Importe gewesen.

Frankreich, das 2019 Vorreiter mit seiner nationalen Digitalsteuer war, bleibt bislang standhaft und weigert sich, dem Druck der Trump-Regierung nachzugeben. Hermann Müller

MELDUNGEN

Arbeitsplätze schwinden

London – Innerhalb eines Jahres sind laut der Beratungsgesellschaft EY in der deutschen Autoindustrie netto rund 51.500 Stellen gestrichen worden. Dies entspricht einem Verlust von fast sieben Prozent der Arbeitsplätze. Die Zahl der Stellen in der Automobilindustrie ist damit auf den niedrigsten Stand seit 2013 gesunken. Deutschlands Autobranche kämpft mit einer Absatzflaute, zunehmender Konkurrenz aus China und hohen Investitionskosten bei der Umstellung auf E-Autos. Laut der EY-Studie ist die Zahl der Industriebeschäftigten insgesamt zum 30. Juni auf 5,42 Millionen gesunken. Innerhalb von zwölf Monaten wurden damit etwa 114.000 Stellen gestrichen. Wie die Beratungsgesellschaft feststellte, verbuchten im zweiten Quartal des laufenden Jahres bis auf die Elektroindustrie alle Industriebranchen Umsatzrückgänge. Die Umsätze der deutschen Automobilindustrie sanken um 1,6 Prozent. H.M.

Piraterie nimmt zu

Singapur – Die Zahl der Piratenüberfälle auf Schiffe in der Straße von Malakka zwischen der Malaiischen Halbinsel und der indonesischen Insel Sumatra hat sich gegenüber dem ersten Halbjahr 2024 vervierfacht. Das meldet die für die Überwachung der südasiatischen Meerenge zuständige internationale Behörde ReCAAP mit Sitz in Singapur. Die Raubzüge sorgen für eine zunehmende Beunruhigung in der Region sowie den westlichen und asiatischen Industriestaaten. Immerhin gehen vier Zehntel des Welthandels durch die 930 Kilometer lange und manchmal nur 38 Kilometer breite Meerenge. Von den deutschen Importen aus Ostasien sind dagegen nur 20 Prozent betroffen. Die meist bloß mit Messern oder Macheten bewaffneten Piraten kommen mehrheitlich von den indonesischen Riau-Inseln. Von denen gibt es einige tausend, sodass die Sicherheitsbehörden praktisch machtlos sind, wenn sie die Freibeuter nicht auf frischer Tat stellen. W.K.

Staatsfonds gegen Israel

Oslo – Der norwegische Staatsfonds hat sich aus „ethischen Gründen“ von seinen Anteilen an fünf israelischen Banken getrennt. Der Fonds hatte bereits am 18. August angekündigt, sich aus Kritik im Hinblick auf den Gazakrieg und die Entwicklungen im Westjordanland von Beteiligungen an sechs Unternehmen zu trennen. Wie Norwegens Finanzminister Jens Stoltenberg erklärte, dürfe es keine Investitionen in Unternehmen geben, die sich an der Besetzung des Westjordanlandes und dem Gazakrieg beteiligen. Ebenfalls aus „ethischen Gründen“ hat der mit zwei Billionen US-Dollar weltweit größte Staatsfonds Aktien des US-Baummaschinenherstellers Caterpillar verkauft. Laut einer Meldung des US-Börsenportals CNBC sieht das Management des Staatsfonds ein „inakzeptables Risiko, dass die Unternehmen zu schwerwiegenden Verletzungen der Rechte von Personen in Kriegs- und Konfliktsituationen beitragen“. H.M.

ZWISCHENRUF

Wenn Worte Geschichte schreiben

CHRISTIAN RUDNITZKI

Der Satz „Wir schaffen das“ gilt bis heute als Angela Merkels Signatur für die Flüchtlingskrise 2015. Für die einen war es Ausdruck von Mut und Menschlichkeit, für die anderen eine naive Formel ohne Realitätsbezug. Konkrete Ziele – Integration, Verteilung, Aufnahmequoten – wurden nie benannt. „Wir schaffen das“ blieb ein Appell ins Offene, verstanden als Aufruf zu Haltung und Durchhaltevermögen.

Bis heute dient er Politik und Medien als Chiffre: Merkel sprach von „viel geschafft“, Friedrich Merz erklärte, es sei „nicht geschafft“, die „Tagespost“ titelte gar „Deutschland ist geschafft“. Das Problem bleibt die semantische Leerstelle: Was sollte eigentlich „geschafft“ werden? Wer ist mit „wir“ gemeint – Staat, Gesellschaft, Bürger, Verwaltung? Und wann gilt die Aufforderung als erfüllt?

Merkels Satz fiel nicht vom Himmel. Seine Vorgeschichte reicht bis 2006 zurück. Damals eröffnete Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble die Deutsche Islamkonferenz mit den Worten: „Der Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas, er ist Teil unserer Gegenwart und er ist Teil unserer Zukunft.“

Damit war ein rhetorisches Signal gesetzt: Zugehörigkeit sollte sprachlich hergestellt werden, ohne die Frage nach dem geistigen Fundament zu stellen. Die kulturelle Wirkungsgeschichte zeigt ein konsistentes Bild: Das Christentum wuchs durch Predigt und soziale Attraktivität, während der Islam durch politische Eroberung und rechtliche Integration expandierte. Dass dieser Unterschied in der deutschen Debatte kaum benannt wird, verweist nicht auf Stärke, sondern auf geistigen Rückzug. Ein Vakuum bleibt nie leer – es wird besetzt. Paradox ist, dass viele Zuwanderer aus islamischen Ländern vor genau jenen Zuständen fliehen, die aus islamischer Herrschaft hervorgehen – während man im Westen Gefahr läuft, sie durch eigene Schwäche zu reproduzieren.

2010 griff Bundespräsident Christian Wulff Schäubles Linie auf und erklärte in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit: „Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das

Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“ Was als Geste der Anerkennung gedacht war, entwickelte sich zur Formel ohne Klärung. Fortan ging es nicht mehr um Integration im Alltag, sondern um die symbolische Selbstdeutung des Landes.

Wenig bekannt ist, dass dieser Satz auf eine Anregung des afghanischstämmigen TV-Produzenten Walid Nakschbandi zurückgeht. Der heutige Geschäftsführer der Film- und Medienstiftung NRW hatte im Vorfeld in einem Brief an das Bundespräsidialamt auf die Sorgen muslimischer Einwanderer hingewiesen. Nach Recherchen des Deutschlandfunks inspirierte dieser Brief Wulff maßgeblich.

Damit wurde Nakschbandi – vielleicht ohne es zu wollen – zum Katalysator einer Formel, die in ihrer Unschärfe die Republik spaltete. Dieser Satz steht seitdem exemplarisch für eine Gesellschaft, die Zugehörigkeit über Narrative und Symbole verhandelt statt über geistige Reflexion und historische Wahrheit.

Von Schäubles Stichwort über Wulffs Rede bis zu Nakschbandis Intervention führt eine Linie zu Merkels „Wir schaffen das“. Der Satz von 2015 war keine spontane Eingebung, sondern die Fortsetzung einer postmodernen Denkfigur: Probleme mit Formeln bannen zu wollen, statt sie durch Analyse zu klären. In dieser Logik gleicht Politik heute einer vorchristlichen Praxis – dem Glauben, man könne mit einem Zauberwort Realität beherrschen. Doch Sprache ersetzt keine Wahrheit, und Beschwörung ist kein Fundament.

Zehn Jahre später zeigt sich: Der Satz hat Geschichte geschrieben – obwohl nie eingelöst und nie widerlegt, denn der Schwebezustand dauert an. Wie schon die Formel „Der Islam gehört zu Deutschland“ bleibt er der Versuch, eine ungeklärte Wirklichkeit sprachlich zu überdecken. Deutschland hat bis heute nicht gelernt, die Dinge beim Namen zu nennen – Politik und Gesellschaft verharren im Bann sprachlicher Ersatzhandlungen.

Worte können für den Moment Stabilität geben. Doch Beschwörungen sind keine Antworten, und kein Zauberwort vermag die Wirklichkeit zu ersetzen.



Am Katzentisch der Weltpolitik: Vertreter europäischer Staaten und der EU während des jüngsten Gipfels zum Ukrainekrieg in Washington
Bild: imago/zuma press wire

LEITARTIKEL

Gründe eines Niedergangs

HANS HECKEL

Selten ist den einst bedeutenden europäischen Großmächten ihr dramatischer Abstieg so rabiat vor Augen geführt worden wie auf den vergangenen beiden Gipfeln zum Ukrainekrieg in Alaska und Washington. Vor wenigen Generationen noch waren Deutschland, Großbritannien und Frankreich jeder für sich eine gewichtige Stimme auf der Welt, überall auf dem Planeten respektiert und gehört. Bei den jüngsten Gipfeln waren sie entweder gar nicht mehr vertreten oder erschienen wie Bittsteller, ja, wie tributpflichtige Vasallen.

Wie konnte es zu diesem Abstieg kommen? Mag das spezifische Gewicht der europäischen Mächte, also etwa ihre Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft im Verhältnis zum Rest der Welt, auch zurückgegangen sein, im Vergleich zu den USA und erst recht zu Russland können die Europäer bei diesen wichtigen Eckwerten immer noch auftrumpfen. Warum ihr politischer Einfluss so weit hinter ihrem tatsächlichen Fundament zurückbleibt, ist daher eine zentrale Frage unserer Zeit, in deren Beantwortung der Ausweg aus der selbst verschuldeten Abwärtsspirale zu finden ist.

Im Hinblick auf die Deutschen gilt: Nach dem Ende des Kalten Krieges und der glücklichen Vereinigung ihres Rumpfstaats, den die Katastrophen des 20. Jahrhunderts übrig gelassen hatten, haben sie es sich in allerhand Illusionen gemütlich gemacht, die jetzt auf sie zurückschlagen. Sie machten sich vor, dass nationale Interessen- und Machtpolitik für immer ausgedient habe und verkauften diese Vorstellung gar als „Lehre aus der deutschen Geschichte“: NATO und EU sollten an die Stelle nationaler Machtpolitik treten, indem sie Letztere obsolet machten.

„Ohne Patriotismus geht es nicht“

Aus diesem Grunde wurde nicht nur die Landesverteidigung sträflich vernachlässigt. Nur in diesem Treibhaus der eingebildeten Sicherheit konnten auch ideologiegetriebene Phantastereien gedeihen, die längst an den Grundpfeilern unseres Gemeinwesens nagen und damit unser immer noch vorhandenes Potential als Macht in der Welt gefährden: Entindustrialisierung, Überschuldung, ausufernde Sozialkosten und Bürokratie, eine selbstzerstörerische Einwanderungspolitik, Bil-

dung und Infrastruktur im Verfall – nur eine Nation, die vergessen hat, dass sie die Grundlagen ihrer Existenz stetig in Stand halten und weiterentwickeln muss, die sich viel zu sicher fühlt, kann einen Niedergang auf solcher Breite und in dieser Rasanz mit Schulterzucken quittieren.

Um seine Stellung in der Welt zu behaupten, sind dies aber nur die materiellen, profanen Pfeiler. Hinzu kommt ein geistiger, der auf Dauer ebenfalls unverzichtbar ist und der in Deutschland wohl heftiger unter die Räder geraten ist als in allen anderen europäischen Völkern: Das

Nur wenn sich eine Nation attraktiv präsentiert, mag man als (noch) Fremder gern dazustoßen

Selbstverständnis als stolze Nation ist unerlässlich, um den Sinn jedweder Selbstbehauptung überhaupt begreifen zu können, intellektuell wie emotional. Der 2019 verstorbene Historiker Arnulf Baring brachte es auf die kurze Formel: „Ohne Patriotismus geht es nicht.“

Die Bundeswehr bekommt die trostlosen Resultate des geschwundenen Nationalbewusstseins der Deutschen gerade schmerzhaft zu spüren: Sie findet viel zu wenig junge Menschen, die bereit sind, „zur Fahne zu eilen“, wie dies einst genannt wurde. Warum auch sollen sie für ein Land ihr Leben riskieren, das „Vaterland“ zu nennen sie bereits üblen Verdächtigungen aussetzen könnte? Dessen Geschichte in der verbreiteten Darstellung meist auf die dunkelsten Kapitel reduziert wird, hinter denen die hell strahlenden Seiten ihrer Vergangenheit zu verblasen scheinen?

Diese Schlagseite ist auch insofern destruktiv, weil durch sie die Integration und Assimilation der vielen Millionen Einwanderer schwer gelingen kann. Nur wenn sich eine Nation attraktiv präsentiert, mag man als (noch) Fremder gern dazustoßen. Wer meint, diese Integration gelinge durch bloßen Wohlstandszuwachs

oder gar soziale Leistungen, unterschätzt die Immigranten nicht nur gewaltig. Er degradiert sie geradewegs zu seelenlosen Materialisten, womit er bei den allermeisten danebengreifen dürfte.

Deutschland muss sich also zweierlei Herausforderungen stellen: Seiner Wiederaufrichtung als selbstbewusste Nation im geistigen Sinne und der schonungslosen Rückkehr zu Vernunft und Pragmatismus im materiellen. Nur beides zusammen wird die Deutschen in den Stand setzen, ihrer nationalen wie internationalen Verantwortung als große Macht an „der windigsten Ecke Europas“ (Arnulf Baring) gerecht zu werden.

Nie mehr am Katzentisch

Es versteht sich, dass beides ein mühsamer Prozess ist. Aber die Erfahrung der Nachkriegszeit lehrt: Was zerstört wurde, kann wieder aufgebaut werden. Vieles sogar besser, als es war. Denn die Wiederaufrichtung als selbstbewusste Nation beinhaltet die Lehren aus NS-Wahn, SED-Diktatur und all den anderen Fehlern, die gemacht wurden, sonst kann sie nicht gelingen. Wer einfach nur „zurück“ will, verliert sich bestenfalls in historischer Vergeblichkeit, denn ein solches Zurück gibt es nicht. Und das ist gut so, denn schließlich war es diese Vergangenheit, die uns dahingebracht hat, wo wir heute stehen.

Doch das starke und stolze Erbe dieser Nation, das den Fehlern gegenübersteht, das kann einen festen Sockel geben für gereiftes Deutschland. Die Erfahrungen gerade dieser Tage, das Erleben von Machtlosigkeit in den Wirren der globalen Erschütterungen und von Starre und Niedergang im Innern, sollte die Unverzichtbarkeit eines in dieser Weise gereiften Deutschland unübersehbar machen.

Warum hier so viel von Deutschland, und – den üblichen Diskussionen entgegen – so wenig von Europa die Rede ist? Es gibt weder einen Staat Europa noch eine europäische Nation. Die europäische Zusammenarbeit kann daher nur gelingen und dauerhaft fruchtbringend sein, wenn die Nationalstaaten ihre Mission erfüllen. Das gilt für Deutschland ebenso wie für Frankreich, Großbritannien und all die anderen. Dann können sie gemeinsam eine Stärke entfalten, welche sie wieder zu einer gewichtigen Stimme in der Welt macht. Und dann wird es auch niemand mehr in Betracht ziehen, sie an den Katzentisch zu verbannen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Voller Tatendrang

Wie der Vater, so der Sohn – Konstantin Frantz, Sohn des Pianisten und Dirigenten Justus Frantz, auf dem Sprung zur Weltkarriere

VON HARALD TEWS

Ganz der Vater, möchte man meinen. Konstantin Frantz steckt voller Pläne: Das 3. Klavierkonzert von Beethoven will einstudiert, Soloauftritte wollen vorbereitet, Orchesterdirigate geplant und Festivals organisiert sein. Also alles so wie sein Vater, der Pianist, Dirigent und langjährige Festivalleiter Justus Frantz.

Keine Frage, obwohl erst 20 Jahre jung, macht dessen Sohn Konstantin die internationale Musikwelt bereits ebenfalls auf sich aufmerksam. Das Energiebündel kommt gerade aus St. Petersburg zurück. In der Hermitage von Schloss Peterhof am Finnischen Meerbusen, dort wo die russischen Zaren ihre Sommer verbrachten, hat er vor ausverkauftem Haus ein Konzert gegeben. Gegenüber der PAZ erklärt er unumwunden: „Ja, ich fühle mich Russland nahe.“

Das hat nichts mit den gegenwärtigen politischen Verhältnissen zu tun, sondern es liegt schlicht und einfach daran, dass seine Mutter die russische Violinistin Ksenia Dubrovskaya ist. „Aus ganz neutraler Sicht, wenn man gar nicht von der Politik redet, muss ich sagen, dass Russland so enorm entwickelt ist“, erläutert der aufstrebende Künstler: „Der Service ist 100 Prozent besser als hier. Man kann dort alles, was man machen möchte, auch schaffen. Und wenn man auf die Sicherheit blickt: Ich fühle mich dort Tag und Nacht sicher in jeder Straße, in der ich gehe. Die Sicherheit bringt ja auch die Stabilität fürs Land.“

Der zweisprachig deutsch-russisch aufgewachsene Frantz will eine Lanze brechen für die Menschen in einem Land, das wegen eines unsinnigen Krieges vom Westen fallen gelassen wurde wie eine heiße Kartoffel. Und er will als Musiker Brücken bauen, so wie es sein Vater versucht hatte, und der deswegen Anfeindungen ausgesetzt war. Als Vertriebenenkind – die Familie stammt aus der heute



Konstantin Frantz verleiht dem Klavier spielerisch Flügel: Der 20-jährige Pianist an seinem Lieblingsinstrument

Bild: Frantz

in Polens Woiwodschaft Kujawien-Pommern gelegenen Hohensalza – verspürt auch er eine Nähe zum Osten. Für manche war sein Ringen um Verständnis für die russische Seele und seine Kritik an den Russland-Sanktionen zu viel des Guten. Beim Schleswig-Holstein-Musik-Festival (SHMF), das er 1986 mit ins Leben gerufen hat und dem er bis 1994 als Intendant vorstand, wird er heute ausgeblendet. Undank ist der Welten Lohn.

Sohn Konstantin, der in Hamburg das renommierte Gymnasium Johanneum besuchte, hat indes keine Berührungängste mit dem SHMF. Er trat dort bereits als Dirigent der Philharmonie der Nationen mit Mozarts „La clemenza di Tito“ auf. In

der Wells Cathedral School bei Bristol, wo er das Musikinternat besuchte, wurde er ans Dirigieren herangeführt.

Eigenes Musikfestival „Pianissimo“

Sein Hauptaugenmerk ist auf das Klavierspiel gerichtet. Bereits mit vier Jahren hat er damit angefangen. Gegenwärtig wird er am Moskauer Konservatorium von Natalia Trull unterrichtet, „eine der besten Lehrerinnen, die es gerade für Klavier gibt“, ist er überzeugt. Um von ihr als Schüler angenommen zu werden, musste er innerhalb von drei Tagen die schwierige Chopin-Etüde op. 25 Nr. 11 lernen und ihr auswendig vorspielen. „Ich habe in der Zeit gearbeitet wie ein Teufel“, erinnert er

sich, „gute Lehrer fordern immer mehr, als man eigentlich schaffen kann. Aber das ist gut so. Denn nur so kann man seinen eigenen Horizont überschreiten.“

Heute umfasst sein Repertoire die gesamte Klassik sowie Romantik und reicht bis ins 20. Jahrhundert hinein. Seitdem er die „Feux follets – Irrlichter“ von Franz Liszt einstudiert hat, sei für ihn kein Stück mehr zu schwer. Nur um Arnold Schönbergs Zwölftonmusik macht er vorerst noch einen Bogen.

Die Moderne kann warten. Vorerst konzentriert er sich auf Festivals. Ende Juni trat er mit seiner Mutter bei den Sarstedter Musiktagen zum dritten Mal auf. Auf dem Fest südlich von Hannover, das

von Renate Völkel-Hanne, einer langjährigen Freundin der Familie Frantz, geleitet wird, debütierte er im Alter von zwölf Jahren. Im Oktober folgt ein Wiedersehen mit dem Vater beim Finca-Festival „Frantz & Friends“ auf den Kanarischen Inseln, wo sich Frantz Senior derzeit aufhält. Auf dessen vor 40 Jahren gegründetem Musikfest wurde der Junior als 16-Jähriger ins kalte Wasser geworfen, als er eine Pressekonferenz auf Spanisch halten sollte. „Ich muss es gut hinbekommen haben, denn seitdem leite ich das Festival“, sagt er.

Darüber hinaus bereitet er für kommenden Mai und Juni sein Musikfestival „Pianissimo“ vor, für das er eigens eine Stiftung gründen will und das auf Sylt, in Hamburg, Berlin, Dresden und Düsseldorf ausgetragen werden soll. „Die Idee des Festivals ist, große Pianisten neben jüngeren, noch unbekannteren auftreten zu lassen, um junge Menschen in diese Richtung der Kultur zu bringen“, sagt Frantz, „denn das Problem ist doch, dass jungen Menschen heutzutage nicht mehr das Interesse für Klassik eingepflanzt wird.“

Seine Vision, junge Menschen für klassische Musik zu begeistern, kommt aus eigenem Erleben: „Ich sage ganz ehrlich, wenn ich nur meine Kulturbildung aus dem Musikunterricht genommen hätte, dann wäre ich wahrscheinlich nicht in die Musik gekommen. Im Endeffekt hilft die Kultur auch zu denken.“ Dabei zitiert er Diderot: „Die Menschen hören auf zu denken, wenn sie aufhören zu lesen.“

Er steckt voller Tatendrang. Wie der Vater, so eben auch der Sohn.

● Die nächsten Auftritte von Konstantin Frantz: 5. September Gemeindehaus auf Amrum, Konzert mit Vater Justus Frantz. – 21. Dezember Matinée-Benefizkonzert in der Hamburger Elbphilharmonie, Werke von Liszt, Mozart, Debussy, Rachmaninow. – 3. bis 11. Oktober Finca Festival „Frantz & Friends“: Reiseinfos unter Telefon (05066) 700070, info@voelkel-incoming.de

KINO

Fluchtpunkt Freibad

Erst im Buch, jetzt im Film: Die Tochter einer alkoholkranken Mutter zieht ihre „22 Bahnen“

Als Autorin hat sich Caroline Wahl längst freigeschwommen. In diesen Tagen zieht sie in den Feuilletons deutscher Zeitungen ein paar Extrabahnen, nachdem ihr dritter Roman „Die Assistentin“ erschienen ist. Als Hechtsprung obendrauf kommt in dieser Woche die Verfilmung ihres Debütromans „22 Bahnen“, mit dem sie im Jahr 2023 einen Volltreffer landete. Das Buch hat sich Hunderttausende Mal verkauft und stand wochenlang auf den Bestsellerlisten.

So war es nur eine Frage der Zeit, dass für „22 Bahnen“ in den Kinos der Startschuss erfolgt. Selbst eine misslungene Romanverfilmung garantiert immer noch eine einkalkulierbare Zahl von Publikum, welches das Lektüreerlebnis nachträglich in bewegten Bildern bestätigt haben will.

Der Film von Mia Maariel Meyer, das sei allen Wahl-Lesern versichert, ist nicht misslungen. Die Regisseurin erfüllt vollkommen die Erwartungen der Leser, indem sie sich eng an die Romanvorlage gehalten hat. Dafür hat Wahl selbst gesorgt, die an dem Drehbuch mitgearbeitet hat.

Die rührige Handlung um ein Geschwisterpaar, das sich einer alkoholkranken Mutter ausgeliefert sieht, hätte man wie im deutschen Film gewöhnlich in tristen Farben erwartet. Doch das Elend ist gar nicht so betäublich. Im Gegenteil, es grünt und blüht. Schließlich ist Sommer,

auch wenn er verregnet ist, weshalb man in dem Freibad eines Provinzorts, in dem die Heldin Tilda ihre Bahnen zieht, zusätzlich von oben nass wird.

Das Baden ist für sie und ihre zehnjährige Halbschwester Ida die Fluchtmöglichkeit vor dem deprimierenden Heim

mit der chaotischen Mutter. Zugleich lebt sie hier im Rosamunde-Pilcher-Glück. Sie hat einen Blick auf einen gutaussehenden Schweiger (Jannis Niewöhner) geworfen, der mit ihr nicht gleich „zur Sache“ will. Zugleich steckt sie in der Zwickmühle: Die Mathematikstudentin hat ein Angebot für eine Promotionsstelle in Berlin erhalten. Soll sie mit einem Umzug die jüngere Schwester ihrer unberechenbaren Mutter überlassen, und soll sie ihrer aufkeimenden Liebe entsagen?

Dieses Aschenputtel-Märchen kommt ohne rosa-rote Töne aus. Es ist eher in Blau gehalten: Entweder ist das Schwimmbecken blau oder die Mutter, die von Laura Tonke zum Umfallen tragisch gespielt wird. Luna Wedler und Zoë Baier bilden das schicksalhaft verbundene Prinzessinnenpaar mit einer bewundernswerten Intensität. Hätte sich aber Regisseurin Meyer nur etwas von der Vorlage gelöst und etwas filmisch Eigenständiges geschaffen, dann hätte der Film zu einem Kinoschlagwerd werden und der Bestseller-Vorlage Paroli bieten können.



Unzertrennliches Geschwisterpaar: Ida (Zoë Baier) und Tilda (Luna Wedler, r.)

● MELDUNG

Newton-Fotos neben Man Ray

Berlin – Vom 5. September bis 15. Februar 2026 zeigt die Berliner Helmut Newton Stiftung im Museum für Fotografie, Jebensstraße 2, ihre Doppelausstellung „Newton, Riviera & Dialogues. Collection Photographs x Helmut Newton“. Fotografien der Wiener Sammlung Bank Austria Kunstforum stehen dabei ikonische Aufnahmen des aus Berlin stammenden Modofotografen Helmut Newton (1920–2004) aus dem Stiftungsarchiv gegenüber. Zu sehen sind immer zwei Fotografien nebeneinander: Porträts, Stillleben, Landschafts- oder Architekturaufnahmen bis hin zu surrealistisch verfremdeten Mode- und Aktfotografien aus völlig unterschiedlichen Zeitschichten und von unterschiedlichen Fotografen wie Diane Arbus, Alfred Stieglitz, August Sander oder Man Ray. Mal ist es eine formale, mal eine inhaltliche Nähe zwischen den beiden Fotografien, gelegentlich mag die Kombination auf den ersten Blick sogar willkürlich oder amüsant erscheinen.

tws

„MALUCH“

Polens „Käfer“- Pendant aus Schlesien

Beim Automobilbau hatte es bereits in der Zwischenkriegszeit eine fruchtbare polnisch-italienische Zusammenarbeit gegeben. 1921 entstand Polski Fiat als polnische Vertriebsfirma für Fahrzeuge des italienischen Herstellers Fiat. Auf der Basis eines Lizenzabkommens mit den Italienern montierten die Polen ab 1934 Personenkraftwagen- und Nutzfahrzeugtypen von Fiat und vertrieben sie auf dem heimischen Markt unter dem Markennamen „Polski Fiat“.

In Nachkriegspolen wurde an diese Tradition der Lizenzfertigung von Fiat-Modellen angeknüpft. Insbesondere älteren Lesern aus Ost- und Mitteldeutschland dürfte der Polski Fiat 125p noch in lebhafter Erinnerung sein. Bei dem Mittelklassewagen handelte es sich um eine Mischung aus der Verpackung, sprich der Karosserie, des Fiat 125 und dem Innenleben, sprich Antrieb und Fahrwerk, von dessen Vorgänger.

Beim Fiat 126, der den von 1957 bis 1977 gebauten legendären Fiat 500 ablösen sollte, gingen Polen und Italiener bei der Zusammenarbeit noch einen Schritt über die Lizenzfertigung hinaus. Die Polen wurden von den Italienern bereits an der Entwicklung der Karosserie beteiligt – während die Technik weitgehend vom Vorgängermodell übernommen wurde.

Das nur gut drei Meter lange Fahrzeug, das kaum schwerer war als eine halbe Tonne, wurde von einem im Heck platzierten luftgekühlten Viertaktmotor mit zwei Zylindern und 594,5 Kubikzentimetern Hubraum angetrieben, der bei 4800 Umdrehungen in der Minute 23 PS beziehungsweise 17 Kilowattstunden leistete.

Im Sommer 1972 ging der Fiat in Italien in Serie. Die Serienproduktion der liebevoll „Maluch“ (Kleiner) genannten polnischen Variante Polski Fiat 126p begann im darauffolgenden Jahr in Schlesien. Erst erfolgte die Produktion nur in Bielitz-Biala [Bielsko-Biala], ab 1975 dann auch in



„Maluch“-Produktion in Bielitz-Biala Mitte der 70er Jahre

Tichau [Tychy]. 1992 übernahm Fiat die schlesischen Produktionsstätten, und der Zusatz „Polski“ vor „Fiat“ entfiel.

1980 wurde in Italien die Produktion des 126 eingestellt. Das letzte Exemplar wurde vor einem Vierteljahrhundert, am 22. September 2000, in Bielitz-Biala gebaut.

Die Bedeutung der schlesischen Produktionsstandorte wird auch darin deutlich, dass von den 4.673.656 Fiat 126 2.166.349 in Tichau und 1.152.325 in Bielitz-Biala das Band verließen. Mit diesem hinsichtlich Anschaffung und Unterhalt sehr günstigsten Kleinwagen erfolgte die Motorisierung der polnischen Gesellschaft. Insofern kann man ihn mit Fug und Recht als polnisches Pendant zum „Käfer“ von Volkswagen bezeichnen. *Manuel Ruoff*



In seinem Arbeitszimmer im Jahre 1911: Matthias Erzberger

Bild: AS Syndication – ullstein bild

MATTHIAS ERZBERGER

Berufspolitiker im Feuer der Milliarden

Der politisch im Zentrum beheimatete Publizist, Reichstagsabgeordnete, Unterzeichner des Waffenstillstands von Compiègne und Reichsfinanzminister der jungen Weimarer Republik kam vor 150 Jahren in Schwaben zur Welt

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Es gibt Namen in der deutschen Geschichte, die nicht so präsent sind wie Bismarck, Adenauer oder Brandt – und doch für historische Wendepunkte stehen. Eine solche Persönlichkeit war Matthias Erzberger. Er war einer der ersten, die Politik nicht mehr als Ehrenamt verstanden, sondern als Beruf im modernen Sinne: organisiert, taktisch, auf Dauer angelegt, als Gelderwerb. Erzberger war ein Mann, der seine Karriere aus Überzeugung, aber auch mit Professionalität betrieb – und damit eine Linie zog, die bis in die Gegenwart reicht.

Geboren wurde Matthias Erzberger am 20. September 1875 in Buttenhausen auf der Schwäbischen Alb, als Sohn eines Schneiders. Sein Weg führte ihn zunächst auf das katholische Lehrerseminar in Saulgau. Doch er unterrichtete nur kurz – der Drang in die Politik war stärker. Schon als junger Mann schrieb er für die katholische Presse, ehe er sich der Zentrumsparterie anschloss. 1903, mit gerade einmal 28 Jahren, zog er in den Reichstag ein – einer der jüngsten Abgeordneten seiner Zeit.

Damit war Erzberger Teil einer neuen Generation: weder großbürgerliche Herkunft noch adeliger Hintergrund, sondern ein ausgebildeter Lehrer, der die Politik zum Beruf machte.

In seinen frühen Jahren galt er als „rasender Wahlkämpfer“: Er zog durch die

Provinzen, hielt Reden, verteilte Flugblätter, sammelte Stimmen – wie es in der wilhelminischen Gesellschaft noch als „unfein“ galt. Doch Erzberger verstand Politik bereits als Handwerk. „Politik ist nichts für Feiertage, sie ist tägliche Arbeit“, so sein Credo.

Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, war Erzberger längst eine feste Größe im Reichstag. Anfangs unterstützte auch er die Kriegsanstrengungen – wie fast alle Parteien. Doch je länger die Fronten erstarrten, desto stärker zweifelte er. Schon 1917 plädierte er öffentlich für einen Verständigungsfrieden, ohne Annexionen, ohne Machtträume. „Wir müssen die Kraft haben, dem Volke zu sagen: Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen“, forderte er im Reichstag.

„Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen“

Es war ein Satz, der ihn politisch isolierte – aber auch zu einer der wenigen Stimmen der Vernunft machte. Damit taugte Erzberger vor allem als Feindbild. Diese Rolle kulminierte im November 1918, als Erzberger im Auftrag der Reichsregierung den Waffenstillstand von Compiègne unterzeichnete. In einem Eisenbahnwagen im Wald von Compiègne musste er die Bedingungen der Alliierten akzeptieren – Demütigung und Notwendigkeit zugleich. In seinen Memoiren notierte er später: „Ich wusste, dass die Hand, die ich reichte, mir in Deutschland abgeschlagen würde. Aber ich wusste auch, dass kein anderer sie ausstrecken konnte.“

Diese Erfahrung machte ihn zum Symbol der „Dolchstoßlegende“, er galt als Vertreter jener Kräfte, die im sicheren Hinterland den Sieg derjenigen verhindert haben sollen, die tief im Feindesland die Stellungen hielten.

Auch nach dem Krieg blieb dem Zentrumspolitiker die politische Tragik treu. Erzberger übernahm in der jungen Weimarer Republik ein Ressort, das bis heute in der Krise ein Zentrum der Macht ist: das Finanzministerium. Sein Auftrag: die zerrütteten Finanzen des Reiches zu ordnen. Deutschland stand vor einem Schuldenberg von 154 Milliarden Mark, die Kriegskosten waren unvorstellbar. Hinzu kamen die Reparationsforderungen der Alliierten.

Erzberger erkannte, dass die bisherigen föderalen Strukturen nicht mehr ausreichten. Mit seiner großen Finanz- und Steuerreform von 1919 und 1920 zentralisierte er das Steuerwesen: Er führte die Einkommensteuer ein, erhob Körperschaft- und Vermögensteuern, schuf eine Reichsfinanzverwaltung, die erstmals über Ländergrenzen hinweg durchgriff.

„Ich verlange Opfer, weil ich weiß, dass nur Opfer uns retten können“, erklärte er im Reichstag.

Die Dimensionen waren gigantisch. Erzberger musste Geldströme organisieren, die noch nie in solcher Höhe in Deutschland bewegt worden waren. Er agierte wie ein Jongleur, der gleichzeitig mit Milliardenforderungen der Alliierten,

mit Steuerlasten für die eigene Bevölkerung und mit dem Misstrauen der Wirtschaft umgehen musste. Sein Dilemma: Erzberger wollte moderne Finanzpolitik betreiben, während die Republik politisch und fiskalisch noch in den Geburtswehen lag.

Inbegriff des „Erfüllungspolitikers“

Erzbergers Mut zur unbeliebten Handlung aus Verantwortung hatte einen Preis. Er war der Inbegriff des „Novemberverrätters“ – jener Politiker, die den Krieg beendeten und das Reich angeblich erniedrigten. Karikaturen zeigten ihn antisemitisch konnotiert, Nationalisten und Militaristen forderten offen seinen Tod.

Am 26. August 1921 wurde Erzberger im Schwarzwald von Mitgliedern der rechtsextremen „Organisation Consul“, deren Mitglieder vor allem in der Brigade Ehrhardt verortet waren, erschossen. Mehrere Kugeln trafen ihn in den Rücken – ein Mord mit Symbolkraft, ein „Dolchstoß“ im Wortsinn.

Mit seinem Tod verlor die junge Weimarer Republik einen der wenigen Politiker, die bereit waren, Verantwortung zu übernehmen. „Mit Erzberger starb der erste moderne Politiker Deutschlands – und mit ihm ein Stück Hoffnung“, formulierte der Historiker Heinrich August Winkler später. Der Mord war keine Katharsis, Erzbergers gewaltsamer Tod war erst der Beginn des Endes der von Anfang an siechenden Weimarer Republik.

Selbstverständlich lassen sich Zeiten nicht gleichsetzen. Aber die Figur des Berufspolitikers, wie Erzberger sie verkörperte, hat heute eine Selbstverständlichkeit erreicht, die damals neu und umstritten war. Allerdings verband er seine Vorstellung vom Berufspolitikertum fest mit dem Ethos des Idealisten und pflichtbewussten Patrioten, der bereit war, sich mit seiner ganzen Person in den Dienst des Vaterlandes zu stellen – auch wenn er sich damit massivem Widerstand und letztlich einer mörderischen Gefahr aussetzte. Von diesem Ethos scheint sich die Masse der heutigen Berufspolitiker meilenweit entfernt zu haben.

KÖNIGREICH PREUSSEN

Wie Gelsenkirchen masurisch wurde

Ostpreußische Zuwanderer: Erwartungen, Erfahrungen, Integration und warum sie „richtig Deutsch“ lernen sollten – 2. Teil

VON DIETER CHILLA

Ein deutliches Zeichen des Interesses der Amtskirche setzte die umfangreiche Visitationsreise des evangelischen Oberkonsistorialrats Hermann Pelka aus Königsberg, die er in Zusammenarbeit mit Kirchenvertretern mehrerer protestantischer Kirchengemeinden vom 6. bis zum 15. Oktober 1898 im Ruhrgebiet durchführte. Sein am 30. November 1898 dem Evangelischen Kirchenrat zu Berlin vorgelegter handschriftlicher Bericht zeigt, dass Pelka ein scharfes Auge und ein sensibel-realistisches Verständnis für die Lebensweise der Ruhrmasuren, deren religiöse und sprachliche Bedürfnisse sowie die Sorgen der für sie verantwortlichen Geistlichen hatte. Von Gutsbesitzern in Masuren hatte Pelka den Auftrag erhalten, die Masuren zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen, da dort der Mangel an Arbeitskräften Teile der Landwirtschaft zum Erliegen brachte. Kaum einer der Angesprochenen dachte jedoch an eine Rückkehr. Die Lebensverhältnisse im Ruhrgebiet boten die deutlich attraktivere Alternative.

Die Beteiligung an den Visitationsgottesdiensten war außerordentlich stark. So erschienen am 6. Oktober 1898 in der Gelsenkirchener Altstadtkirche etwa 2000 Menschen, die teilweise draußen warten mussten. In den Gesprächen nach den Gottesdiensten stellte der Oberkonsistorialrat fest, dass die Erwachsenen Deutsch sprachen, die Älteren teilweise noch Polnisch verstanden. Eindeutig war sein Eindruck von den sprachlichen Fähigkeiten der jungen Generation: „Die Kinder sprachen durchweg deutsch und nur deutsch, dabei war es geradezu ergötzlich, aus ihrem Munde reinen westfälischen Dialekt zu vernehmen.“

Kontrollbesuch aus Königsberg

Besonderes interessierte sich der Geistliche für die politischen Verhältnisse: „Eine Freude war es mir zu hören, daß die Masuren im Ganzen und Großen bisher den Verlockungen der Sozialdemokratie widerstanden und ihre patriotische königstreue Gesinnung sich bewahrt haben, obgleich es in der industriellen Umgebung an Verlockungen zu einer entgegengesetzten Haltung nicht fehlt. In einem Fall fanden wir (...) ein sozialdemokratisches Blatt, ohne daß die Leute eine Ahnung von der Tendenz des Blattes zu haben schienen. Sie verspra-



Altstadtkirche: An der Stelle des 1882 bis 1884 errichteten und im Zweiten Weltkrieg zerstörten neugotischen Baus (kleines Foto) steht heute ein Neubau

chen, es abzuschaffen.“ Pelka berichtet von einem Gespräch mit dem Gelsenkirchener Landrat, der ihm freudig erzählte, dass die Ruhrmasuren bei den letzten Reichstagswahlen mit ihren Stimmen den Ausschlag für den nationalliberalen Kandidaten gegen den „regierungsfeindlichen Kandidaten“ der SPD gegeben hatten.

Pelkas Optimismus sollte durch die Wirklichkeit bald nach seiner Abreise widerlegt werden. Die folgenden Reichstagswahlen zeigten eine deutliche Steigerung der Stimmen für die Sozialdemokraten. 1903: SPD 35,0 Prozent; Zentrum 34,7 Prozent; Nationalliberale 26,0 Prozent; Stichwahl: SPD 54 Prozent; Nationalliberale 46 Prozent.

Anteil an den Wahlerfolgen hatte auch das Auftreten und der Habitus August Bebels. Er war ab 1892 Vorsitzender der SPD, hatte vom optischen Erscheinungsbild Ähnlichkeit mit Kaiser Wilhelm II.

Die SPD wurde zur Herausforderung

Wenngleich die Ergebnisse schwankten, blieb die SPD in Folgezeit ein Schwergewicht in der politischen Landschaft. Erst am Ende der Weimarer Republik nahm ihr Anteil zugunsten der NSDAP spürbar ab, 1949 wurde die SPD bei den ersten Bundestagswahlen in Gelsenkirchen auf Antrieb mit 36,94 Prozent stärkste Partei, erreichte ihren Höhepunkt 1987 mit 60,31 Prozent.

Der spätere Gelsenkirchener Pfarrer Oskar Mückeley wurde bereits Ende des

19. Jahrhunderts als Synodalvikar in Gelsenkirchen tätig. Seine Aufgabe war es, sich gezielt um die Masuren zu kümmern. Die Amtspfarer fühlten sich hinsichtlich der Sprache und Mentalität mit dieser Aufgabe überfordert. Mückeley stammte aus Westpreußen, konnte schnell einen zugewandten, respektvollen Zugang zu seinen ostpreußischen Gemeindegliedern entwickeln. In einer programmatischen Schrift setzte er sich bereits 1910 analytisch und weitschauend mit der Situation der Ruhrmasuren auseinander:

„Viel gefährlicher als die Umwerbungen des Polentums sind für die Masuren im Industriebezirk die Lockungen der Sozialdemokratie. (...) Ich habe da während meiner hiesigen 14jährigen Tätigkeit zu meiner großen Betrübnis einen schwerwiegenden Umschwung wahrnehmen müssen.“ 1898 hätten die königstreuen, vaterlandsliebend gesinnten Masuren ihren guten Ruf noch vollends gerechtfertigt. Bei der Wahl im Jahre 1906 erschien ihm der Damm gebrochen. Er müsse „im größten Schmerze“ gestehen, dass viele von ihnen in die Reihen der Roten übergegangen seien. Eine Hauptursache dieses Wandels ist für Mückeley die starke und stetige Abnahme des masurischen Elements und eine lebhaftere Verdeutschung. Solange sich die deutsche Sprache der Masuren auf den Alltagsgebrauch beschränkte, waren sie gegenüber der Sozialdemokratie nicht anfällig. Je besser sie lernten, auch anspruchsvolleres Deutsch zu verstehen, „nähten sich ihnen in wachsendem Maße die Wortführer der roten Partei, und ihre bestrickenden Auseinandersetzungen fanden darum bei unseren Masuren so guten Eingang, weil diesen doch zu größten Teil die Fähigkeit fehlt, die Berechtigung der sozialdemokratischen Behauptungen nachzuprüfen.“

Mückeley sieht vor allem in der zugewandten Umgangsweise der Sozialdemokraten einen Schlüssel für politische Akzeptanz: „Ein Masure empfindet es immer schmerzlich, wenn er von den hier angesehenen Deutschen angesehen und mißachtet wird, und er weiß es sehr zu schätzen, wenn man freundlich mit ihm redet und sich um ihn bemüht. Weil nun die ‚Genossen‘ mehr und mehr anfangen, diese Ostpreußen (...) als Mithelfer zur Erreichung ihrer Ziele anzuwerben, fanden sie geneigtes Gehör, und man muß wohl bedenken, daß diese Umwerbungen von Seiten der Sozialdemokratie stetig anhielten, während leider von anderer Seite den Masuren Freundlichkeiten gewöhnlich

nur gesagt wurden, wenn etwa eine Reichstagswahl bevorstand.“

Mückeleys folgender Appell an die Obrigkeit kann vor dem Hintergrund des damaligen Obrigkeitsstaates Zeit als durchaus regierungskritisch gewertet werden: „Wann endlich wird man in den wohlgesinnten, national- und königstreuen Kreisen es lernen, daß auch die Masuren nicht mit einem gelegentlichen Aufwallen des Wohlwollens für die Dauer gewonnen werden können, sondern daß dies nur möglich ist, wenn eine stetig sich gleichbleibende Fürsorge den Masuren nachgeht und ihrer eigentümlichen Nothlage nicht ungeduldig drängelnd, sondern willig und tatkräftig helfend sich annimmt?!“

Schlüsselerlebnis Volksabstimmung

Seitens der Obrigkeit erfolgten jedoch keine wirksamen Maßnahmen. Zu einem geradezu schockhaften Erwachen führten die Bestimmungen des Versailler Vertrags nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, der Gebietsabtretungen des Deutschen Reiches vorsah. Polen forderte die Einverleibung Ermlands und Masurens in sein Staatsgebiet. Eine von den Siegermächten kontrollierte Volksabstimmung bot hier den Ausweg. Wahlberechtigt waren auch die Menschen im Ruhrgebiet, die in Ostpreußen geboren waren. Der große Saal des Gelsenkirchener Neustädter Vereinshauses wurde neben sechs anderen Gelsenkirchener Vereinshäusern zur Zentrale für die Vorbereitung der abstimmungswilligen Ostpreußen im Ruhrgebiet. Aus Gelsenkirchen führten 73 000 Menschen zur Volksabstimmung an die Orte ihrer Geburt in Masuren und im Ermland. Von den insgesamt 1699 Ortschaften stimmten 1695 für den Verbleib in Ostpreußen und damit im Deutschen Reich. Das machte einen Stimmenanteil im Abstimmungsbezirk Allenstein von 97 Prozent aus. Der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert ließ über die Presse verkünden: „Das ganze Volk blickt stolz auf die Masuren und Ermländer, das Land, das so ein gewaltiges Bekenntnis zum Festhalten an das Deutsche Reich am 11. Juli abgelegt hat.“

Die Abstimmung vom 20. Juli 1920 trug endgültig dazu bei, den Damm zu brechen. Die Ruhrmasuren gehörten fortan dazu und nahmen zunehmend führende Positionen ein, nicht nur im Fußball. In Masuren und im Ruhrgebiet hatten sich die Turbulenzen der ersten Zuwanderungswelle und der Abstimmungszeit gelegt. Frieden kehrte ein, vorläufig.

BAYERN

Deutschlands einzige begehbbare Großbronze

Seit 175 Jahren steht oberhalb von Münchens Theresienwiese die zur Ruhmeshalle gehörende Bavaria

Wie 1814 für die Walhalla wurde 19 Jahre später auch für die ebenfalls im Auftrag des Bayernkönigs Ludwig I. errichtete Ruhmeshalle ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben. Zur Teilnahme eingeladen wurden Friedrich von Gärtner, Leo von Klenze, Joseph Daniel Ohlmüller und Georg Friedrich Ziebland. Der Bauherr entschied sich für den Entwurf seines Hofarchitekten Klenze. Dieser hatte die Vorteile, dass er vergleichsweise günstig war und eine Kolossalstatue beinhaltete, die Ludwig half, mit dem fünften und letzten Kaiser der julisch-claudischen Dynastie gleichzuziehen: „Nero und ich sind die einzigen, die so Großes gemacht haben, seit Nero keiner mehr.“

Diese Bayerns Patronin und Personifizierung darstellende Großplastik war beziehungsweise ist immer noch immerhin fast 19 Meter hoch und über 88 Tonnen schwer. Das im Bronzehohlguß hergestellte Standbild besteht aus vier Teilgüssen und diversen montierten Kleinteilen. Begleitet von einem Löwen, dieser tierischen Verkörperung Bayerns und diesem Symbol für Macht und Stärke, steht sie auf einem Steinsockel von 8,92 Metern Höhe.

Die Bavaria ist die erste Kolossalplastik der Neuzeit und die einzige begehbbare Großbronze in Deutschland. In ihrem Hohlraum kann man über eine steile Wendeltreppe zu einer Aussichtsplattform im Kopf emporsteigen. Dort befinden

sich zwei Bänke, die sechs Personen Platz bieten. Vier Luken bieten Sicht nach draußen.

Der als Hauptmeister der klassizistischen Plastik in Süddeutschland geltende bayerische Bildhauer Ludwig Schwanthaler wurde mit der Erstellung des Gipsmodells beauftragt. Während der ganz dem Klassizismus verhaftete Klenze eine Kopie der antiken Athena Promachos anstrebte, bemühte sich Schwanthaler um eine „Germanisierung“ im Geiste der Romantik. Abgesehen von der Kleidung wird dieses am deutlichsten durch die Ersetzung des von der Bavaria hochgestreckten Lorbeerkränzes für die in der Ruhmeshalle gewürdigten

Bayern, den Klenze ursprünglich vorgesehen hatte, durch einen Eichenkranz. 1843 war Schwanthalers Gipsmodell im sogenannten ludovizianischen Stil fertig.

Anschließend entstanden bis 1849 die Teilgüsse in der Königlichen Erzgießerei in München. Als Erzgießereinspektor verantwortlich zeichnete dort erst Johann Baptist Stiglmaier und nach dessen Tod im Jahr 1844 dessen Neffe Ferdinand von Miller der Ältere. Nachdem die Einzelteile zur Theresienwiese verbracht worden waren, wurde die zusammengesetzte Bavaria am 9. Oktober 1850, rechtzeitig zum Oktoberfest und drei Jahre vor der Fertigstellung der Ruhmeshalle, enthüllt.

Manuel Ruoff



Bavaria vor der Ruhmeshalle

VON WOLFGANG KAUFMANN

Bargeld ist gedruckte Freiheit.“ So lautete der Titel eines Beschlusses der AfD-Fraktion an den Bundestag vom Juni 2022, in dem es um den Stopp der Einführung des Digitalen Euro ging. Um die 80 Prozent der Deutschen sehen dies genauso, wobei sie insbesondere den Schutz der Privatsphäre als Argument für Bargeldzahlungen anführen. Im Gegenzug beschwören die Gegner der Verwendung von Banknoten die Schattenseiten des Bargeldes. Es ermögliche verdeckte Terrorfinanzierung, sei der Treibstoff der organisierten Kriminalität, erleichtere Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung und andere dunkle Machenschaften. Dabei gehen aber beide Sichtweisen an der Realität vorbei. Denn Bargeld ist schon lange kein anonymes Zahlungsmittel mehr, das im Guten wie im Bösen Freiheit garantiert – zumindest gilt das für Geldscheine.

Jede Euro-Banknote erhält eine individuelle, nur einmal vergebene Seriennummer, welche unter anderem Auskunft über die Druckerei und das Herstellungsdatum gibt. Dazu kommen weitere, teils geheime Merkmale zur Erhöhung der Fälschungssicherheit, aber auch zur Markierung. Das macht Geldscheine noch unverwechselbarer als Fingerabdrücke, bei denen wenigstens die theoretische Möglichkeit besteht, dass zwei Menschen die gleichen Papillarlinien besitzen.

Die Identifizierung der Euro-Banknoten erfordert im Normalfall den Einsatz technischer Methoden. Und die kommen tatsächlich auch pausenlos zum Einsatz, weswegen unsere Geldscheine hell leuchtende digitale Datenspuren erzeugen. Wobei das Ganze schon vor dem ersten Zahlungsvorgang beginnt. Wenn die Druckerei die neuen Scheine an die Bundesbank ausliefert, werden die Seriennummern vom Absender wie vom Empfänger gespeichert. Danach wandern die Banknoten in eines der vielen Cash-Center in der Bundesrepublik, welche Geldtransportfirmen wie Prosegur gehören.

Persönliches Profil der Nutzer

Dort erfolgt die nächste maschinelle Erfassung und teilweise nochmalige Speicherung der Seriennummern, bevor die Scheine in die Geldautomaten wandern. Und damit ist der erste neuralgische Punkt des Bargeldkreislaufs erreicht, an dem die Anonymität des Bargelds definitiv endet. Denn am Automaten lässt sich der Schein problemlos mit dem Konto verknüpfen, von dem das Geld abgehoben wird. Das bestätigt auch die Polizei, wobei sie noch hinzufügt, dass die Banken „im konkreten Einzelfall“ manchmal schon im Vorfeld die Anweisung erhalten, die Seriennummern von Scheinen aufzuzeichnen, die an bestimmte Personen gehen.



Jeder Schein legt eine Spur: Der Nummerncode der Banknote öffnet die Tür fürs Bargeldtracking

Bild: pa/dpa Creative

DATENSCHUTZ

Bargeldzahlung garantiert Anonymität? Eine weit verbreitete Illusion

Technische Details ermöglichen eine engmaschige Rückverfolgung von Banknoten und derer, die damit bezahlt haben – Sicherheitsexperte fordert bereits die lückenlose Erfassung aller Vorgänge

Gleichzeitig existieren noch weitere Möglichkeiten, Bargeld gläsern zu machen. Beim Verdacht auf Steuerhinterziehung, Geldwäsche, Erpressung, Terrorfinanzierung und ähnliche Delikte nutzen der Zoll und andere Sicherheitsorgane neben den Daten der Geldautomaten auch Informationen aus weiteren Quellen.

Dazu zählen Kassensysteme im Einzelhandel und auf Bahnhöfen. Außerdem verfügen moderne Parkschein-, Kaffee-, Zigaretten- und Süßigkeitenautomaten über die Fähigkeit, die Seriennummern der Scheine auszulesen und weiterzumelden, wonach dann eine Verknüpfung mit personenbezogenen Daten in den nationalen oder internationalen Polizeidatenbanken erfolgen kann. Umgekehrt lässt sich eine gezielte Suche nach Seriennummern einleiten, in deren Verlauf jede Verwendung eines konkreten Scheines Alarm auslöst.

Über die diesbezüglichen Details hüllen sich Behörden und Banken allerdings

in Schweigen. Geldinstitute wie die Sparkassen und die Commerzbank ignorieren entsprechende Anfragen komplett, während andere Banken schmallippig mitteilen, sie hätten nicht die Absicht, bestehende Sicherheitsvorkehrungen offenzulegen. Dabei läuft das Ganze auf einen datenschutzrechtlichen Albtraum hinaus. Immerhin ermöglicht die Analyse des Bargeldflusses die Erstellung von persönlichen Profilen der Nutzer, die unter anderem Details über hochprivate Gewohnheiten beinhalten. So wird nicht nur der harmlose Einkauf im Supermarkt für die Staatsorgane nachvollziehbar, sondern auch der Erwerb von Suchtmitteln oder der Besuch „anrüchiger“ Etablissements – von Ausgaben für politische Zwecke ganz abgesehen.

Furcht vor politischer Verfolgung

Dennoch ist die Einrichtung einer datenbasierten Überwachungsstruktur auf der Basis von Bargeld vollkommen legal, denn

die für alle EU-Mitgliedsländer verbindliche europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) vom April 2016 gilt nur für personenbezogene Daten, während die Seriennummern der Geldscheine zu den Sachdaten zählen, auch wenn sie problemlos einer klar identifizierbaren Person zugeordnet werden können.

Offiziell heißt es, dass die Erfassung des umlaufenden Bargeldes noch nicht vollständig und flächendeckend erfolge. Jedoch gibt es starke Bestrebungen, diesen Zustand zu ändern. Dahinter stehen zu meist Lobbyverbände von Unternehmen, die sich vom Verkauf der Technik zum Bargeldtracking hohe Gewinne versprechen, sowie Vertreter der Sicherheitsorgane wie Frank Buckenhofer, Vorsitzender der Bezirksgruppe Zoll der Gewerkschaft der Polizei. Letzterer fordert unter anderem eine lückenlose gemeinsame Seriennummern-Datenbank, auf die alle Zoll-, Polizei-, Steuer- und Geldwäsche-Aufsichtsbehörden zugreifen können: „Wir brauchen

... dringend diese Daten, sonst können uns die Leute die Hucke volllügen.“

Dahingegen sieht die Datenschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, Marit Hansen, in dem Bargeldtracking nicht nur ein datenschutzrechtliches Problem, sondern auch ein Sicherheitsrisiko: Es erleichtere die Wirtschaftsspionage sowie andere geheimdienstliche Aktivitäten des Gegners. Und das stimmt tatsächlich, weil es längst allgemein zugängliche Bargeldnachverfolgungsprogramme wie EuroBillTracker gibt und die behördlichen Datenbanken von Hackern geknackt werden könnten.

Ein ganz anderes Argument kommt dagegen vom Bundestagsabgeordneten der Linkspartei, Luke Hoß: „Bei einer Machtübernahme autoritärer Parteien wie der AfD“ bestehe die Gefahr, dass die Daten aus dem Bargeldtracking zur Verfolgung von politischen Gegnern führten. Als ob die jetzt Regierenden immun gegen derartige Versuche wären!

NUMISMATIK

Manche Zwei-Euro-Münze ist Tausende wert

Kleine Auflagen und begehrte Fehlprägungen bringen auf dem Sammlermarkt bisweilen beachtliche Summen ein

Für zwei Euro bekommt man heute oft nicht einmal mehr eine Kugel Eis. Manchmal kann es klug sein, die Zwei-Euro-Stücke im Portemonnaie zu belassen, weil ihr Sammlerwert in seltenen Fällen weit über dem Nennwert liegt. Besonders deutlich ist diese Diskrepanz dabei in zwei Fällen: So können geringe Stückzahlen bei den Prägungen den Sammlerwert steigern – etwa, wenn die Münzen aus europäischen Zwergstaaten stammen und es sich dabei um Sonderausgaben zu bestimmten Anlässen handelt.

Fehlprägungen können sogar zu explodierenden Preisen für Zwei-Euro-Münzen führen. An der Spitze der Liste

der seltensten und damit auch teuersten korrekt geprägten Exemplare stehen solche aus Monaco, Zypern, Malta, Andorra, San Marino und dem Vatikan. Als derzeit wertvollste Münze gilt dabei die auf 20.001 Stück limitierte Prägung aus dem Jahre 2007 zum 25. Todestag der früheren monegassischen Fürstin Gracia Patricia. Für diese Seltenheit zahlen Sammler heute zwischen 2800 und 3300 Euro. An zweiter Stelle rangiert die Zwei-Euro-Münze „800 Jahre Schlossbau auf den Felsen von Monaco“, die 2015 in 10.000 Exemplaren herauskam und immerhin bis zu 3200 Euro einbringen kann. Platz 3 belegt die Prägung „20 Jahre EU-Beitritt

von Zypern“ aus dem Jahr 2024. Aufgrund der niedrigen Auflage von 7000 Stück muss der ambitionierte Sammler hier mit Anschaffungskosten von 1500 Euro rechnen. Dagegen sind Sondereditionen des Vatikan schon für 200 Euro zu haben, und die Ausgabe „500. Todestag Leonardo da Vinci“ aus San Marino zählt mit rund 33 Euro sogar zu den Schnäppchen.

Bis zu 650 Euro erbringen Fehlprägungen, von denen es mehrere Arten gibt. Dazu gehören die „Spiegeleier“, bei denen der innere Teil der aus zwei unterschiedlichen Metall-Legierungen bestehenden Münzen nicht rund, sondern oval ist. In anderen Fällen steht die Rückseite des

Geldstückes auf dem Kopf, was aus einer unbeabsichtigten Verdrehung der Prägestempel resultiert. Und manchmal wird auch versehentlich ein Rohling für Ein-Euro-Münzen benutzt, sodass das Zwei-Euro-Stück zu klein ausfällt. Darüber hinaus gibt es dezentrierte Prägungen mit verschobenem Münzbild, Doppelprägungen aufgrund von Herstellungsfehlern und Münzen mit undeutlichem Bild, wofür verschlissene Stempel verantwortlich sind.

Einen ganz besonderen Prägefehler sollte darüber hinaus eine griechische Zwei-Euro-Münze aus dem Jahr 2002 mit dem Motiv „Entführung der Europa“

durch Zeus in Stiergestalt aufweisen. Der Verkäufer gab an, dass die Brüste der Europa auf dieser Münze ungewöhnlich groß geraten seien, und verlangte für das Stück eine Million Euro. Und neulich forderte ein Kroatier sogar 1,5 Millionen Euro für den „Heiligen Gral der Numismatik“ in Form einer missglückten deutschen Sonderprägung von 2007.

Wucherpreise wie die zuletzt genannten werden aber lediglich von dreisten Glücksrittern aufgerufen, welche hoffen, gutgläubige Anleger zu finden, die auf ihr Angebot eingehen. Insofern empfiehlt sich der Kauf im seriösen Fachhandel. W.K.

GERDAUEN

Historisches Flair im Grenzland

Im Königsberger Gebiet werden Städte und Dörfer vor dem Verfall bewahrt – Eindrücke einer Reise

VON BÄRBEL BEUTNER

Von Gerdaunen hatte ich überhaupt keine Vorstellung, als ich 1956 als Elfjährige die Geschichte „Gerdaunen ist schöner“ von August Winnig in unserem Lesebuch las. Ja, damals wurden die Oder-Neiße-Gebiete in den Schulbüchern thematisiert.

Obwohl unsere Familie aus Ostpreußen kam, ging es mir so wie dem Ich-Erzähler, der sich an die blonde Marie aus Gerdaunen erinnert, die von so weit her in eine Schulklasse im Westen kam. Sie wurde liebevoll aufgenommen, aber auf alles, was die Mitschüler ihr zeigten, kam seufzend die Antwort: „Gerdaunen ist schöner“. So wurde Gerdaunen für die Kinder im Westen ein Wunderland, ein Paradies, ein Konkurrent, etwas Überirdisches. Dann kam der Krieg, der Ich-Erzähler fuhr als Soldat durch die Stadt und fand ein einfaches Landstädtchen ohne besondere Sehenswürdigkeiten vor. Da wurde ihm klar, was Heimat bedeutet.

Ich kam fast siebzig Jahre nach meiner Lesebuch-Lektüre nach Gerdaunen, im Juli 2025. Es war ein kurzer Besuch, auf den ich mich besser vorbereitet hätte, wenn ich das rechtzeitig gewusst hätte. Natürlich wusste ich inzwischen über den Ort ein wenig Bescheid. Gerdaunen [Schelesnodoroschnij] gehört heute zum Königsberger Gebiet, der Kreis Gerdaunen ist im Norden russisch und im Süden polnisch. „Wir sind hier ganz nahe an der polnischen Grenze“, sagte der russische Freund, der mich mitgenommen hatte.

Spuren des kulturellen Erbes

Die Woiwodschaft Ermland-Masuren ist einen Katzensprung entfernt und für uns an diesem Tag im Juli unerreichbar. Schließlich wäre das ein Schritt in die EU, und dazwischen liegt eine Grenze, die für den deutschen Gast mit vielen Kontrollen verbunden und für den russischen Freund in diesen Zeiten undurchdringlich ist.



Alte, baufällige Häuser neben bereits fertiggestellten Fassaden und Dächern: In Gerdaunen wird allorten restauriert und renoviert
Bild: Beutner

Mich trifft das ins Herz, denn ich bin eine deutsche „Altvertriebene“; da tut es weh, die Heimat Ostpreußen so von Grenzen zerschnitten zu sehen.

Aber die Besucher von heute können ein Gerdaunen erleben, das einer glänzenden Zukunft zustrebt. Im Königsberger Gebiet wird renoviert und restauriert mit dem Ziel, den Städten und Dörfern ein historisches Flair zu geben. Der Tourismus ist der Wirtschaftsfaktor Nummer eins geworden, aber nicht nur deshalb ist man bemüht, die deutsche Geschichte sichtbar oder besser: fühlbar zu machen.

Es gibt ein gemeinsames kulturelles Erbe für Russen und Deutsche, das auch

in schwierigen Zeiten gepflegt wird. Die deutsche „Heimatkreisgemeinschaft Gerdaunen e.V.“ arbeitet vorbildlich mit der russischen Seite zusammen und berichtet in ihrem „Heimatbrief“ jeweils ausführlich über „Neues aus dem Heimatkreis“. Darin erfährt man, dass restaurierte Häuserzeilen in Gerdaunen bereits 2023 als Kulisse für ein Wandertheater-Projekt dienten, in dem unter anderem Figuren aus Erzählungen des romantischen Königsberger Dichters E. T. A. Hoffmann auftraten. Auch einzelne Restaurierungen werden jeweils genau vorgestellt.

Bei unserem kurzen Besuch zeigte sich Gerdaunen als eine Baustelle der be-

sonderen Art. Am Marktplatz fanden wir einen Parkplatz. Es regnete, aber Menschen bevölkerten die für Fußgänger schwierige Stadt. Sämtliche Straßen schienen gleichzeitig saniert zu werden. Bauzaun an Bauzaun, aber Touristengruppen in Regenjacken folgten tapfer und begeistert den Stadtführern.

Wichtiger Wirtschaftsfaktor Tourismus

Es gab aber auch die schönsten Restaurierungen zu sehen. Fassaden mit Fensterläden wie früher, alte Haustüren aus Holz, Fachwerk. Die Häuser sind bewohnt, und wenn eine modisch gekleidete Bewohnerin mit Mobiltelefon herauskam, erschien die Gegenwart.

Mir spielte das Schicksal oder vielmehr mein Smartphone einen Streich. Das Fotografieren war ohnehin schwierig durch die Straßenverhältnisse, und so brachte ich nur ein Symbolfoto zustande und kann jetzt nur hoffen, dass man mir glaubt: Gerdaunen ist wirklich schön, und es wird immer schöner, und die früheren deutschen wie die heutigen russischen Einwohner Gerdaunens entwickeln große Zukunftspläne. Der kleinen Marie wurde doch auch geglaubt, dass ihre Heimatstadt besonders schön sei.

Eine Entschädigung für mein Smartphone-Pech hielt Gerdaunen bereit. Von außen ganz unscheinbar, gibt es am Markt das „Café Senf“ – Gortschiza. Die Speisekarte dieses Familienbetriebs hat die Form eines Küchenbrettchens, und besonders interessierte Gäste können nachlesen, wie nach alter Tradition der Bortschsch zubereitet wird. Das Rezept für mehrere Varianten haben die Großmütter hinterlassen. Wir bestellten Blini mit Quark, und ich erfuhr, dass Gerdaunen im Krieg sehr gelitten hat. Davon zeugt auch die Burgruine hoch über der Stadt, die heute von Touristen „gestürmt“ wird. Bleibt zu hoffen, dass die Zukunft der Stadt nur noch Schönheit und Frieden bringen möge.

● MELDUNGEN

Schwierige Zufahrt

Kadzidlowen – Die Woiwodschaft Ermland-Masuren lebt im Sommer vom Tourismus, und in der Republik Polen wählen knapp zehn Prozent der Urlauber die Region als Ziel. Ein Faktor, der sie anzieht, ist das Eintauchen in die Vergangenheit und in die Begegnung mit der wilden Natur. Ein besonderer Ort dafür ist Kadzidlowen. Hier lockt ein Freilichtmuseum mit sechs Holzgebäuden, die zu einem masurischen Dorf aus dem 19. Jahrhundert zusammengestellt sind. Die zweite Attraktion ist ein privater Wildpark mit Wildpferden, Dam- und Rotwild sowie Elchen. Derzeit jedoch blockiert ein Landwirt die Zufahrtsstraße dorthin, weil die Gemeindefahrstraße seinen Acker durchschneidet. Er bemüht sich seit Jahren um eine Regulierung der Angelegenheit mit der Gemeinde Rudczany. Eine alternative Zufahrt existiert; dort herrscht aber offiziell ein Fahrverbot, sodass dort Patrouillen des Forstschutzes vorbeischaun und Strafzettel verteilen können. U.H.

Letzte Ruhe in der Heimat

Hohenfürst/Mehlsack – Die Repräsentanz der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein ist derzeit eher damit beschäftigt, den kommenden 15. Kommunalpolitischen Kongress vorzubereiten. Anfang August kam über die Zentrale in Hamburg ein Notruf: Eine Dame aus Ostpreußen sei verstorben und wolle nahe ihres Geburtsorts Hohenfürst [Wyszkowo] bestattet werden. Da der dortige evangelische Friedhof nicht mehr existiert, war es notwendig, eine möglichst nahe gelegene Alternative zu finden. Zwölf Kilometer weiter liegt die kleine Stadt Mehlsack [Pieniężno] mit ihrem kommunalen Friedhof. Dank des deutschsprachigen Seelsorgers der Deutschen Minderheit im Ermland, Domherr André Schmeier, war es möglich, einen Gottesdienst in der dortigen Kirche mit anschließender Beisetzung zu organisieren. Insgesamt ist es gelungen, der ungewöhnlichen Bitte um Hilfe zu entsprechen und die Verstorbene würdevoll zu ihrer letzten Ruhe zu geleiten. U.H.

Geänderte Visa-Regeln

Moskau – Seit dem 23. August gelten neue Vorschriften für das elektronische Visum für die Russische Föderation. Die Gültigkeitsdauer hat sich verdoppelt. Sie beträgt nun 120 Tage ab Ausstellungsdatum. Die maximale Aufenthaltsdauer mit dem Visum wurde von 16 auf 30 Tage erhöht. Wie zuvor kann das Visum nur einmalig genutzt werden, bietet ausländischen Bürgern aber mehr Flexibilität bei ihrer Reiseplanung. Die Liste der Länder, deren Bürger ein elektronisches Visum beantragen können, bleibt unverändert. Mit der Neuerung will Russland seine Bedingungen an internationale Praktiken anpassen und die Attraktivität des Landes für ausländische Touristen erhöhen. MRK

ALLENSTEIN

Ein längst vergessener See kehrt zurück

Nach schweren Regenfällen: Der einst trocken gelegte Płociduga Duża überspült Wege und Wiesen

Allenstein ist für seine zahlreichen Seen bekannt. Nach außergewöhnlich starken Regenfällen in diesem Sommer ist ein längst vergessenes Gewässer zurückgekehrt: Płociduga Duża, ein See, der seit dem 19. Jahrhundert als verschundene galt, hat sich erneut im Südwesten der Stadt gebildet, unweit des Universitätscampus in Kortau und in der Nähe der Tuwimastraße.

Die Wassermassen hatten Wiesen, Wege und teilweise auch Abschnitte des beliebten Rad- und Fußweges Lynostrada, der dem Flusslauf der Alle [Łyna] folgt, überflutet. Erste Anzeichen dieser Entwicklung gab es bereits im Sommer 2024 nach einer Reihe intensiver Regenfälle. Dabei handelt es sich nicht nur um ein lokal begrenztes Naturereignis, sondern um eine wachsende Herausforderung, der sich viele europäische Städte stellen müssen. Der Klimawandel führt zu häufigeren Starkregen, plötzlichen Überflutungen und gleichzeitig zu längeren Trockenpe-

rioden. Das Phänomen von Płociduga Duża reiht sich ein in eine ganze Serie hydrologischer „Rückkehrer“. Vergessene

Feuchtgebiete, alte Flusswindungen und ehemalige Seen werden durch extreme Wetterlagen reaktiviert.

Historisch gesehen war Płociduga Duża ein natürlicher See, der sich in einer Senke zwischen den Hügeln von Kortau und den südlich angrenzenden Wäldern bildete. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde das Gewässer trockengelegt, um landwirtschaftliche Nutzflächen zu schaffen und das Gelände besser kontrollieren zu können. In den Jahrzehnten danach wurden die Flächen unter anderem als Weideland für Pferde genutzt – typisch für eine Zeit, in der Feuchtgebiete als unproduktiv galten.

Heute jedoch denken Stadtplaner und Wissenschaftler um: Das Gebiet, in dem sich der wiederkehrende See nach starken Regenfällen mit Wasser füllt, wird inzwischen als potentieller Retentionsraum untersucht. Die Universität Ermland-Masuren führt hydrologische Studien durch, um zu klären, ob das Areal langfristig zur Regenwasserspeicherung oder als natürliches Überschwemmungsbecken genutzt werden kann. Dawid Kazański



Wegen Überflutung gesperrt: Der beliebte Radweg Lynostrada

Foto: D.K.

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Witzke, Herta, geb. Hinz, aus Karlshof, Kreis Fischhausen, am 8. September

ZUM 101. GEBURTSTAG

Butzko, Willy, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Giercke, Ruth, geb. Möller, aus Wehlau, am 9. September
Glage, Dietrich, aus Miswalde, Kreis Mohrunen, am 6. September
Gorr, Hedwich, geb. Gazioch, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 8. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Jäger, Thea, geb. Bomber, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 6. September
Kostrewa, Irmgard, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 2. September
Smollich, Prof. Dr. Alfred, aus Rhein/Trossen, Kreis Lötzen, am 6. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Brandt, Gisela, geb. Böttcher, aus Mohrunen, am 9. September
Gläser, Marta, geb. Abromeit, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 9. September
Janzick, Alfred, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 7. September
Plaga, Wolfgang, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 7. September
Slaby, Annemarie, geb. Kastell, aus Rumeiken, Kreis Lyck, am 9. September
Wrage, Eva, geb. Jakubzig, aus Lyck, Bismarckstraße 19, am 11. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hempler, Heinz, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. September
Kensy, Artur, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 10. September

Krauß, Hedwig, geb. Janzick, aus Lyck, am 10. September
Mussel, Hildegard, geb. Bader, aus Sonnenborn, Kreis Mohrunen, am 7. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bombach, Hildegard, geb. Murrach, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 7. September
Gad, Elli, geb. Hartfiel, aus Klein Kanten, Kreis Mohrunen, am 8. September
Kolberg, Alfred, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 10. September
Poguntke, Irmgard, geb. Lellesch, aus Neidenburg, am 11. September
Rogalski, Eitel, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 5. September
Steiner, Günther, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 6. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kommorowski, Erna, geb. Danneberg, aus Kronau, Kreis Lötzen, am 2. September
Kornmesser, Horst, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 7. September
Kubasch, Gerda, geb. Judka, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. September
Preuss, Horst, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 5. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Eckerth, Gerda, geb. Kristandt, aus Klaushöfen, Kreis Fischhausen, am 9. September
Glaeser, Kurt, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 7. September
Hübner, Martin, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 10. September
Kaschner, Lothar, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 9. September
Klein, Hubert, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Potreck, Maria, aus Mogahnen, Kreis Fischhausen, am 6. September
Renzenbrink, Gerda, geb. Bredow, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Schoewe, Renate, geb. Wiebe, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 7. September
Vogtländer, Greta, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 6. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Appel, Ruth, geb. Rutkowski, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 7. September
Beling, Traute, geb. Crispin, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 9. September
Drensek, Günther, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 11. September
Flügel, Anneliese, geb. Loeffler, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 9. September
Galla, Elisabeth, geb. Borowski, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Kanak, Gerda, geb. Zirkel, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 10. September
Kompa, Werner, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Krutschinna, Günther, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 8. September
Schwarz, Herta, geb. Sturm, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 7. September
Sebode, Irmgard, geb. Przetak, aus Mohrunen, am 9. September
Wormuth, Friedel, geb. Blickmann, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 5. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Barthlomayzyk, Irmgard, geb. Pfaff, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 9. September
Bergner, Helga, geb. Hancke, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. September
Dathe, Margarethe, geb. Rahn, aus Stobbenort, Kreis Treuburg, am 8. September
Frankiewicz, Helga, geb. Rogalski, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Hillebrandt, Ruth, geb. Rohmann, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 11. September
Könnicke, Willi, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 11. September
Ostwald, Emil, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 6. September
Pfeifer, Alice, geb. Rennmann, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 10. September
Rosenfeld, Hans, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. September
Schweissinger, Dietrich, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 7. September

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Stadaus, Elfriede, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 6. September
Wilhelm, Margot, geb. Fritz, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 8. September
Wisch, Käthe, geb. Koslowski, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 5. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Eisenhardt, Lieselotte, geb. Müller, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 11. September
Gorontzki, Hedwig, geb. Przygodda, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Gusek, Manfred, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Jaschinski, Richard, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 10. September
Jeromin, Elfriede, geb. Kallweit, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 10. September
Kühn, Erika, geb. Buberrek, aus Treuburg, am 6. September
Mayer, Ingrid, geb. Kallweit, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 7. September
Orzessek, Gerhard, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Ostrowski, Edith, geb. Dorka, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Paulokat, Albert, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 10. September
Reher, Edgar, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 11. September
Rogowski, Edelgard, geb. Sontowski, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 10. September
Strahlendorf, Christel, geb. Neumann, aus Schuggern, Kreis Ebenrode, am 10. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brodgers, Hannelore, geb. Klichschewski, aus Walden, Kreis Lyck, am 9. September
Heyn, Anne-Christine, geb. Baller, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 8. September
Kirschanowska, Anna, geb. Wojtenki, aus Schnellwalde, Kreis Mohrunen, am 6. September
Krieg, Hannelore, geb. Röder, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 5. September
Lottermoser-Casotti, Inge, geb. Lottermoser, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 6. September
Nützmann, Waltraut, geb. Hoffmann, aus Trenk, Kreis Fischhausen, am 11. September
Rosenthal, Christel, geb. Nesso-witz, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 11. September
Seefeld, Jürgen, aus Lengenquell, Kreis Treuburg, am 8. September
Segler, Elfriede, geb. Richter, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 7. September
Steiner, Erika, geb. Prorok, aus Deutscheck, Kreis Treuburg,

Landmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein
6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal
8. bis 9. November: Ostpreu-

ßische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo



ANZEIGE

Ob einfach, doppelt oder Windsor - Ostpreußisch

Seidenkrawatte mit Elchschaufel, Jaquard-gewebt 29,- Euro, inklusive Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@ostpreussen.de



und Borken, Kreis Lyck, am 11. September
Windt, Eva-Maria, geb. Schneider, aus Lyck, am 11. September
Witt-Jessen, Waltraut, geb. Wulf, aus Wehlau, am 8. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Galla, Ewald, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 6. September
Gebhardt, Erika, geb. Bornkold, aus Hadrichhausen, Kreis Neidenburg, am 10. September
Giese, Erika, geb. Zepik, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 9. September
Grenz, Werner, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 7. September
Jedanowski, Egon, aus Grenz-damm, Kreis Neidenburg, am 8. September
Karla, Dietrich, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. September
Kleipödfus, Leo, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 10. September
Küchenmeister, Rosemarie, geb. Kossinna, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. September
Netzel, Harald, aus Neidenburg, am 5. September
Reinke, Erika, Kreisgemeinschaft Ortelsburg, am 10. September

Sandhop, Monika, geb. Pliquet, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 11. September
Thiedemann, Werner, aus Treuburg, am 5. September
Wolski, Ursula, geb. Radtke, aus Grünwalde, Kreis Lötzen, am 4. September
Wünsch, Renate, geb. Bajohr, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 8. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Dlugosch, Gerti, geb. Radmacher, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 11. September
Quast, Dieter, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 1. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Jöhnk, Brigitte, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 7. September
Kluckhuhn, Andreas, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 5. September
Rieder, Jürgen, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 8. September

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 38/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 38/2025 (Erstverkaufstag 19. September) bis spätestens Dienstag, den 9. September, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landmannschaft - www.ostpreussen.de - heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Kulturzentrum Ostpreußen
Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern
Telefon (09141) 86440
Internet www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Erntedank Hof – Sonnabend, 13. September, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Erntedank.

Tag der Heimat Hof – Sonnabend, 20. September, 11 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: gemeinsames Essen zum Tag der Heimat.



Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Marion Gräfin Dönhoff Wetzlar – Dienstag, 16. September, 11.15 Uhr, Gaststätte Taverna Boddenfeld bei den Tennisplätzen, Bo-

denfeld 1: Marion Gräfin Dönhoff – ihre Liebe zu Ostpreußen. Gerd-Helmut Schäfer zeichnet ihr Leben nach. Die auf Schloss Friedrichstein bei Königsberg in Ostpreußen geborene Journalistin engagierte sich aktiv gegen das NS-Regime und galt als einflussreichste deutsche Publizistin der Nachkriegszeit. Der Eintritt zu dem Vortrag ist frei.



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@ostpreussen-nrw.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Herbsttagung Gütersloh – Sonnabend, 18. Oktober, 11 Uhr, Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14: Herbsttagung.

Aus organisatorischen Gründen bitte bis spätestens zum 10. Oktober bei Margitta Romagno, Luisenstraße 17, 42655 Solingen, E-Mail: romagno@ostpreussen-nrw.de oder E-Mail: buero@ostpreussen-nrw.de anmelden. Die Tagungspauschale beträgt 20 Euro pro Person. In der Tagungspauschale sind der Eintritt sowie das Mittagessen und Kaffee und Kuchen enthalten. *Klaus-Arno Lemke*



Vorsitzender: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Tag der Heimat Haßloch – Sonntag, 21. September, 11 Uhr, Kulturviereck, Gillergas-

se 14: Feierstunde zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen Rheinland-Pfalz. Zur besseren Planung wird um vorherige Anmeldung gebeten. Um 11 Uhr wird Tobias Meyer, Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen Rheinland-Pfalz, die Gäste begrüßen und das kulturelle Rahmenprogramm eröffnen. Es folgen Grußworte und die Ansprache sowie Festrede von Gordon Schneider, MdL, Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz. Im Anschluss an die Feierstunde wird ein Mittagessen gereicht.



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Gedenktag Leipzig – Sonntag, 14. September, 16.30 Uhr, Café im Haus der Demokratie, Bernhard-Göring-Straße 152: Sächsischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung. Anlässlich des sächsischen Gedenktages laden wir gemeinsam mit dem Regionalverband der Vertriebenen und Spätaussiedler Leipzig/Nord-sachsen herzlich zu einer besonderen Veranstaltung ein.

Als Gast wird die MDR-Journalistin Peggy Patzschke aus ihrem Buch „Bis ans Meer“ lesen. Darin begibt sie sich auf Spurensuche in ihrer eigenen Familie und entdeckt eine dramatische Geschichte, die bis in die Gegenwart reicht – ein bewegender Roman nach wahren Begebenheiten, inspiriert von der Familiengeschichte der bekannten Fernsehmoderatorin.

Begleitet wird die Veranstaltung von der Wanderausstellung „80 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs in Sachsen“, präsentiert von der Stiftung Erinnerung, Begeg-

nung, Integration – Stiftung der Vertriebenen in Sachsen.

Kurische Nehrung Dresden – Dienstag, 23. September, 14 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Die Kurische Nehrung.



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Bericht Bad Oldesloe/Tremsbüttel – Im August trafen sich die Ost- und Westpreußen bei Annemarie Knopf in Tremsbüttel. Mit der Schwägerin der Gastgeberin und Sohn und Tochter, zweier unserer Mitglieder war es wieder eine größere Runde, die immer wie ein Familientreffen anmutet.

Eine Teilnehmerin hatte zwei Geschichten mitgebracht, die sie jetzt für ihre Heimatzeitung geschrieben hatte.

Es war in den 1940er Jahren in Marienwerder. Die Verfasserin wollte an einem Sonntagnachmittag mit zwei Freundinnen Oma Klann besuchen, eine freundliche alte Dame in der Nachbarschaft. Da entdeckten die Mädchen an ihrer Wohnungstür eine schwarze Tafel und lasen: „Bin bei Verwandten in Marienau zum Besuch.“ Daneben lag ein Stück Kreide. Da schrieb die Freundin dazu auf die Tafel: „Wir wollten Sie heute besuchen. Gisela, Sabine und Helga.“

So funktionierte damals der Austausch von Informationen ohne Handy und Smartphone.

In der zweiten Geschichte ging es darum, dass sich die Verfasserin als Siebenjährige von der Schule abmelden musste wegen des Umzugs der Familie in die Innenstadt. So ging sie mit einem Brief ihres

Vaters zum Schulleiter. Der war zunächst erstaunt über das Ansinnen der Grundschülerin, fragte, wo der Vater arbeitet. „Beim Oberlandesgericht,“ antwortete sie. Und mittags bei Schulschluss sagte sie zu ihrem Klassenlehrer: „Ich habe mich heute von der Schule abgemeldet. Ich komme morgen nicht wieder.“

Die Gäste dankten Knopf und ihrer Schwägerin für den heimatischen Nachmittag.

Gisela Brauer

PAZ-Abo vertrieb@paz.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Auch wenn viele mit Orgelmusik eher die Spätherbst- und Winterzeit verknüpfen, ist es seit Langem Tradition, im August ein Orgelkonzert zu genießen. So trafen sich erneut etliche Mitglieder wie Gäste in der Adelbyer Kirche, um der konzertanten Darbietung des Kantors zu lauschen. Sven Rösch hatte auf weniger, aber längere Stücke verzichtet, dafür ein buntes Potpourri aus kürzeren Fanfaren, Märschen und anderen Stücken von Komponisten des 17. bis 20. Jahrhunderts gesetzt. Es war eine beeindruckende Darbietung so unterschiedlicher Stücke, die die Zuhörer in den Bann zog. Auch als die Mitglieder der VLM FI e.V. gegen Ende wie stets das Ostpreußen- und Pommernlied anstimmten, war der Klang ein völlig anderer als gewohnt, er bezauberte durch die gefühlvolle Orgelmusik.

Vorangegangen war eine gemeinsame Kaffeetafel, diesmal etwas ganz Besonderes. Das Mitglied Waltraut Grimm hatte nicht nur den gesamten Nachmittag organisiert, sondern auch köstliche Torten und als i-Tüpfelchen noch schlesischen Streuselkuchen gebacken. Ihr gebührt ein großer Dank und alle freuen sich auf das kommende Jahr und das nächste Sommerkonzert.

Michael Weber



Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Angerburger Tage Rotenburg (Wümme) – Freitag, 12. bis Sonnabend, 13. September, Hotel Harmonie, Am Pferdemarkt 3: Angerburger Tage mit Begrüßungsabend am Freitag, 19 Uhr, hierzu bitte anmelden, und Gedenken am Patenschaftsstein, Sonnabend, 10.30 Uhr, Mitgliederversammlung, 11 Uhr, Filmvorführung, 14 Uhr, und gemütlichem Beisammensein am Sonnabend.

Bitte merken Sie sich den Termin vor oder melden sich direkt bei der Geschäftsstelle an.

Änderung Begrüßungsabend Der Veranstaltungsort für den Begrüßungsabend der Angerburger Tage am 12. September hat sich geändert. Alle Angerburger und deren Freunde treffen sich um 19 Uhr im Kreishaus des Landkreises Rotenburg (Wümme), Hopfengarten 2, und nicht im Restaurant Harmonie.



Kreisvertreter: Elard von Gottberg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

Heimattreffen Steimbke – Freitag, 5. September, bis Sonnabend, 6. September, Hotel zur Post, Stöckser Straße 4: Treffen der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein.

Fortsetzung auf Seite 16

Wirken Sie mit an der Stiftung.
 Fürst Fugger Privatbank
 IBAN: DE56 7203 0014 1001 8349 83
 BIC: FUBKDE33

»Zukunft für Ostpreußen!«

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
 Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-09-C

Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Mitgliederversammlung

Kassel – Sonnabend, 13. September, 14.30 Uhr, Magistratssaal, Rathaus, Obere Königsstraße 8: ordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Ebenrode mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, gegebenenfalls Ergänzung der Tagesordnung, 2. Protokoll, 3. Berichte des Vorstands, 4. Kassenprüfbericht, 5. Antrag auf Entlastung des Vorstands, 5.1 Kreisvertreter, 5.2 Stellvertretende Kreisvertreterin, 5.3 Kassenwartin, 6. Wahlen, 6.1 Wahl des Kreisvertreters, 6.2 Wahl des 1. Stellvertretenden Vorsitzenden, 6.3 Wahl des 2. Stellvertretenden Vorsitzenden, 6.4 Wahl des Geschäftsführers zugleich Kassenwart, 7. Verschiedenes.

Um zahlreiche Teilnahme wird gebeten, neue Mitarbeiter im Vorstand sind dringend erforderlich.

Dr. Gerhard Kuebart, Waltraud Ellerbrock, Maria Leonowski

110-jährige Patenschaft

Kassel – Freitag, 12. September, 18 Uhr, Magistratssaal, Rathaus,

Obere Königsstraße 8: Eröffnung der Ausstellung „Trakehner Pferde in der Kunst“ mit Einführung von Katja Eichhorn, Neetze bei Lüneburg, aus Anlass der 110-jährigen Patenschaft der Stadt Kassel.

Festveranstaltung

Kassel – Sonnabend, 13. September, 11 Uhr, Magistratssaal: Festveranstaltung. Das Programm wird auf der Ebenroder Internetseite <https://mitglieder.ostpreussen.de/ebenrode/> veröffentlicht und bei Anmeldung zugesandt. Zur Planung der Verköstigung wird um Anmeldung gebeten.

Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundsziens, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, E-Mail: james-herbert.lundsziens@t-online.de

GF: Barbara Dawideit, Leipziger Straße 33A, 04539 Groitzsch, Telefon (034296) 837215, E-Mail: inse-elchniederung@t-online.de

Kreistreffen

Bad Nenndorf – Freitag, 5., bis Sonntag, 7. September, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, der Kreisgemeinschaft Elchniederung

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Fischhausen

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby.

Stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. **Familienf.:** Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, H.Meller@t-online.de, www.kreis-fischhausen.de. **Gst.:** Fahlskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

71. Jahre Pillau in Borby

Eckernförde – Mit einer Matinée feierte die Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau in Eckernförde-Borby ihr 71. Jahresjubiläum. Das Totengedenken mit Festredner Dr. Christopher Spatz fand am Denkmal des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm (1620–1688) statt, das früher in Pillau stand.

Vor 71 Jahren wurde die Heimatgemeinschaft der Seestadt Pillau, für die die schleswig-holsteinische Stadt Eckernförde 1955 die Patenschaft übernommen hat, gegründet. Zur Feierstunde des Jahrestages mit Totenehrung trafen sich die Mitglieder am 24. August am Ufer des ehemaligen Seebades Borby, das heute ein Stadtteil von Eckernförde ist. Dort steht seit 1955 das Denkmal des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm, das im Zweiten Weltkrieg nach Hamburg gebracht wurde. Es wurde nach dem Krieg auf dem dortigen „Denkmalfriedhof“ entdeckt und 1955 in Borby an der



Brummelbutjes aus Heikendorf: Der Shanty-Chor gestaltete zusammen mit der Blaskapelle TuS Eckernförde eine musikalische Matinee
Bild: Manfred E. Fritsche

Eckernförder Bucht gegenüber dem Hafen aufgestellt.

Die Vorsitzende der Heimatgemeinschaft Christina Ziegler aus Bremen konnte nur noch wenige Mitglieder der Erlebnisgeneration begrüßen, die den Weg in die Stadt an der Ostsee auf sich genommen hatten. Sie gab mit einigen Erlebnisberichten bereits verstorbener Mitglieder einen geschichtlichen Rückblick auf die Flucht 1945, das Ankommen in Schleswig-Holstein und die Entwicklung der Heimatgemeinschaft, die 2025 noch rund 300 „alte Pillauer“ umfasst. In die Vereinigung sind nach Öffnung der Mitgliederbestimmungen inzwischen auch Kinder, Enkel und sogar Urenkel der früheren Bewohner als Mitglieder eingetreten.

Ziegler verlas die Grußworte der Patenstadt, verfasst von Bürgermeisterin Iris Ploog, da von Seiten der Stadt niemand an der Gedenkfeier teilnehmen konnte, sowie ein Schreiben aus der im nördlichen Ostpreußen liegenden Stadt Pillau [Baltijsk], zu der aufgrund der aktuellen politischen Lage der gegenseitige Kontakt zu den Bewohnern sehr schwierig ist.

Die Festrede hielt Dr. Christopher Spatz aus Bremen, der auf den 80. Jahrestag des Kriegsendes einging. Der Forscher zu Zwangsmigration im östlichen Mitteleuropa und Geschichte sowie in den Bereichen Traumafolgen, Erinnerungstransfer und Familiengedächtnis tätige Historiker erläuterte, dass die deutsche Kriegsmarine

Hunderttausende von Flüchtlingen über die Ostsee gerettet habe, von denen viele auch nach Schleswig-Holstein kamen. Deren Fluchtrauma wirke bei manchen bis heute in die Generationen der Enkel und Urenkel nach. Diese Flüchtlinge hatten in ihrem neuen Zuhause fern der angestammten Heimat einen großen Anteil am Wiederaufbau im nach dem Weltkrieg verbliebenen Teil Deutschlands, der in dieser Form ohne sie nicht vorstellbar wäre. Statistisch habe jeder vierte Bundesbürger über seine Verwandten einen Bezug zu Flucht, Deportation und Vertreibung.

An die Feierstunde schloss sich eine musikalische Matinee an, die von dem Shanty-Chor Brummel-

Rätsel

Mode-schöpfung	Körner-frucht	zulässig, gestattet	Nass-zelle, Feucht-raum	Prüfer	rätsel-hafte Weis-sagung	Verteidi-gungs-bündnis (Kzw.)	Vieh-unter-kunft	sehr großer Mann	Titel-heldin bei Jane Austen	schlan-genhaft, schwer zu fassen	Evangelische Kirche in Deutsch-land (Abk.)	Vorrats-raum, Speicher	süd-amerika-nischer Tee	landwirt-schaftliches Gerät	italie-nische Haupt-stadt	
der Blaue Planet		Kartenspieler	Lärm, Krach (ugs.)	gesetzlich	Grundgedanke			Auftrag, Voll-macht	im Halb-schlaf liegen	nicht öffent-lich; ver-traulich	an dieser Stelle, an die-tem Ort	Bundes-staat der USA				
afrika-nischer Strom		geküns-telte Haltung, Gebärde	men-schen-ähnliches Säugetier	höflich zu einem Besuch bitten	Böses, Unange-nehmes	südtal. Hafen-stadt in Apulien	franz. Schrift-steller (André)	Lager-stätte, Magazin	streng, genau	zum Ge-brauch Berech-tigter	leiten, steuern					
weiches Gewebe	ebenfalls	chem. Zeichen für Ame-ricium	Handy-Zusatz-programm (Kzw.)	Vorname Strawins-kys	Früchte	latei-nisch: Sei ge-grüßt!	Wasser-sport-lehr-gang	Fluss zur Drau	Kasten-möbel	Klang, Laut						
schnell zurück-federn		Gewürz; Farbstoff	chem. Zeichen für Ame-ricium	Vorteil, Vorzug	Staat in West-afrika	Ausruf der Bestür-zung	Kose-form für Groß-mutter	Rätsel-löserin	Erzgang (Berg-bau)	formbare Masse zum Spielen	Miss-gunst	ital. Stadt östlich von Rom				
Kraft-fahrzeug, Wagen																
Ge-hässigkeit																

Magisch: 1. stillen 2. flüchtig, 3. Periode
Achtung 5. Freuden, 6. Turnier, 7. Flaggen –
Mittelworträtsel: 1. Kontakt, 2. Trichter, 3. Buecher, 4. Spitzen, 5. Freuden, 6. Turnier, 7. Flaggen –

Mittelworträtsel: 1. Kontakt, 2. Trichter, 3. Buecher, 4. Spitzen, 5. Freuden, 6. Turnier, 7. Flaggen –

Schüttelrätsel:

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

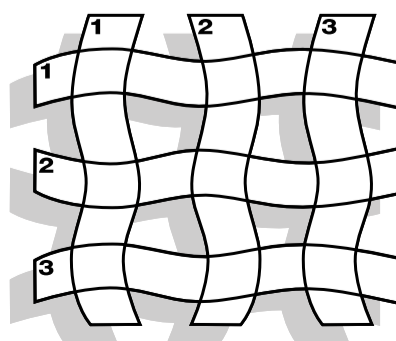
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ACM	AEJN	COPU	AHLW	AITZ	ADMR	AESTV
	DEINW					ESX
AGNOT				ASS		
	AEEH RT					
EHU	LPTU			AMX		

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für Hochschätzung, Respekt.

1	HAUT					GIFT
2	MODELL					LEIM
3	HAND					KUNDE
4	HAAR					SPORT
5	VATER					TAG
6	GOLF					TANZ
7	SIGNAL					PARADE



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 ein Bedürfnis befriedigen
- 2 leicht und luftig (ugs.)
- 3 Zeitraum, Zeitabschnitt

Heimatkreisgemeinschaften

butjes aus Heikendorf und von der Blaskapelle der TuS Eckernförde gestaltet wurde und die unter anderem das „Pillauer Lied“, das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“, das Schleswig-Holsteinlied „Wanke nicht, mein Vaterland“ und die deutsche Nationalhymne zu Gehör brachten.

Manfred E. Fritsche



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Hinweise

Es findet absehbar kein Hauptkreistreffen statt, die Kreisgemeinschaft bittet um Verständnis. Auskünfte gibt es gerne beim Vorstand.

Der Heimatbrief 2025 erscheint im September dieses Jahres. Für Fragen und Auskünfte bitte die Telefonsprechstunde, mittwochs von 18 bis 19 Uhr nutzen.



Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Haagestraße 3, 21335 Lüneburg. **Patenschaftsbüro:** Stadtgemeinschaft Königsberg, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg, Telefon (0203) 2832151, mittwochs, 9 bis 12 Uhr, (0155) 63663960, mit Anrufbeantworter; E-Mail: patenschaftsbuero@stadtgemeinschaft-koenigsberg.de

Mitgliederversammlung

Duisburg – Sonnabend, 6. September, 11 Uhr, Karmelplatz 5, Vortragsraum des Stadtarchives, beim Patenschaftsbüro: Mitgliederver-

sammlung der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) e.V. mit folgendem Programm:

11 Uhr: Eröffnung und Begrüßung der Mitglieder und der Vertreter der Patenstadt durch den Stadtvorsitzenden Klaus Weigelt, Feststellung und Besprechung der Tagesordnung gemäß Königsberger Bürgerbrief Nummer 105, Sommer 2025. 13 Uhr: Mittagspause mit Imbiss, danach Fortsetzung der Mitgliederversammlung gemäß Tagesordnung, Wahl des neuen Vorstands. 14 Uhr: Buchvorstellung der Zeitzeugenbefragung von Julian Patzer „Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen. Erlebnisse und Nachwirkungen von jungen Menschen auf dem Weg nach Westen“ durch den Autor.



Labiau

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, www.labiau.de

Kreistreffen

Otterndorf – Wochenende, 5. bis 7. September, Stadtscheune, Sackstraße: Kreistreffen.

Freitag, 5. September, 19 Uhr, Stadtscheune: gemütliches Beisammensein.

Sonnabend, 6. September, ab 9 Uhr, Stadtscheune: Einlass, 9.30 Uhr: Eröffnung des Kreistreffens, 10.30 Uhr, Gang zum Gedenkstein nahe dem Torhaus, Am Großen Specken, 11 Uhr: 50 Jahre Labiau-Gedenkstein mit den Gästen aus dem Patenkreis. Anschließend findet ein Besuch im Torhaus statt und Rückkehr in die Stadtscheune zur Fortsetzung des Treffens.

Sonntag, 7. September, 10 Uhr, Stadtscheune: Mitgliederversammlung des Vereins Kreisgemeinschaft Labiau/Ostpreußen e.V. Anschließend Ausklang des Kreistreffens bei gemütlichem Beisammensein am Torhaus.



Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Geschäftsstelle: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim

Berliner Memellandgruppe

Berlin – Donnerstag, 18. September, 13 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau, Rolandufer 6, 10179 Berlin (Mitte), S- und U-Bahnstation Jannowitz-Brücke, Telefon (030) 726202070: 3. Treffen in diesem Jahr.

Im Mittelpunkt des Treffens werden unter anderem aktuelle Informationen und interessante Reiseberichte vom Sommer in Memel und dem Memelland stehen, aber auch „500 Jahre Preußen“, vor 80 Jahren Flucht und Vertreibung und der 773. Stadtgeburtstag Memels am 1. August. Aus organisatorischen Gründen wird um Anmeldung gebeten, dazu bitte auf den Anrufbeantworter von Hans-Jürgen Müller, Telefon (040) 40100473, sprechen oder eine kurze E-Mail senden an E-Mail: hjm.berlin@t-online.de Hans-Jürgen Müller



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreterin:** Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Heimattreffen

Bochum-Werne – Sonntag, 7. September, Einlass ist ab 9 Uhr Erich-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstraße 32: Neidenburger Heimattreffen mit einer kleinen Feierstunde von 11 bis etwa 12 Uhr. Von 13 bis 16 Uhr

ist die Heimatstube der Kreisgemeinschaft Neidenburg geöffnet.



Osterode

Kreisvertreter: Jürgen Ehmann, Stenweilerstraße 35, 66564 Ottweiler, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, **Gst.:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@web.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Jahrestreffen mit MV

Osterode am Harz – Sonnabend, 20. September, 9 Uhr, Stadthalle, Dörgestraße 28: Mitgliederversammlung (MV) und Jahrestreffen mit folgendem Programm:

9 Uhr: Einlass in die Stadthalle für die Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Osterode um 9.45 Uhr; 11 Uhr: Einlass in die Stadthalle zum Jahrestreffen; 12 Uhr: Feierstunde, 13.15 Uhr: Unterhaltungsprogramm mit dem Heimatsänger BernStein; anschließend gemütliches Beisammensein.

Am 19. September kann nach Absprache das Heimatmuseum besichtigt werden.



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

76. Heimatkreistreffen

Verden – Wochenende, 19. bis 21. September, Landhotel Zur Lin-

de, Thedinghauser Straße 16: 76. Heimatkreistreffen. Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau befindet sich im Verdener Kreishaus, Eingang Ost, und ist am Freitag und am Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr geöffnet. Der Weg im Kreishaus ist ausgeschildert. Nach vorheriger Anmeldung, spätestens bis zum 15. September, und Nennung des Wunsches per E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de wird die Beauftragte für das Archiv der Kreisgemeinschaft am Freitag im Heimatmuseum/Archiv anwesend sein und Fragen beantworten oder im Archiv in den vorhandenen Unterlagen nachsehen. Der Bücherstand während des Kreistreffens bietet Ostpreußenliteratur sowie Bücher der Kreisgemeinschaft zu folgenden Zeiten an: Am Sonnabend ab 13 Uhr und am Sonntag ab 10 Uhr.



Wehlau

Kreisvertreterin: Margot Löwe, Weitzelstraße 9, 09648 Mittweida, Telefon (03727) 5165, E-Mail: margot.loewe@web.de **Stellvertreter:** Dirk Reinsberg, Waldstraße 5, 25524 Itzehoe, Telefon (0157) 5206 8397, E-Mail: reinsbergd@web.de **Internet:** www.kreis-wehlau.de

Hauptkreistreffen

Bassum – Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr, bis Sonntag, 5. Oktober, bis 16 Uhr, Vorwerk der Freudenburg, Amtsfreiheit 1a: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm: Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung, 11 Uhr: Feierstunde zu 70 Jahre Patenschaft des Landkreises Diepholz für den ostpreußischen Landkreis Wehlau, 13 Uhr: Die Kreisgemeinschaft Wehlau lädt zu Erbsensuppenessen ein, 14 Uhr: Fortsetzung der Mitgliederversammlung, 17 Uhr: Abendessen, Teilnahme nach vorheriger Anmeldung, 19 Uhr: gemütliches Zusammensein mit Er-

zählungen Musik, Gesang und Zeit zur Unterhaltung

Sonntag, 5. Oktober, 10 Uhr: Gedenken am Tapiauer Stein im Park der Freudenburg, 11 Uhr: Gedenken am Wehlauer Stein im Park des Kreishauses Syke, 12 Uhr: Führung im Wehlauer Heimatmuseum und der Sonderausstellung über Nachkriegssiedlungen „Raum ist in der kleinsten Hütte, anschließend ist Zeit zur Unterhaltung, 16 Uhr: Schluss des Kreistreffens.

Gerd Gohlke, Schriftleiter

Mitgliederversammlung

Bassum – Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr, Freudenburg, Amtsfreiheit 1, Vorwerk: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Wehlau e.V. im Rahmen der Feier zum 70-jährigen Bestehen der Kreispatenschaft mit folgender Tagesordnung: Begrüßung und Eröffnung durch die 1. Vorsitzende; Gedenken an Verstorbene; Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung; Festrede „70 Jahre Kreispatenschaft“; Grußworte des Landrats, des Bürgermeisters; Feststellung der Beschlussfähigkeit – bei nicht ausreichender Beschlussfähigkeit wird die Versammlung für 30 Minuten unterbrochen und dann erneut eröffnet –; Annahme der Tagesordnung; Wahl: Verhandlungsleitung, Protokollführung, Jahresberichte des Vorstandes, a. 1. Vorsitzende, b. 2. Vorsitzender – Familienforschung, c. Schatzmeister – Kassenbericht, d. Mitgliederbetreuung, e. Heimatkreisdabei, d. Internetauftritt, Bildarchiv, f. Heimatbrief, Archiv, Heimatmuseum, g. Aktuelles aus der Heimat; Bericht der Kassenprüfer über Haushalt 2024; Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes; Wahlen: Wahl eines Beisitzers / Beisitzerin; Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan 2026; Beratungen und Beschluss über die Terminplanung 2026; Beratung und Beschluss über die eingegangenen Anträge der Mitglieder; Anfragen und Anregungen der Mitglieder; Schlusswort der Vorsitzenden; Ostpreußenlied.

Margot Löwe, Dirk Reinsberg und Rainer Sendack

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellung

Ab dem 20. September bis zum 4. Januar 2026: **Kabinettausstellung „Thomas Mann in Nidden. Fotografien von Fritz Krauskopf“.** Kurz nach seinem Nobelpreisgewinn im Jahr 1929 ließ sich

der vor 150 Jahren geborene Thomas Mann in Nidden sein Ferienhaus errichten. Auf der malerischen Kurischen Nehrung verbrachte er in den Sommern von 1930 bis 1932 gemeinsam mit seiner Familie unbeschwerte Ferien. Die ruhige, abgeschiedene Land-

schaft diente ihm nicht nur als Rückzugsort, sondern auch als Inspirationsquelle. Der bekannte ostpreußische Fotograf Fritz Krauskopf dokumentierte diesen Aufenthalt in eindrucksvollen Fotografien. Seine Aufnahmen zeigen nicht nur die Familie Mann in persönlichen Momenten, sondern auch die Atmosphäre des damals litauischen Niddens in jener Zeit. Bis heute zählen diese Bilder zum kulturellen Gedächtnis Ostpreußens. Die Kabinettausstellung zeigt einige dieser besonderen Fotografien und lässt die Atmosphäre jener Sommer kurz vor Beginn der NS-Diktatur und dem Exil der Familie Mann wieder lebendig werden.

Veranstaltungen

Sonntag, 7. September, 14 Uhr, Kosten: 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Die Rominter Heide: ein Jagdgebiet im Wandel der Geschichte. Führung durch die Jagd-Abteilung des Ostpreußi-**

schen Landesmuseums mit Jenke Eichhorn. In dieser Sonntagsführung tauchen die Teilnehmenden in die faszinierende Welt der Rominter Heide ein, einst ein bedeutendes Jagdgebiet unter der Herrschaft von Ordensrittern, den Kaisern des Deutschen Reichs und dem „Reichsjägermeister“ während der NS-Diktatur. Die Führung vermittelt Einblicke in die Jagdtraditionen verschiedener Herrschaftszeiten sowie in die Entwicklung der Jagd in Ostpreußen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 5. Oktober, 11 Uhr, Eintritt: 12 Euro: **„Mit Kunst zu Kant“ – ein Film von Anke Kültür.** Filmvorführung in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“ im Programmkinos SCALA, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg. Gespräch mit der Regisseurin Anke Kültür, Einführung: Maria Luft,

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa, Moderation: Dr. Tim Kunze, Ostpreußisches Landesmuseum.

2024 wurde weltweit an den 300. Geburtstag des Königsberger Philosophen Immanuel Kant (1724 – 1804) erinnert. Im Rahmen dieses Jubiläums entstand der Dokumentarfilm „Mit Kunst zu Kant“ von Anke Kültür. Anstatt Kants Texte rein theoretisch zu analysieren, geht der Film einen kreativen Weg: Regisseurin Kültür besuchte internationale Kulturschaffende in ihren Ateliers oder ließ sich deren Werke in der Ausstellung der Bundeskunsthalle in Bonn zum Kant-Jubiläum von Kuratorin Agnieszka Lulinska zeigen. Dabei ging sie der Frage nach, warum sich Künstlerinnen und Künstler in ihren Gemälden, Zeichnungen, Installationen, Mikrogrammen oder Performances mit Kant auseinandersetzen. Was fasziniert sie – Kants Persönlichkeit, ein bestimmtes Werk oder seine Ideen über Moral und

Frieden? Ein Film zwischen Philosophie und zeitgenössischer Kunst, er inspiriert, stellt Fragen und eröffnet neue Perspektiven auf Kant.

Sonntag, 5. Oktober, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Ostpreußen unter den Hohenzollern – von Herzog Albrecht bis zu Friedrich dem Großen. Führung durch die Dauer Ausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Katja Eichhorn.** Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 7. Oktober, 14.30 Uhr, Eintritt: 7 Euro inklusive Kaffee, Tee und Gebäck: **Nidden, wie die Fotolinse es sah. Vortrag von Dr. Jörn Barfod in der Reihe „Museum Erleben“.** Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.



Fotografie, Nidden, 30. August 1939: Zur Veranstaltung am 7. Oktober, 14.30 Uhr „Nidden, wie die Fotolinse es sah“ Bild: privat



IM WANDEL

Die roten Gemäuer von Tapiau

Die prächtige Burg bei Königsburg war einst ein Treffpunkt des Hochadels und endete als Irrenhaus und Prostituiertengefängnis

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Deutschordensburg von Tapiau, etwa 35 Kilometer östlich von Königsberg gelegen, deren Wiederbelebung als Museum und Veranstaltungsort derzeit recht zügig voranschreitet (siehe PAZ vom 13. Juni), hat eine spannende Geschichte. Viele bekannte historische Persönlichkeiten hielten sich dort als Gäste auf. So logierte hier Herzog Albrecht III. von Österreich mit einem Gefolge von fünf Grafen und 50 Rittern, als er 1377 gegen die heidnischen Litauer und Samogiten Krieg führte. Ebenso bezog um 1390 der damalige Earl of Derby, Henry Bolingbroke, und spätere König Heinrich IV. von England während seines Litauer-Kreuzzuges Quartier in den Gemäuern von Tapiau. Ein weiterer Prominenter auf der Burg war Vytautas der Große, ab 1392 Großfürst von Litauen und Mitbegründer der polnisch-litauischen Union: Vytautas nahm auf seinem Weg zur Macht 1383 den katholischen Glauben an und ließ sich 1385 in Tapiau taufen. Und im Mai 1697 kam zudem noch die Große Gesandtschaft von Zar Peter I. im Zuge einer diplomatischen Reise nach Westen für kurze Zeit in der ostpreußischen Burg unter.

Deutlich weniger angenehm verlief der Aufenthalt des samländischen Bischofs Dietrich von Cuba. Der Hochmeister des Deutschen Ordens, Heinrich Reffle von Richtenberg, ließ den papsttreuen Geistlichen 1474 in den Tapiauer Kerker werfen, weil er eine Verschwörung gegen den Hochmeister angezettelt hatte. Dietrich starb dann – sehr zum Missfallen Roms – in seiner Zelle. Der Legende nach soll er jämmerlich verhungert sein. Ebenso segnete Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach, der letzte Hochmeister des Deutschen Ordens und erste Herzog in Preußen, am 20. März 1568 auf der Burg von Tapiau das Zeitliche, wobei die Todesursache diesmal die Pest war.



Die typische Architektur Ostpreußens und dazu die roten Ziegel zeugen von der einstigen Pracht der Burg in Tapiau, von deren Glanz heute, wo das Gebiet unter russischer Verwaltung steht, kaum noch etwas übrig ist

Das Gemäuer, welches später genauso viel Glanz wie auch Elend sah, entstand um 1351 auf Initiative des Königsberger Ordenskomturs Siegfried von Danenfeld zwischen den beiden Flüssen Pregel und Deime an der Stelle einer alten preußischen Holzburg namens Sugurbi. Diese diente wohl ursprünglich einmal dem Zweck, die gefürchteten Einfälle plündernder Wikinger abzuwehren.

Von der adeligen Burg zum bloßen Invaliden- und Pflegehaus

In der Folgezeit war das Bauwerk unter anderem Sitz eines Großkomturs, Pflegers der Komturei Königsberg, Amtshauptmannes und Domänenpächters. Als

der Deutsche Orden 1457 seinen Hauptsitz auf der Marienburg verlor, wechselte der Hochmeister nach Königsberg, während der Großkomtur in Tapiau Einzug hielt und dabei das Ordensarchiv samt angeschlossener Bibliothek mitbrachte. Die Akten der Kanzlei des Ordens wurden in den Räumen über den Badestuben deponiert, wo sie im Jahr 1506 einem Brand zum Opfer fielen.

Die drastischste Veränderung bei der Nutzung der Burg Tapiau gab es dann während der Herrschaft von König Friedrich Wilhelm II. Auf den Grundmauern der Vorburg entstand ab 1792 das königliche Landarmen- und Versorgungshaus zur Betreuung kranker und invalider Sol-

daten der preußischen Armee. 1801 kam zusätzlich eine „Corrections- und Besserungsanstalt“ für Bettler, Landstreicher und ähnliche Außenseiter hinzu – alles in allem hatte Tapiau damit nun mehr als 400 Insassen.

Letzte Station eines ehemaligen Herrschaftshauses: Irrenanstalt

Ab 1893 nahm man auf der Burg zudem auch noch Blinde und Taubstumme auf, wonach 1898 der nächste Schritt folgte: Weil die psychiatrischen Kliniken in Allenberg und Kortau komplett überlastet waren, entschied die ostpreußische Provinzialverwaltung, die beiden Häuser „von den störendsten und unbequemsten

drittclassigen Kranken männlichen Geschlechts zu befreien“ und diese nach Tapiau zu verlegen. Nach der Überstellung von 50 solcher Patienten erging im Jahre 1900 der Beschluss, eine weitere Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt auf dem Burggelände zu errichten. Diese hatte bei ihrer Eröffnung am 15. Dezember 1902 eine Kapazität von 600 Betten, was aber nicht ausreichte, weswegen die Zahl der Plätze bis 1914 auf 1500 aufgestockt wurde.

Beim russischen Einmarsch während des Ersten Weltkrieges erlitt die Burg mit ihren verschiedenen Einrichtungen starke Beschädigungen, woraus die Notwendigkeit erwuchs, die Patienten Hals über Kopf nach Königsberg und in die Landesanstalt für psychisch Kranke in Konradstein zu verlegen. Während des dabei entstandenen Durcheinanders suchten viele Insassen aus Tapiau das Weite und mussten danach wieder mühsam „eingefangen“ werden.

Russen machten aus der Burg ein gefürchtetes Gefängnis

Zur Zeit des Nationalsozialismus fungierte die Burg von Tapiau zusätzlich noch als Anstalt zur Sicherungsverwahrung von Personen, welche als Prostituierte oder Asoziale galten, bevor 1942 die Umwandlung in ein Reservelazarett erfolgte. Vorher kamen die Insassen mit psychiatrischen Diagnosen in andere Pflegeanstalten des Reiches, sofern sie nicht der NS-Euthanasiepolitik zum Opfer fielen.

Am 23. Januar 1945 wurde Tapiau kurz nach der Evakuierung des Lazarett von der Roten Armee eingenommen. Anschließend diente die weitgehend unbeschädigt gebliebene Burg als Internierungs- und Straflager. Später wiederum nutzten die neuen Machthaber das Bauwerk als Gefängnis, bis es 2013 in den Besitz der Oblast Königsberg überging, welche die ehemalige Ordensburg zum Zwecke der Restaurierung und touristischen Nutzung verpachtet hat.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Es gibt wieder Bienenkörbe mit Zuckerguss

Jauer feilt an seinem jahrhundertealten Profil als Pfefferkuchenstadt

Am vergangenen Wochenende feierte die niederschlesische Stadt Jauer [Jawor], die sonst mit der Friedenskirche Touristen anzieht, ihr Fest des Brotes und des Pfefferkuchens. Für drei Tage verwandelte sich der Ring – also der Marktplatz der Stadt – in einen Brot- und Lebkuchenbar mit Musik und Rummel.

Bezüglich Backkunst und Brothandwerk der Stadt ist 1359 ein Bäcker namens Johann Hennerie überliefert. Ab 1556 sind bereits regional renommierte Pfefferkuchler dokumentiert, deren Produkte über die Grenzen Schlesiens geschätzt waren. Das Regionalmuseum Jauer nennt Lorenz Mehl als den ersten in einem Dokument bezeugten Pfefferkuchler in Jauer. Die Schreibweise seines Namens schwankt in heutigen Texten zwischen „Lorentz Meh“ und „Lorenz Mehl“. Das Dokument stammt aus dem Jahre 1549.

Im 19. Jahrhundert prägte die Pfefferkuchlerfamilie Lauterbach das Bäckerhandwerk in Jauer. Ihre Erzeugnisse wurden weit über die Grenzen Schlesiens bis nach England, Frankreich und Amerika verschickt. „Die Lauterbachs etablierten das Jauersche Bienenkorbgebäck – polnisch als ‚kószka‘ auch heute wieder namhaft. Es wurde hier bis 1945 als Jauersche

Besonderheit gebacken. Nicht nur hier in Schlesien, sondern in Berlin und im ganzen Reich war dieser Pfefferkuchen in Form eines Bienenstocks bekannt und begehrt“, sagt Piotr Kądziołka vom Regionalmuseum zu Jauer. Er erzählt von Otto Lauterbach, der das Jauersche Bienenkorbgebäck als Besonderheit einführte und dafür 1879 mit der Goldmedaille bei den königlichen (Landes-)Zuckerbäckertagen in Liegnitz [Legnica] ausgezeichnet wurde.

Die katholische Zeitung „Gość Niedzielny Legnica“ vergleicht das Jauersche Bienenkorbgebäck mit einem ähnlichen Bienenkorbgebäck aus Polkwitz [Polkowice] und datiert die Jauersche Variante auf die 1870er Jahre. Kądziołka bestätigt, dass die Jauerschen Bienenkörbe in Schlesien neben der Liegnitzer Bombe, dem Neisser Konfekt und den „Schweidnitzer Springerle“ zu den beliebten Pfefferkuchenspezialitäten gehörten.

Den Namen verdanken die Jauerschen Bienenkörbe ihrer Form. Sie sahen aus wie kleine Bienenkörbe, also Strohkörbe, die als Bienenstöcke dienten. Teilweise waren sie zum Beispiel mit einer Nussmasse oder Marmelade gefüllt, häufiger aber einfach hohl oder massiv gebacken



Von Festbesuchern mit Interesse verfolgt: Piotr Kądziołka (r.) vom Regionalmuseum zu Jauer erklärt das uralte Pfefferkuchlerhandwerk

Bild: Wagner

und dann mit Zuckerguss überzogen. In alten Überlieferungen galt das Bienenkorb-Gebäck nicht nur als Leckerei, sondern auch als Glücksbringer für Familien. Wer einen Jauerschen Bienenkorb zum Erntedank mit nach Hause nahm, sollte

ein Jahr lang Gesundheit und Fleiß genießen. In alten Reklamezetteln und Backkatalogen aus Schlesien tauchen Bienenkörbe als Symbol für Pfefferkuchen auf. Bis heute kann man in Jauer einen Bienenkorb auf der Häuserfassade am Ring be-

wundern. „In diesem Haus hatte die Familie Lauterbach ihre Lebkuchen gebacken. Seit zehn bis 15 Jahren versuchen wir, diese Geschichte wieder unter die Menschen zu bringen. Und weil die Lauterbachs ihre Pfefferkuchen mit viel Honig süßten, hatten sie sich eben einen Bienenstock zum Symbol gewählt. Dieser wurde dann ihr Erkennungsmerkmal“, sagt der Kunsthistoriker und gebürtiger Jaueraner Piotr Kądziołka.

Das seit 20 Jahren jährlich gefeierte Brot- und Pfefferkuchenfest ist eine Art Fortführung der polnischen Jauerschen Brotmesse. In der Nachkriegszeit wurde dort nämlich eine Brotmesse eingeführt, die seit den 90er Jahren jährlich im September stattfand. Während der Brotmessen stellten auch Bäcker und Zuckerbäcker aus allen Regionen Polens, aus Sachsen und Tschechien Ware aus. Schritt für Schritt entwickelte sich aus dieser Messe ein Stadtfest.

„Brot wird überall gebacken, weil wir Museumsleute jedoch die Jauersche Pfefferkuchen erforschten und sie populär machen wollten, haben wir zum Brot den Pfefferkuchen dazugetan. Denn unser Pfefferkuchen hat eine 300-jährige Tradition“, sagt Kądziołka. *Chris W. Wagner*

HISTORISCH

Mönche prägten einst das Land

Ein Kartäuserkloster, das eine „Sintflut“ überstand und über das es wenig Informationen gibt

VON TORSTEN SEEGERT

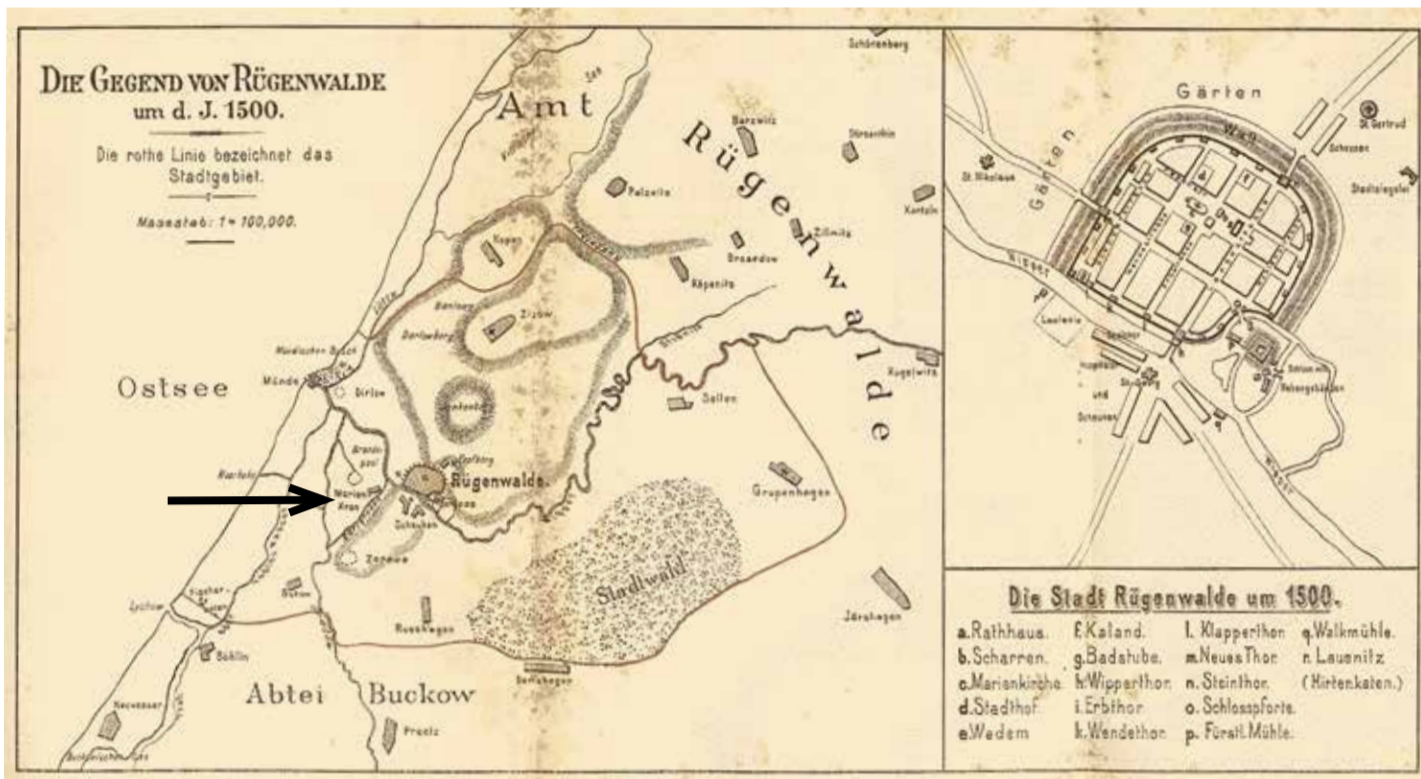
Die pommerischen Klöster haben dem Land am Meer eine wesentliche Prägung gegeben. Ob Augustiner, Benediktiner, Zisterzienser, Franziskaner, Dominikaner oder Kartäuser. Die Ordensbrüder sorgten bis zur Reformation für tiefgreifende Veränderungen und damit für die Entwicklung der uns heute vertrauten Kulturlandschaft Pommerns an Peene, Persante oder Wipper.

Zu den Klostergründungen, die durch pommerische Landesherren gefördert wurden, zählte auch ein heute weitgehend unbekanntes Kloster: Die Kartause Marienkron. Die Vorgeschichte reicht auf den 29. November 1394 zurück, als die pommerische Herzogin Adelheid mit ihrem Stiefsohn Wartislaw VII. sowie ihren Söhnen Bogislaw VIII. und Barnim V. das Kartäuserkloster auf der Feldmark des Dorfes Körlin gründete.

Die Kartäuser, Mönche eines römisch-katholischen Ordens, den 1084 der Heilige Bruno von Köln mit sechs Gefährten in einer einsamen Gebirgsgegend bei Grenoble (Frankreich) begründet hatte – dort gilt es als Mutterkloster –, begannen umgehend ihr Aufbauwerk. Es kam allerdings nach dem Tod Adelheids und Wartislaws rasch ins Stocken. Adelheids Söhne verlegten das Kloster 1407 nach Rügenwalde.

Als „domus Corone Maria in Pomerania“ kam es südwestlich Rügenwaldes zum Aufbau der Kartause. Es war eine öde und feuchte Niederung direkt an einem Höhenzug, dessen höchste Erhebung später Fuchsberg genannt wurde. Das Areal wurde dazu mit Gräben, unter anderem dem Gardgraben trocken gelegt. 1412 erfolgte die endgültige Aufnahme von Marienkron in den Orden der Kartäuser.

Gut durchdacht war dieser Standort sicher nicht. Denn als am 15. September 1497 ein Orkan über die Ostsee fegte und haushohe Wellen das Küstenland fluteten, wurden nicht nur Mensch, Tier und Gut zur Kartause gespült, sondern auch



Der Standort: Oft wird fälschlicherweise das Schloss angegeben. Hier sieht man die wirkliche Lage

Schiffe hatten sich aus dem nördlich gelegenen Münde losgerissen und strandeten nun am Kloster, ein Ereignis gleich einer Sintflut.

Die eigentliche Klosteranlage bestand aus der zentralen Kirche und dem Hauptgebäude mit Remter, wo man zum Essen und Beten zusammenkam, sowie der Bibliothek. Sie erstreckte sich auf einer rechteckigen Fläche von 47 mal 42 Ruten Länge – auf insgesamt sieben pommerischen Morgen = 6550 Quadratmeter. Umgeben war das Kloster von einem Graben, versehen mit einer darüber führenden Brücke, der Zugang gesichert durch ein Tor.

Der Fleischgenuss war den Kartäusern übrigens verboten, während Fisch – gebraten, gekocht oder geräuchert – ebenso auf den Tisch kam wie Brot, Butter, Käse oder Mehlspeisen. Die Mönche aßen dabei von hölzernen und zinnernen Tellern, doch statt der Hände nutzten sie dazu Löffel, Messer und Gabel. Bier, selbst gebraut oder aus Rügenwalde, Stargard und

Stolp herbeigeschafft, rundete ihr Mahl ab. Die Mönche selbst wohnten, entsprechend den Ordensregeln, getrennt in kleinen Einsiedeleien am Kreuzgang, die über kleine Schlaf- und Arbeitskammern sowie eine Kochegelegenheit verfügten, auch Kartausen genannt. In deren Umfeld waren sogar Gärten mit Obstbäumen und Gemüsebeeten angelegt. Zur Klosteranlage gehörten auch mehrere Wirtschaftsgebäude, Ställe und Scheunen.

Neben Marienkron bei Rügenwalde gab es in Pommern auch die Kartausen Gottesfriede in Schivelbein und Gottesgnade in Stettin. Sie alle verband neben den drei allgemeinen Mönchsgelübden – Armut, Keuschheit und Gehorsam – noch ein Schweigegelübde. Ihr Alltag in immerwährendem Stillschweigen durfte somit nur in Notfällen, zu frommen Unterredungen am Sonntag und festgelegten Treffen unterbrochen werden.

Wer damals in die Kartause kam, um Priester zu werden, musste sich einer

fünfjährigen Probezeit stellen. Laienbrüder waren angehalten, eine höhere Bildung nachzuweisen. Man unterschied zwischen Conversi, Bekehrten, und Donati, die sich mit allem „was sie sind und haben, dem Kloster hingeben“. Eingehüllt in ein rauwollenes Gewand auf bloßem Körper verrichteten sie Hausarbeiten und Handwerk, unterstützt durch Klosterknechte.

Abschließend sei noch auf den Reichtum des Klosters Marienkron in Rügenwalde eingegangen. Dieser hat sich stetig vermehrt, sodass fast der ganze Adel der Kreise Schlawe und Stolp bei ihnen verschuldet war. In dem Schuldbuch der Mönche fanden sich bekannte Familien. Da der Adel seinen Verpflichtungen nicht immer nachkam, waren Prozesse die Folge. Zu diesen kam es, als 1535, nach Einführung der Reformation durch Johannes Bugenhagen, die pommerischen Herzöge das Erbe der Kartäusermönche antraten. Das Kloster existiert nicht mehr.

BEFREIUNG

Wo Freiheitskämpfer unsterblich werden

In der Hansestadt Stralsund kehrt alle zwei Jahre der preußische Offizier mit seinen Getreuen zurück

Kaum ein Franzose weiß heute noch, wo Pommern, geschweige denn Kolberg oder Stralsund liegen. Vorbei auch die Zeit, als die „Grande Nation“ ihre Vormachtstellung in Europa durch Kriege Napoleons zu sichern glaubte. Lebendig blieb dagegen der Widerstand gegen die französische Fremdherrschaft. Er verbindet sich in Pommern mit den Namen Nettelbeck, Gneisenau, Blücher, Arndt. Und natürlich Schill! Also jener preußische Offizier, der am 7. Januar 1776 in Wilmsdorf das Licht der Welt erblickte, und der sich 1806 nach der Verwundung in der Schlacht bei Jena und Auerstedt nach Pommern absetzte. Hier führte er im Umfeld von Kolberg mit Getreuen einen Kleinkrieg, der den Franzosen immer wieder schmerzhaft Nadelstiche versetzte. Für einen Überfall in Gülzow verlieh ihm der preußische König sogar den Orden „Pour le Mérite“.

Kurz darauf, am Montag, dem 12. Januar 1807, gestattete ihm Friedrich Wilhelm III. per Kabinettsorder sogar die Aufstellung eines Freikorps. Nun setzte Ferdinand von Schill seine Ausbrüche von Kolberg ins pommerische Umland fort. Obgleich nicht alle Aktionen glückten

und er verwundet wurde, versuchte er – nach dem Überfall auf Stargard zum Rittmeister befördert – Unterstützung für Kolberg auch in Stralsund zu erhalten.

Zwischenzeitlich zum Major befördert, traf er am 25. Mai 1809 erneut in der Hansestadt ein und vertrieb die französi-

sche Besatzung aus der Stadt. Nachdem holländische und dänische Kräfte Ende Mai Stralsund erreicht hatten, kam es am 31. Mai 1809 zum Gefecht. Während seine Mitstreiter den Tod im Kampf fanden oder gefangen genommen wurden, fiel Schill durch eine Kugel getroffen vor dem

Haus Nummer 21 in der Fährstraße. Nachdem man seinen Kopf als Trophäe abtrennte und Napoleons Bruder sandte, verscharrte man seinen Rumpf auf dem St.-Jürgen-Friedhof. 100 Jahre später weihte man das Schill-Denkmal ein.

Neben diesem Ort der Erinnerung verweisen heute Tafeln und Gedenksteine an jene Ereignisse, die eng mit der Befreiung Schwedisch-Pommerns von der französischen Fremdherrschaft verknüpft sind. Die wohl lebendigste Erinnerung sind aber die alle zwei Jahre stattfindenden Schill-Tage, die diesjährig vom 5. bis 7. September begangen werden.

Neben dem Biwak auf der Hansawiese, der Kranzniederlegung am Schill-Denkmal am Sonnabend 10 Uhr und den Schaugefechten in der Hansestadt am Sonnabend von 15 bis 17 Uhr findet auch das Schillfest statt. Die Schill-Tage werden zudem mit einem schwedischen Zapfenstreich beendet. Mit dieser regelmäßigen Auferstehung Schills nach fast 250 Jahren hatten wohl auch die Franzosen nicht gerechnet.

Oliver Hennke



Alle zwei Jahre Schill-Tage in Stralsund: Stets mit Appell auf dem Alten Markt

MELDUNGEN

Weltrekorde, Hoby Cat und Gedenktafel

Stettin – Am 31. August lud man im Schloss zum Gang durch die Schlosshöfe ein und sprach über Bauphasen und Wiederaufbau. Ergänzung fand die Veranstaltung durch die Filmdoku „Stettiner Schloß“ (1958–1961) von Witold Chromiński. TS

Greifswald – Am 9. September findet um 10 Uhr im Verwaltungsgericht Greifswald, Saal 015, Domstraße 7a, die öffentliche Verhandlung über den Bürgerentscheid zum LNG-Terminal in Mukran statt. Angefochten wird die Entscheidung der Stadt Sassnitz, keinen Bürgerentscheid zuzulassen. TS

Swinemünde – Schlechte Nachrichten für Fußgänger und Fahrradfahrer: Die Passagierfähre, die zwischen Swinemünde und Ostswine pendelt, wird nur noch in größeren zeitlichen Abständen die Swine überqueren. Ursache ist, so die Stadtverwaltung, der schlechte technische Zustand. TS

Gingst – Anlässlich des 100. Jubiläums der Einweihung des Gingster Kriegerdenkmals wurde am 30. August eine Gedenktafel für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs eingeweiht. Auch wurde an die Opfer des Ortsbrandes am 25. August 1950 gedacht, bei dem damals 38 Wohnhäuser zerstört wurden. TS



Feierliche Enthüllung der Gedenktafel auf dem Gingster Markt

Stolpmünde – Die Hobie Cat Multi European Championship wurde vom 13. bis 23. August das erste Mal im sonnigen Stolpmünde ausgetragen. Bei den Katamaranen der HC 16 Masters räumte Deutschland die Spitzenplätze ab, wobei Ulf Hahn und Katrin Wiesedose als Team dominierten. TS

Pasewalk – Ronny von Cieminski gewann bei den World Transplant Games (17. bis 24. August) in Dresden zweimal Gold und einmal Bronze. In den Disziplinen Weitsprung und Fußball ist der 36-Jährige jetzt Weltmeister, im Basketball holte er mit dem deutschen Team eine Bronze-Medaille. Nachdem er 2019 eine Spenderleber erhalten hatte, begann er wieder aktiv Sport zu treiben. TS

Stüdnitz – Das am 30. August etwa zehn Kilometer südöstlich von Bütow stattfindende Erntedankfest war „historisch“: Nach der Übergabe des Erntebrottes und Vorfürungen kaschubischer Folklore wurde eine kaschubische Flagge von 95 Metern Länge und drei Metern Breite entfaltet – Weltrekord! Dieses ist nun im „Guinnessbuch der Rekorde“ eingetragen. TS

Barth – Die Städtepartnerschaft zwischen Kolberg und Barth geht in ihr 25. Jahr. Nach dem „Ostseeradweg“, der Kolberg mit Barth direkt verbindet, soll nun der gemeinsame Austausch auch das Profil des Barther Tourismus stärken. Angesprochen werden damit vor allem Segler. TS

„Brandmaueridee ist konzeptionell nicht ganz neu“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Fast wie bei der ‚Planüberfüllung‘ – ein über 100 Prozent richtiger und politisch wertvoller Beitrag. Danke! Klasse!“

Steffen Lutz Matkowitz, Mettmann
zum Thema: Grüne als geistige SED-Erben (Nr. 33)



Ausgabe Nr. 35

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EINFACH SCHÖN IN MASUREN
ZU: DIE MASURISCHE SEENPLATTE – SO SCHÖN WIE GEFÄHRLICH (NR. 34)

In dem Artikel über die Masurische Seenplatte ist vom „Nikolaikersee in den Masuren“, „dem größten See der Masuren“ und von einem Gewittersturm, der „über die Masuren“ gefegt ist, die Rede. Die ostpreußische Landschaft Masuren ist nicht „die Masuren“, wie man es heute auch sonst öfters hört und liest, es ist Masuren.

Der Nikolaikersee liegt daher „in Masuren“, nahe des größten Sees Masurens (oder des größten Sees in Masuren), und über Masuren fegte der Gewittersturm.
Gerhard Prengel, Potsdam

AUF DER SEITE ISRAELS
ZUM TITELTHEMA: FEINDBILD ISRAEL (NR. 32) UND ZUM LESERBRIEF: UNDIFFERENZIERTER BLICK (NR. 34)

Ich möchte Ihnen nachdrücklich dafür danken, dass Sie sich vorbehaltlos an die Seite Israels und der Juden gestellt haben. Gleichzeitig möchte ich dem PAZ-Leser Dr. Seul entschieden widersprechen, der Ihnen im Leserforum einen „undifferenzierten Blick“ auf Israel vorwirft. Undifferenziert und einseitig israelkritisch ist hingegen die fast komplette Berichterstattung deutscher Medien.

Die Israelis haben eine noch sehr lebendige Erinnerung an den Holocaust, die Ermordung aller Juden im Machtbereich der Wehrmacht. Aktuell ist Israel umgeben von der Hisbollah im Norden, der Hamas im Südwesten und dem Iran im Osten, die alle das gleiche Ziel verfolgen wie Hitler, die Vernichtung allen jüdischen Lebens.

Bei der Staatsgründung 1948 hat man sich in Israel geschworen, dass Juden nie wieder wehrlose Opfer sein werden. Im Gegensatz zu unserem Land ist das „Nie wieder“ hier wörtlich gemeint und wird jetzt im Gazastreifen mit aller Konsequenz umgesetzt.

Wir Deutschen sind sicherlich nicht berufen, die Israelis beziehungsweise ihre Regierung zu belehren. Genauso wie Jesus von dieser Welt abgelehnt wurde, werden auch die Juden seit Jahrtausenden verfolgt. Jetzt steht Israel wieder fast allein da. Die Feindschaft gegen Israel politisch sowohl von links als auch von rechts lässt sich mit Vernunftgründen nicht erklären. Sie ist geistlicher Natur.

Ebenso zeugt die Absicht, Ostjerusalem zur Hauptstadt eines (sehr wahrscheinlich Israel-feindlichen) palästinensischen Staates zu machen, von großer Unkenntnis. Dort stand der Tempel Salomos, also an der Stelle, an der Abraham seinen Sohn Isaac hätte opfern sollen. Für Juden ist es der heiligste Ort überhaupt.

Wohl dem der auf Israels Seite steht; daher noch einmal Dank der PAZ.
Karl-Heinz Jörgens, Steinbach

MIT HÄNGEN UND WÜRGEN
ZU: GLÜCKWUNSCH ZU 100 TAGEN KANZLERSCHAFT, HERR KLINGBEIL! (NR. 33)

Kanzler Friedrich Merz kann es einfach auch nach 100 Tagen noch immer nicht. Merz und Ursula von der Leyen scheinen ganz große Fans von Selenskyjs schauspielerischer Kunst zu sein. Jeder Wunsch des ukrainischen Mimen wird sofort erfüllt, Hauptsache der „Rubel“ rollt.

Merz hat bisher einfach nichts Vernünftiges zu Wege gebracht, deshalb, so scheint es mir, bestimmt eher hier in Deutschland Vizekanzler Lars Klingbeil, zwar auch mit Hängen und noch mehr Würgen, die Richtlinien der deutschen Politik.
Klaus P. Jaworek, Büchenbach

BÜRGERLICHE KAPITULATION
ZU: DAS LINKE LAGER VOR DEM DURCHBRUCH (NR. 33)

Ein ganz hervorragender Beitrag von Josef Kraus, der hier Ross und Reiter benennt. Das kommt in dieser Klarheit heutzutage selten vor. Entscheidend ist die jahrzehnt-

telange politische linke Salamitaktik, die stets eine neue Mitte schafft, unsere Demokratie neu definiert und den angemessenen Verfassungsbogen festlegt.

Ich sehe den Anfang der bürgerlichen Kapitulation in der ausgebliebenen Wende von Helmut Kohl. Bereits zu seiner Zeit wurden patriotische Positionen und Personen abserviert. Die einschlägigen Presseorgane haben diese Entwicklung gezielt medial befördert. Die Brandmaueridee ist also konzeptionell nicht ganz neu. Die Hoffnung mancher Konservativer, dass Bundeskanzler Friedrich Merz hier noch etwas reißen wird oder reißen will, war und ist reine Illusion.
Jan Kerzel, Diespeck

AUF IN DEN KULTURKAMPF!
ZU: DAS LINKE LAGER VOR DEM DURCHBRUCH (NR. 33)

Josef Kraus liefert hier eine ebenso präzise wie erschreckende Analyse der politischen und gesellschaftlichen Situation in unserem Land. Wenn die Union nicht sofort und entschlossen den dringend notwendigen Kulturkampf gegen den linken Vormarsch aufnimmt, wird nicht nur sie von der Bildfläche verschwinden, sondern auch unsere bürgerliche Freiheit, unser Wohlstand und das Land, das wir lieben.

Es ist erschütternd zu sehen, wie die bürgerlichen Kräfte seit den 1968er Jahren politisch und kulturell versagt und den linken „Marsch durch die Institutionen“ praktisch widerstandslos geduldet haben.
Dr. Hans Kaufmann, Hamburg

MORALISCH ÜBERHÖHT
ZU: „DAS FUNDAMENT, DAS UNSER LAND BIS HEUTE TRÄGT“ (NR. 32)

Dieses Manifest der deutschen Heimatvertrieben vom 5. August 1950 hat sich politisch als bloße Fußnote der deutschen Nachkriegsgeschichte erwiesen. Einer der Gründe war: Die Siegermächte waren sich immer darin einig, nichts an den Folgen ihrer Potsdamer Beschlüsse zu ändern.

Schon früh kamen Bundesregierungen dem entgegen, indem sie intern die deutsche Frage auf das Verhältnis BRD-DDR und den Status von Berlin beschränkten und die Ostgebiete de facto abschrieben. Nur folgerichtig wurde aus dem Gesamtdeutschen Ministerium 1970 ein nur Innerdeutsches.

Doch auch die Vertriebenen selber fanden sich in der Masse mit dem Verlust ab. Politisch, indem die Vertriebenenpartei BHE in Bedeutungslosigkeit versank und es im Wahlverhalten nur geringe Unterschiede zu den Westdeutschen gab.

Der Gewaltverzicht von 1950 war eine edle Geste, die aber nichts brachte, außer bei Wohlgesinnten Respekt und außenpolitisch eine Erleichterung in Warschau, Prag und bei den westlichen Partnern. Alle waren sich darin einig, Deutschland möglichst kleinzuhalten, und die große Mehrheit der Deutschen hat – nach 1945 fügsam gemacht – kein Verlangen nach Revision gehabt. Stattdessen gab es – moralisch überhöht – seit 1990 eine „Versöhnung“ mit dem Untergang des historischen Ostens.

Irgendwie war es folgerichtig, dass danach Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ zum meistverkauften und weiterhin aktuellen Sachbuch der Nachkriegszeit wurde.
Rudolf Kraffzick, Hainau

EINE RÜHRIGE AUTORIN
ZU: MOTTE FOUQUÉS FLEISSIGE FRAU (NR. 32)

Über meine Stuttgarter Buchhändlerin beziehe ich – gottlob – Ihre PAZ. Bei Ihnen lohnt es sich auch, das Kleingedruckte zu lesen, auch die Kurzarbeit an der Seite zum Beispiel.

So entdeckte ich Ihre Meldung über Caroline de la Motte Fouqué. Höchst anregend in der Kürze! Sie war als Ehefrau von Friedrich de la Motte Fouqué also auch eine höchst rührige Schriftstellerin. Auch Wikipedia kennt sie in aller Kürze. Danke Ihnen für diese mir wichtige Meldung! Ihre PAZ ist eine mir wichtige Zeitung.
Peter Götz, Stuttgart

ANZEIGE

Die Finanzdiktatur kommt!

■ Mit der neuen EU-Superbehörde AMLA und dem umfassenden EU-„Geldwäschepaket“ droht eine beispiellose Ausweitung staatlicher Kontrolle.

Hoch über Deutschlands Finanzmetropole Frankfurt entsteht derzeit eine neue europäische Mammutbehörde. Ihr Auftrag: Unternehmen und Bürger noch stärker zu überwachen und vollends gläsern zu machen. Das Bürokratiemonster verbirgt sich hinter dem harmlos klingenden Akronym AMLA (Anti-Money Laundering Authority, auf Deutsch: Anti-Geldwäschebehörde). Derzeit wird AMLA von ein paar Dutzend Beamten in feinen Büros im Frankfurter Messeturm vorbereitet. Wenn die Arbeit in ein paar Monaten offiziell aufgenommen wird, sollen bis zu 500 Ermittler für die Behörde tätig sein.

AMLA, der digitale Euro, das europäische Vermögensregister und Bargeldrestriktionen: Sie bilden das magische Viereck der drohenden Finanzdiktatur.

Sie haben von AMLA noch nichts gehört? Oder Sie glauben, diese Behörde sei nur dazu da, um Geldwäschern und anderen Finanzschurken das Handwerk zu legen? Dann sollten Sie unbedingt das neueste Buch der Journalisten Michael Brückner und Jessica Horn lesen. Es wird Ihnen die Augen öffnen.

Sie erfahren ganz konkret,

- wie einfach Bankkonten gesperrt werden können – das Bankkonto wird zur Waffe und De-Banking zum politischen Mittel, um Andersdenkende zu unterdrücken;
- wie nicht nur Banken, sondern auch Notare, Kunsthändler, Immobilienmakler und viele andere zur lückenlosen Überwachung ihrer Kunden verpflichtet werden;
- was alles im europäischen Vermögensregister erfasst werden soll;
- was sich hinter dem internationalen »Finanzgeheimdienst« The Egmont Group verbirgt;
- was Sie jetzt noch tun können, um ihre finanzielle Privatsphäre zu retten.

Das Buch entlarvt den Mythos, dass nur »die Reichen« oder »Kriminelle« betroffen seien. Tatsächlich gerät auch jeder Durchschnittsbürger unter Generalverdacht.

AMLA ist ein wichtiges Instrument in der drohenden europäischen Finanzdiktatur.

Michael Brückner & Jessica Horn: Achtung Finanzdiktatur! • gebunden • 237 Seiten • Best.-Nr. 991 710 • 20,- €



OSTBRANDENBURG

Mit Liebe geschenkt

Jenseits der Oder ließ eine Adelige für ihren abwesenden Ehemann einen Park anlegen – Heute ist er als „Tal der Liebe“ bekannt

VON WOLFGANG REITH

Überquert man in Schwedt/Oder die deutsch-polnische Grenzbrücke, so kommt man zunächst nach Niederkränig [Krajnik Dolny]. Gleich hinter dem Dorf führt eine schmale Straße ins südlich davon gelegene Hohenkränig [Krajnik Górny]. Der Ort mit seinen heute rund 140 Einwohnern feierte noch 1937 sein 600. Ortsjubiläum, worüber damals ausführlich in der Lokalpresse berichtet wurde, doch nur acht Jahre später war alles vorbei und die deutsche Bevölkerung vertrieben, geflohen oder ermordet.

Nach mehr als vier Jahrzehnten, in denen hier die Grenze nahezu undurchlässig war – obwohl es sich auf beiden Seiten um sozialistische „Bruderstaaten“ handelte –, können die früheren Bewohner der Neumark und ihre Nachkommen die alte Heimat wieder problemlos besuchen und dabei polnische Gastfreundschaft erleben.

Biegt man hinter Niederkränig ans (östliche) Ufer der Oder ab, dann gelangt man einige Kilometer weiter nach Niedersaathen [Zatoń Dolna]. Der kleine Ort zählt gerade mal 75 Einwohner und ist bekannt für seine im Jahr 1711 im Barockstil errichtete Dorfkirche, ein ovales, verputztes, ziegelgedecktes Gebäude, das hoch über dem Flussufer thront und von Weitem zu erkennen ist. Von hier aus kann man an der Oder entlang das „Tal der Liebe“ (Dolina Miłości) erkunden. Dabei handelt es sich um einen Landschaftspark von etwa 80 Hektar Ausdehnung innerhalb des größeren Zehdener Landschaftsschutzparks.

Das stark zur Oder abfallende Gelände ist sehr hügelig und dicht bewaldet mit einem hohen Bestand an Ahorn, Birken, Buchen, Eichen, Eschen, Kastanien und Linden. Der Park entstand 1850, als Anna von Humbert, die Ehefrau von Carl Philipp von Humbert (1805–1867), Besitzer des Landguts in Hohenkränig und Land-



Nicht zu verfehlen: Wegweiser zum „Tal der Liebe“ bei Niedersaathen an der Oder

Bild: Reith

rat des Kreises Königsberg in der Neumark, diesen während einer längeren Dienstreise ihres Gemahls aus Liebe zu ihm als Geschenk anlegen ließ.

Die Adelige wollte ihn damit überraschen und begrüßte ihn bei seiner Rückkehr mit einem im Eingangsbereich des Parks aufgehängten Transparent, auf dem zu lesen war „Willkommen im Tal, das Liebe schuf“. Daraus wurde bald die verkürzte Form „Tal der Liebe“, wie bereits aus Karten vom Ende des 19. Jahrhunderts zu ersehen ist, obwohl die Besitzer selbst ihn über viele Jahre hinweg nur als „Park Nieder Saathener Höhen“ bezeichneten. Am Ufer des Flusses wurden Aussichtspunkte geschaffen, von denen aus sich ein großartiger Blick über das Odertal

bot, außerdem legte man zwei Teiche an, die sich aus dem Stauen eines Baches speisten.

Ein mit EU-Geldern sanierter Park

Nach dem Tod des Ehepaares – Anna starb 1860, Carl Philipp 1867 – führten ihr Sohn Henry (1829–1885) und später der Enkel René (1873–1945) die Ausgestaltung des Parks fort. So entstanden Obstgärten, und auf den Inseln in den beiden Teichen wurden Barock-Skulpturen der griechischen Gottheiten Apoll und Venus aufgestellt, die ursprünglich aus dem Schloss in Schwedt/Oder stammten und Mitte des 18. Jahrhunderts vom preußischen Hofbildhauer für Markgraf Friedrich Wilhelm von Brandenburg-Schwedt angefertigt

worden waren. Im Volksmund erhielten sie bald die Namen Adam und Eva.

Außerdem bereicherte man den Park durch weitere Kunstwerke sowie Gartenlauben und einen Pavillon, die bei Spaziergängen zum Verweilen einluden. Sogar eine Fasanenzucht hatte man aufgebaut, die aber im Jahr 1907 wieder eingestellt wurde.

Inzwischen war der Park um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zu einem Touristenmagneten geworden, der immer mehr Besucher vor allem aus Schwedt, aber auch aus Berlin und Stettin anlockte, was letztlich zur Eröffnung eines Restaurants führte. Als sich 1927 das 100. Jubiläum der Übernahme des Gutes durch die Hugenottenfamilie (von) Humbert jährte,

stellte man an mehreren Stellen Gedenksteine (Findlinge) auf, zunächst für das Gründer-Ehepaar des Parks selbst, dann aber auch für bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur, so etwa für den Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm, Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck, Graf York von Wartenburg, Robert Koch, Justus von Liebig, Friedrich von Bodelschwingh und Johann Hinrich Wichern sowie die Komponisten Bach, Beethoven und Mozart.

Nach der Grenzziehung 1945 verwilderte der Park mehr und mehr, zumal der Höhenzug, auf dem sich das Gelände befand, militärisches Sperrgebiet war. Erst die politischen Umwälzungen in Europa während der Jahre 1989/90 führten dazu, dass der über mehr als vier Jahrzehnte in Vergessenheit geratene Park wieder an Aufmerksamkeit gewann. So wurde das Gebiet bereits im Jahr 1993 unter Naturschutz gestellt.

Seit 2004 widmete sich der polnische Verein „Federacja Zielonych GAJA“ aus Stettin der Wiederentdeckung des Parks, und in den Jahren 2010 bis 2012 erfolgte im Rahmen eines deutsch-polnischen Interreg-Projekts unter der Bezeichnung „Revitalisierung des naturalistischen Parkes der Liebe – Schaffung und Werbung für einen internationalen Erholungsort“, gefördert von der Euroregion Pomerania und mit Hilfe von EU-Geldern, eine umfassende Sanierung, wobei die Wege freigelegt, einige Skulpturen wieder aufgestellt und noch vorhandene Gedenksteine restauriert wurden.

In Niedersaathen gibt es inzwischen sogar wieder ein kleines Café („U Beaty“ – „Bei Beata“), wo man bei gutem Wetter Kaffee und Kuchen auf der Terrasse im Garten genießen kann. Auf jeden Fall ist das „Tal der Liebe“ ein lohnenswertes Ausflugsziel, auf dem an mehreren Stellen angebrachte Tafeln in polnischer, deutscher und englischer Sprache über Geschichte und Biologie des Areals informieren.

VERKEHRSMITTEL

Das „Volksauto“ aus Nordböhmen

Sonderausstellung im Sudetendeutschen Museum in München zu den Pionieren der Mobilität auf zwei und vier Rädern

Viele interessante Fakten vermittelt die Ausstellung „Ferdinand Porsche und andere Pioniere“ im Sudetendeutschen Museum in München. Der Untertitel „Wegbereiter der Mobilität aus Böhmen und Mähren“ trifft den Inhalt besser als der Haupttitel, der als Aufhänger – angesichts des 150. Geburtstages von Ferdinand Porsche (siehe PAZ vom 22. August) – den weltweit bekanntesten Namen bietet. Denn zur Mobilität gehören auch Fahrräder und die Eisenbahn.

Von 1825 bis 1828 verkehrte zwischen Linz und Budweis bereits eine Pferdeisenbahn, die dann zur Dampfisenbahn ausgebaut wurde. Im Jahr 1913 wurde für den böhmisch-mährischen Raum ein zukunftsweisendes Schienennetz geplant, sodass Waggonfabriken gegründet wurden – darunter die Firma Ringhoffer, der größte Hersteller von Schienenfahrzeugen in der Habsburger Monarchie mit Weltruf. Manchmal führten Kooperationen oder Übernahmen zum Automobilbau, bis hin etwa zum Automobilhersteller Tatra.

Blieben wir aber bei den Fahrrädern. In den 1890er Jahren schossen viele Fahr-

radfirmen aus dem Boden. Exemplarisch sei – auch mit Blick auf die Entwicklung bis heute – die 1895 in Jungbunzlau gegründete Firma Laurin & Klement erwähnt. Die Reparatur und der Bau von Fahrrädern standen zunächst im Zentrum, 1899 folgten die ersten Motorräder und 1905 das erste Automobil. 1925 wurde

aus Laurin & Klement der Autohersteller Škoda.

Vom Fahrrad zum Motorrad ist es nicht weit. In dieser Region entstand die „Böhmerland“, das längste Serienmotorrad der Welt (1938/39). Vier Personen fanden auf dem 3,17 Meter langen Kraffrad Platz. Der Konstrukteur Albin Hugo

Liebisch aus Schönlinde wird ebenso vorgestellt wie die weiteren (kleineren) Böhmerland sowie Prospekte und Fotos. Ein weit älteres, noch an Fahrräder angelehntes Motorrad (1905–1907) von Laurin & Klement wird ebenso präsentiert wie eines aus den Premier-Werken von 1939.

Anlass für die Ausstellung und den Haupttitel ist der 150. Geburtstag Ferdinand Porsches, der am 3. September 1875 in Maffersdorf geboren wurde. Mehrere Autoklassiker stehen mit ihm in Verbindung: so der VW-Käfer, der seinen Ursprung in dem ab 1934 entwickelten „KdF-Wagen“ hat. Für dieses Fahrzeug gab es Konzepte beziehungsweise alternative Produkte von Porsche selbst und von anderen Konstrukteuren.

Das schmälert aber Porsches Verdienste nicht. Denn schon im Jahr 1900 entwickelte er für einen Kutschenhersteller das erste Elektro-Auto, dann das Hybridfahrzeug „Semper vivus“ und die serienreife Version „Mixte“. Da sich um 1907 der Benzinmotor durchsetzte, war der Elektroantrieb passé. Ab 1948 entwickelte sich die heute global bekannte Sportwagen-Firma. Der erste Porsche war der 1954

präsentierte „356 Coupé“. Aber auch „Volkswagen“ und der „Käfer“ entstanden infolge von Porsches Wirken und finden Platz in der Ausstellung.

In Böhmen und Mähren selbst baute die Nesselsdorfer Wagenbau-Fabrikgesellschaft 1897/98 das erste Automobil, den „Präsident“. Aus dieser Firma ging Tatra hervor. Als ein weiterer Autohersteller sei Gatter (1930–1937) genannt. Interessant ist, dass Willibald Gatter (1896–1973) seinen Kleinwagen als „Volksauto“ betitelte. Das einzig noch erhaltene Exemplar des Gatter-Wagens ist ebenfalls ausgestellt. Dazu viele Exponate, die den beginnenden Auto-Boom ab den 1920er Jahren dokumentieren.

Dass heute Škoda Auto (seit 2000) und die Porsche AG (seit 2012) zur Volkswagen AG gehören, sei am Rande erwähnt.

Markus Bauer



Der Kult-Flitzer schlechthin: Der Porsche 356 Coupé aus dem Jahr 1954

Bild: Bauer

● Die Sonderausstellung in der Hochstraße 10 in München ist täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, der Eintritt ist frei. Zudem gibt es regelmäßig Kurzvorträge zu einzelnen Exponaten.

www.sudetendeutsches-museum.de

● FÜR SIE GELESEN

Spannend und hinterhältig

Mila Weiss und Jakob Krogh, zwei Führungskräfte der neuen Ermittlungseinheit zur Aufklärung von Serienstrafaten, kurz Gruppe 4 genannt, haben zwei eiskalt ausgeführte Doppelmorde aufzuklären. Der Mörder hinterließ die Nachricht: „Das Sterben hat begonnen“. Dies bezieht sich auf Bücher, die der ehemalige Leiter des Instituts für Paläontologie, Jan-Christian Bode, geschrieben hat. Er kommt aber als Täter nicht in Frage, da er seit acht Jahren in einer psychiatrischen Anstalt sitzt. Der freundlich erscheinende Bode darf sich nicht mit anderen Insassen treffen, da er sie zu unvernünftigen Taten angestiftet hat.

Weiss und Krogh müssen mit ihrem Team viel recherchieren, doch schon bald stellt sich heraus, dass Bode fünf Bücher geschrieben hat, jedes für eine andere Art zu sterben, in Anlehnung an die Katastrophen, die die Erdgeschichte erlebt hat. Es sind also weitere Morde zu erwarten. Neben der erschöpfenden Arbeit und der unerträglichen Hitze, ist Krogh in Trauer und seine Kollegin Weiss hat an einem Fall zu knabbern, bei dem sie den Opfern nicht helfen konnte.

Benjamin Cors „Aschesommer“ ist äußerst spannend und ein echter „Page-turner“. Die Taten sind beängstigend und hinterhältig. *Angela Selke*



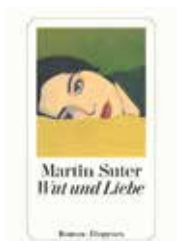
Benjamin Cors: „Aschesommer“, dtv, München 2025, Taschenbuch, 28 Seiten, 13 Euro

Genuss bis zur letzten Seite

Noah lebt glücklich mit seiner Freundin Camilla in einer schicken Altbauwohnung. So zufrieden wie Noah ist Camilla allerdings nicht, was sie ihm eines Tages eröffnet. Sie sorgt dafür, dass Geld ins Haus kommt, denn Noahs Werke als Kunstmaler finden keinen Absatz. Aus diesem Grund trennt sie sich von ihm, um die Chance zu haben, einen reichen Mann kennenzulernen. Noah ist untröstlich und betrinkt sich in einer Kneipe. Dort trifft er auf Betty, die 30 Jahre älter ist als er. Sie klagen sich gegenseitig ihr Leid.

Bettys Mann hat sich für die eigene Firma zu Tode gearbeitet, der Kompagnon dagegen hat ihn ausgenutzt. Nun wünscht sich Betty, dass jemand dafür sorgt, dass auch er bald das Zeitliche segnet. Noah überlegt, ob er ihr helfen könnte, denn in der Jugend war er ein guter Scharfschütze, und das angebotene Geld würde seine Sorgen ebenfalls lösen und Camilla wieder zu ihm zurückkommen.

„Wut und Liebe“ ist fesselnd und, wie bei Martin Suter üblich, mit ungewöhnlichen Wendungen gespickt. Suter gelingt es, mit kurzen und präzisen Sätzen Umstände und Gefühle zu beschreiben wie kein anderer. Ein Lese-genuss bis zur letzten Seite. *A. S.*



Martin Suter: „Wut und Liebe“, Diogenes Verlag, Zürich 2025, gebunden, 293 Seiten, 26 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Märchenhaftes Deutschland

Silke Kuri verführt ihre Leser zu „52 kleinen und großen Eskapaden“ im Süden, im Herzen und im Norden des Landes entlang der Deutschen Märchenstraße



Silke Kuri: „Eskapaden an der Deutschen Märchenstraße“, DuMont Verlag, Ostfildern 2025, broschiert, 232 Seiten, 24,95 Euro

Unterwegs im Märchenland – In Bremen die Bremer Stadtmusikanten besuchen, in Hanau auf den Spuren der Gebrüder Grimm oder in Hameln auf denen des Rattenfängers wandeln – Silke Kuri kennt den Ursprung

der beliebten Geschichten und gibt zahlreiche Tipps, die Orte zu besuchen, an denen sich der Zauber der Märchen beim Wandern, Radeln oder Paddeln nach-erleben lässt. *Manuela Rosenthal-Kappi*

GESELLSCHAFT

Sehnsucht nach Zugehörigkeit

Die Journalistin Ira Peter beschreibt in ihrem Buch „Deutsch genug?“ das komplexe Verhältnis vieler Russlanddeutscher zum Deutschsein

VON BODO BOST

Mit „Deutsch genug? Warum wir endlich über Russlanddeutsche sprechen müssen“ legt die Journalistin Ira Peter ein ebenso bewegendes wie aufklärendes Buch über die Geschichte und Gegenwart der 2,5 Millionen Russlanddeutschen in Deutschland vor. Als Spätaussiedlerin, die 1992 im Alter von neun Jahren mit ihrer Familie aus Kasachstan nach Deutschland kam, verwebt Peter persönliche Erfahrungen mit fundierter historischer Analyse – ein Spagat, der ihr mit bemerkenswerter Sachkunde und erzählerischer Präzision gelingt.

Immer noch halten sich in der Gesellschaft Vorurteile gegenüber Russlanddeutschen: Sie seien rechtskonservativ, sprächen nur Russisch und sympathisierten mit Putin. Solchen Klischees begegnet Peter nicht mit pauschaler Zurückweisung, sondern mit einer differenzierten Auseinandersetzung. Sie zeigt, wie Unwissen über die Herkunft und traumatische Vergangenheit dieser Gruppe zu Missverständnissen und pauschalen Zuschreibungen führt. Peter zeigt auch, wie heterogen die Gruppe der Russlanddeutschen ist und warum „Deutschsein“ für sie nie das entscheidende Kriterium war.

Die Autorin beleuchtet, wie die doppelte Diktaturerfahrung – unter Stalin und Hitler – viele Russlanddeutsche bis heute prägt. Sie spricht offen von Scham über die eigene Herkunft, der Sehnsucht nach Zugehörigkeit und dem komplexen

Verhältnis zum Deutschsein. In einer Gesellschaft, in der Identität zunehmend zur politischen Frage wird, setzt Peter bewusst ein Zeichen gegen einfache Zuschreibungen. Der Begriff „Russlanddeutsche“ ist ihr selbst fremd – ihre Vorfahren wanderten 1861 aus Ostpreußen nach Wolhynien, damals im Zarenreich gelegen. 1936 wurde ihre Familie nach Kasachstan deportiert. Mit Russland verbindet sie außer der Sprache wenig.

Besonders eindrucksvoll ist, wie Peter, die 2021 in Odessa Stadtschreiberin war und für viele Medien über den dortigen Krieg berichtet, die „postsowjetische Belastungsstörung“, wie sie es nennt, erklärt. Sie beschreibt ein kollektives Gefühl von Verlorenheit, Desillusionierung und in manchen Fällen eine Überidentifikation mit russischer Kultur.

Peters Buch ist faktenreich, manchmal sanft ironisch, gelegentlich auch bitter, aber immer zutiefst menschlich. Ihre Fähigkeit, ohne Pathos über Schmerz, Scham, kulturelle Widersprüche und das Gefühl des Fremdseins zu schreiben – und damit den Blick zu weiten für die Vielschichtigkeit von Integration und Identität, ist beeindruckend.



Ira Peter: „Deutsch genug? Warum wir endlich über Russlanddeutsche sprechen müssen“, Goldmann Verlag, München 2025, gebunden, 256 Seiten, 22 Euro

POLITIK

Ein Appell zur Rückbesinnung

Josef Kraus wirbt in seinem Buch „Im Rausch der Dekadenz“ für die Schaffung bürgerlicher Eliten jenseits von Quotenregelungen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Zahl der Bücher, in denen der beklagenswerte Zustand der Bundesrepublik Deutschland wie auch der sogenannten Demokratien des Westens mehr oder weniger scharf kritisiert wird, wächst von Woche zu Woche. Dabei stechen einzelne Publikationen heraus, die die Missstände mit besonderer Präzision sezieren. Eine davon ist „Im Rausch der Dekadenz“, verfasst von Josef Kraus, dem langjährigen Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes und Mitglied im Beirat für Fragen der Inneren Führung der Bundeswehr.

Das Buch beginnt mit eher allgemein gehaltenen Reflexionen über das Phänomen Dekadenz und dessen heutige Ausprägung, bevor dann in den Teilen Zwei und Drei der strukturelle und institutionelle Verfall sowie die damit im Zusammenhang stehenden intellektuellen und ideologischen Verirrungen zur Sprache kommen, die natürlich nicht losgelöst von den Entwicklungen in anderen Staaten betrachtet werden können. Thema sind hier unter anderem die Deindustrialisierung, wachsende Kriminalität und Un- oder Halbbildung der Massen, die Atomisierung der Familie, die Ablehnung von Grenzen, der Anti-Patriotismus und Infantilismus, die Multikulti-Ideologie im Verein mit Islamophilie sowie der Sprachterror und der Wokeismus.

Dass es in den USA, Großbritannien und Frankreich teilweise noch schlimmer zugeht, zeigt Kraus im vierten Teil, wobei

er unzählige haarsträubende Beispiele für die derzeitige Verkommenheit des Westens bringt.

Im fünften und letzten Teil seines Buches „Wohin am Scheideweg?“ versucht Kraus schließlich, zu skizzieren, wie der Westen und damit auch Deutschland auf den Weg der Vernunft und Selbsterhaltung zurückfinden könnte. Dazu müsse sich der Westen einschließlich der Länder Osteuropas in eine militärische und intellektuelle Festung verwandeln, wozu auch die Rückbesinnung auf die christlichen Wurzeln des Abendlandes gehöre.

Darüber hinaus sei wieder mehr Bürgerlichkeit nötig, weil diese für Liberalität, Realitäts- und Gemeinsinn, Berechenbarkeit, Verantwortungsgefühl, Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung stehe. In diesem Zusammenhang plädiert Kraus auch für die Schaffung bürgerlicher Eliten jenseits aller Quoten- und Proporzregelungen. Außerdem appelliert er an seine Leser: „Lebt nicht mit der Lüge!“ Die Frage ist allerdings, ob es für all das nicht längst zu spät ist, weil die Dekadenz von Tag zu Tag neue Blüten treibt und fast alle Bereiche der Gesellschaft wie ein Krebsgeschwür zerfrisst.



Josef Kraus: „Im Rausch der Dekadenz. Der Westen am Scheideweg.“ Langen Müller Verlag, München 2024, gebunden, 335 Seiten, 24 Euro

MEMEL

Fürsorge unter strengem Ausschluss

Das Lepraheim im Osten des Reiches war das einzige in ganz Europa, in dem man sich aufopferungsvoll um Aussätzige kümmerte

VON JENS EICHLER

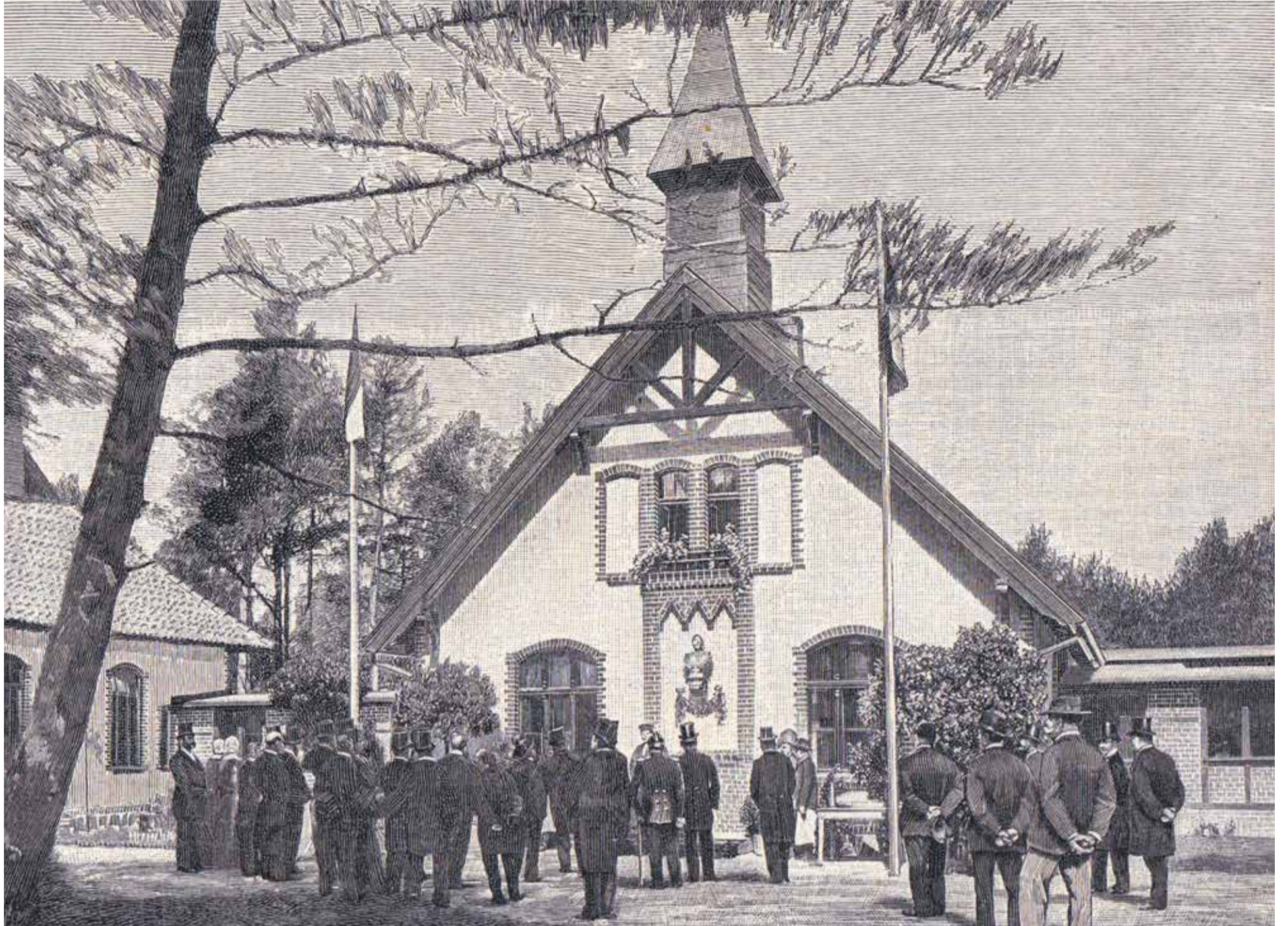
Es steht nach wissenschaftlicher Erkenntnis außer Zweifel, das im Jahr 1848 im Kreis Memel der erste bekannte Fall von Lepra in jüngerer Zeit verzeichnet wurde. Betroffen war eine Magd aus dem benachbarten Samogitien, das damals zum russischen Zarenreich gehörte. Sie hatte die Erkrankung nach Ostpreußen eingeschleppt und binnen von nur vier Jahren mehrere Menschen angesteckt. Weitere Ausbrüche folgten 1863 in Bommelsvitte sowie 1880 in Karkelbeck. Die Krankheit breitete sich langsam in Dörfern wie Wanaggen und Schmelz aus, wodurch ein Herd mit etwa 36 Erkrankten entstand; ein weiterer im Gebiet Wittauten verursachte zusätzliche 15 Infektionen.

Im Jahr 1892 berichtete der Dermatologe Eduard Arning auf einem internationalen Kongress über die Situation der Menschen im Memelgebiet. In der Folge veröffentlichte der Memeler Arzt Julius Pindikowski in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift eine Übersicht über verstorbene und lebende Leprafälle und regte parallel zu seinen erklärenden Fachaufsätzen die Gründung eines Leprosenhauses an. „Wir müssen uns kümmern. Diese Menschen brauchen uns!“, appellierte er an seine Kollegen und an die Bewohner des Memelgebiets.

Auf Anweisung des Preußischen Kultusministeriums reiste im Jahr 1896 Alfred Blaschko in die Region und vermutete den Ursprung der Epidemie in den Gouvernements Kurland und Kowno. Robert Koch, der berühmte Mikrobiologe, folgte ihm kurz darauf – begleitet von Kreisphysikus Peter Urbanowicz – und bekräftigte, dass die effektivste Bekämpfung der Seuche nur durch eine konsequente Absonderung der hochansteckenden Erkrankten in einem medizinisch geführten Lepraheim möglich sei.

Nach intensiven Standortdebatten – Städte wie Königsberg, Prökuls oder Süderspitze fielen wegen ihrer Bevölkerungsdichte aus – wurde schließlich eine Siedlung rund zwei Kilometer nördlich von Memel ausgewählt. Ein Ort, der sowohl abgeschirmt als auch ästhetisch ansprechend war. Das Gebäude entstand nach Entwürfen des Kunstgewerbemuseums Berlin und unter Ausführung von Otto March. Das Lepraheim wurde kurz darauf nach Plänen von Baumeister Josef Callenberg, Leiter des Hochbauamts in Memel, errichtet. Besonders auffällig war das Sgraffito über dem Verwaltungsbau: eine Darstellung von Christus, der einen Aussätzigen heilt – ein starkes, fast hoffnungsvolles Bild am Tor zur Isolation.

97.500 Mark kostete der aufwendige, bewusst nicht zu schlicht gehaltene Neubau, was etwa 4432 Mark pro Bett ent-



Die feierliche Einweihung des Lepraheims Memel im Jahr 1899, an der Ärzte wie Stadtvertreter teilnahmen

Bilder (3): Wikimedia

sprach. Schon Mitte Juli 1899 wurde das Leprosenheim Memel offiziell eröffnet – 15 Kranke zogen tags darauf ein.

Zwischen Isolation und Zuwendung

Im 20. Jahrhundert blieb das Lepraheim Memel das einzige seiner Art in ganz Europa und avancierte somit regelrecht zu einem Auffanglager für an Aussatz erkrankte Menschen. Anfangs bot es Platz für je acht Männer und acht Frauen; ab 1909 konnten bis zu 22 Patienten untergebracht werden. Bis zum 30. September 1944 waren insgesamt 42 Männer und sogar 52 Frauen intern unter der Fürsorge des dortigen Fachpersonals.

Die ärztliche Leitung lag beim jeweiligen Amtsarzt – das war erst Urbanowicz, später dann Kurt Schneider. Ausgestattet mit chirurgischen Instrumenten und einem Reinkultur-Apparat für Mycobacterium leprae war das Heim für damalige Verhältnisse eines der modernsten seiner Art weltweit. Krankenschwestern aus dem

Königsberger Diakonissen-Mutterhaus der Barmherzigkeit leisteten nicht nur Pflege, sondern organisierten auch den wirtschaftlichen Aufgabenbereich sowie die kompletten Abläufe des Heims. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Diakonisse Emilie Uszkoreit, die ab 1907 über 37 Jahre hinweg für die Kranken geradezu hingebungsvoll sorgte.

Ein furchtbares Einzelschicksal

Ein bemerkenswerter Fall ist der Krankheitsfall von Urte Müller: ein junges Mädchen, das im Lepraheim anfangs als Beobachtungsfall aufgenommen wurde. Sie wurde mit den damals üblichen chaulmoograschen Ölen behandelt, die aber nur geringe Verbesserung brachten. Das kaltgepresste Chaulmoogra-Samenöl war schon damals für seine entzündungshemmenden, beruhigenden Eigenschaften auf der Haut bekannt. Es enthält eine einzigartige Zusammensetzung von Fettsäuren, darunter die Chaulmoograsäure, die als bakterizid speziell auf Leprabakterien wirkt. Doch bei dem jungen Mädchen schlug die Behandlungsmethode einfach nicht an. So versuchten es die Ärzte mit Röntgenstrahlen. Doch aus das blieb erfolglos, verschlimmerte das Leid Müllers sogar noch, bis sie schließlich 1904 im Lepraheim an der furchtbaren Krankheit verstarb. Ihr Schicksal steht symbolisch für viele, die im Dienste der Seuchenbekämpfung isoliert wurden – immer wieder machte der Terminus „lebendig begraben“ die Runde. Und das trotz aufopfernder Fürsorge des Pflegepersonals und medizinischen Fortschritts.

Im Ersten Weltkrieg wurde das Heim durch eindringende russische Truppen rücksichtslos geplündert. Gemäß des Versailler Diktats kam das Memelland zwar unter eine andere Verwaltung, doch das Königsberger Diakonissenhaus blieb wei-

ter verantwortlich für diese einzigartige Institution in Europa. Mit der Rückgliederung 1939 war das Lepraheim dann wieder erneut Teil Ostpreußens.

Jahre später, im Oktober 1944, erforderte die Kriegsentwicklung die Räumung des Heims. Die restlichen Kranken wurden unter schwierigsten Bedingungen auf einem Prahm über drei Tage nach Königsberg überführt. Dort wurden sie weiter betreut. Man brachte die Überlebenden in die ehemalige Nervenklinik der ostpreußischen Hauptstadt.

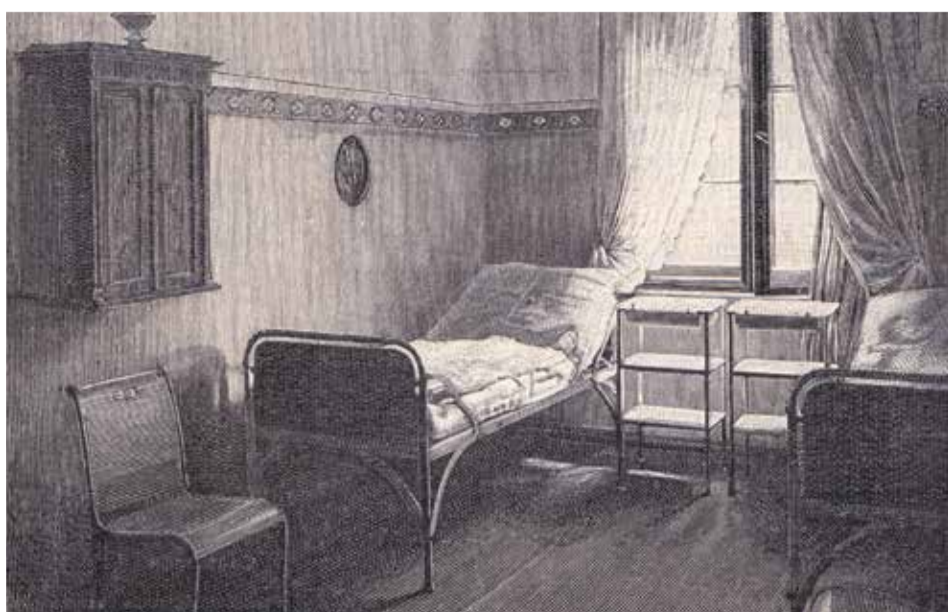
Die hingebungsvolle Betreuung erfolgte insbesondere durch die zwei Diakonissen Eva und Käthe Leckschas – beide bereits aus Memel evakuiert. Doch fast alle Erkrankten starben in den folgenden Monaten wegen fehlender Medikamente, mangelnder Ernährung und allgemeiner Schwäche – einzig Carl Grimmeisen überlebte. Er hatte seine Infektion ursprünglich in auf einer Reise nach Brasilien erlitten, war über die Jahre hinweg völlig erblindet und wurde später nach Hamburg transportiert – dort durfte er schließlich ins Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf zur weiteren Behandlung. Er verstarb 1954 in Talsen (Lettland), wohin er nach seinem Hamburg-Aufenthalt freiwillig zurückgekehrt war. Ein bewegendes Zitat von ihm, das vor allem die herzliche Pflege im Lepraheim Memel beschreiben soll, lautet:

„Ich bin 47 Jahre krank; aber wenn ich gefragt werde, ob ich dieses Leben noch einmal durchstehen möchte,

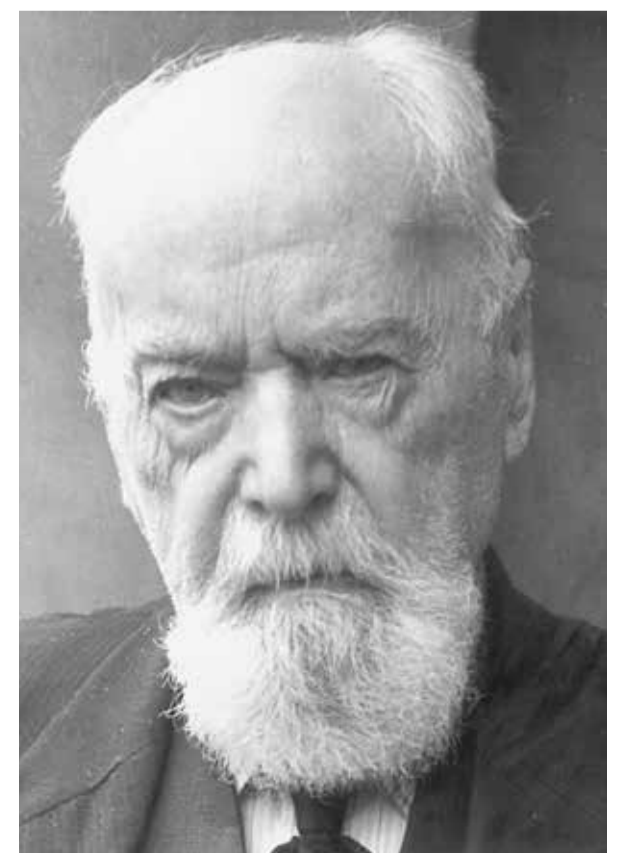
kann ich nur antworten: ja, auch mit der Lepra.“

Das Lepraheim Memel war kein Ort des bloßen Schreckens, sondern vielmehr Ausdruck medizinischen Pflichtbewusstseins seiner Zeit. Einer Zeit, in der wissenschaftliche Erkenntnis auf soziale Ächtung traf. Es verkörpert ein Kapitel, in dem das Seelenheil und das Zusammenleben von Kranken und Gesunden neu verhandelt wurden – und ein Ort, an dem Fürsorge zugleich Isolation bedeutete.

Das Lepraheim Memel ist bis heute ein wertvolles Beispiel dafür, wie eng Menschlichkeit und Ausgrenzung in Zeiten epidemischer Bedrohung verwoben sein können.



Ein Patientendoppelzimmer mit guter Ausstattung für die Erkrankten



Josef Callenberg, Leiter des Hochbauamts Memel

● AUFGESCHNAPPT

Der Mord an der 16-jährigen Liana K., die mutmaßlich von dem 31-jährigen Iraker Muhammad A. im südniedersächsischen Friedland vor einen Zug gestoßen wurde, wühlt die Deutschen auf. Aber auf ganz unterschiedliche Weise: Während die Masse der Deutschen ein erneutes Versagen der Asylpolitik erkennt, hat die Initiative „Friedland ist bunt“ für den 6. September zu einem Workshop „gegen rassistische Parolen und rechtsextreme Behauptungen“ geladen. Das Thema sei momentan „so aktuell wie immer“. Es folgt einem bereits vertrauten Muster: Sobald ein, obendrein illegal im Land befindlicher, Asylsucher eine Mordtat begeht, versuchen linke Gruppen, die Aufmerksamkeit auf die vermeintliche „rechte Gefahr“ umzulenken. Die Übung wirkt nicht nur bei jeder Wiederholung noch absurder. Die Initiatoren geben mit ihrem Aktivismus auch unfreiwillig zu erkennen, was sie eigentlich verdrängen wollen: Nämlich, dass ein Zusammenhang besteht zwischen (verfehlter) Asylpolitik und einer Gewaltwelle im Land. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Donalds Trumps ehemaliger Berater Steve Bannon sprach gegenüber der „Berliner Zeitung“ (26. August) eine Warnung aus:

„Deutschland hat kein Migrationsproblem. Deutschland hat eine kulturelle und gesellschaftliche Krise, ausgelöst durch feige Politiker, die die Sicherheit der Nation bereitwillig auf dem Altar der politischen Korrektheit opfern. Das wird in Tränen enden.“

Alexander Wendt beobachtet bei „Tichys Einblick“ (27. August), wie sehr sich Politiker und Medien mittlerweile vor demokratischen Wahlen fürchten:

„Es gibt einen Angstraum für Normalbürger in Parks, Unterführungen, in öffentlichen Verkehrsmitteln ... Der Angstraum des politisch-medial-institutionellen Apparats heißt schlicht und einfach: Wahlurne. Die Zeiten, in denen Leitartikel den Tag der Stimmabgabe ein Fest der Demokratie nannten, liegen tief im Brunnen der Vergangenheit. Heute umwabern Furcht und Beschwörungen mittlerweile jedes entsprechende Datum.“

Ulrich Reitz erklärt im „Focus“ (29. August), warum Bundestagsvize Bodo Ramelow (Linkspartei) die deutsche Fahne durch die Regenbogenfahne und das Lied der Deutschen durch Brechts „Kinderhymne“ ersetzt sehen will:

„Ramelows Dreiklang des Widerstands – gegen Hymne, Fahne und für Artikel 146 – richtet sich gegen die Wiedervereinigung. Im Kern will Ramelow sie revidieren – wohl kaum, um wieder zwei Staaten in Deutschland einzuführen, wohl aber, um Deutschland neu zu fassen: als Linksstaat.“

Daniel Gräber schüttelt den Kopf darüber, dass die Union zugestimmt hat, die Bundeszuschüsse für das Programm „Demokratie leben!“ abermals aufzustocken. Bei „Apollo News“ (28. August) warnt er:

„Längst ist die Union eingeknickt. Sie erkaufte sich den Koalitionsfrieden damit, dass sie gute Miene zum bösen Spiel macht und „Demokratie leben!“ weiter aufbläht. Sie rüstet damit ihre eigenen Feinde auf und stärkt Strukturen, die – wenn sich das politische Klima infolge des wirtschaftlichen Niedergangs weiter verschärft – zu einem geistig-moralischen Bürgerkrieg führen werden.“

Matthias Iken wundert sich im „Hamburger Abendblatt“ (28. August) darüber, dass Linke plötzlich über einen „Kulturkampf von rechts“ klagen:

„Manche Linke ... haben ohne jede Sensibilität ihre Denk-, Sicht- und Sprachweisen vom Regenbogen bis zum Gendern durchgedrückt. Und damit genau jenen Kulturkampf befördert, den sie jetzt beklagen.“

● WORT DER WOCHE

„Im Jahr 2015 veränderte sich der Journalismus grundlegend. Er ... wurde laut in der Moral und leise bei den kritischen Fragen.“

Sophie-Marie Schulz setzt sich in der „Berliner Zeitung“ am 29. August mit der Rolle der Medien in der „Wir schaffen das!“-Kampagne auseinander

DER WOCHENRÜCKBLICK

Schwarz-gelbe Narren

Warum die AfD schon wieder die Hände in den Schoß legen kann, und wer hier „fremdel“

VON HANS HECKEL

Wussten wir es doch: Das ganze Gerede über die angeblich überdurchschnittliche Kriminalität bei bestimmten Einwanderern entspringt bloß unserer Einbildung und ist überdies gefährlich. Zwar sagt die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) das Gegenteil, aber für Bärbel Bongartz, Professorin am „Zentrum für Radikalisierungsforschung und an der IU Internationale Hochschule“, sind die Zahlen kaum aussagekräftig, nach denen insbesondere junge Orientalen eine im Schnitt drastisch höhere Neigung zu Verbrechen zeigen als andere Bevölkerungsgruppen.

Sie warnt laut „Welt“ sogar vor dem „grundsätzlichen Herstellen eines binären Zusammenhangs zwischen Migration und Kriminalität“. Ob einer Straftaten begeht, habe schließlich nichts mit seiner Staatsangehörigkeit zu tun, sondern mit dem Alter, dem Geschlecht oder seiner sozialen Lage. Geschlecht? Alter? Dass der direkte Vergleich zwischen jungen deutschen Männern und jungen migrantischen Männern die Asylsucher auch ziemlich düster aussehen lässt, ist dann wohl auf einen Tippfehler in der Statistik zurückzuführen. Oder so was in der Art.

Dass Deutschland trotzdem unsicherer geworden sei, liegt laut Bongartz daran, dass „das Unsicherheitsgefühl der Menschen gestiegen“ sei. Denn dieses Unsicherheitsgefühl münde in „demokratiefeindliche Einstellungen in der Mittelschicht“, die sich „rasant“ radikalisiere.

Haben wir richtig gehört? Gewisse Immigrantengruppen stechen in der PKS zwar ziemlich übel hervor, und das hat schon irgendwie mit irgendwas zu tun, aber auf keinen Fall mit den betreffenden Immigranten. Und dass wir uns unsicherer fühlen, liegt daran, dass wir uns rasant bis zur Demokratiefeindlichkeit radikalisiert haben. Ach so.

Diese tieferschürfende Erkenntnis muss ein breites Parteienbündnis von CDU, SPD, Grüne, FDP, Die Partei, Volt und Linkspartei in Köln dazu bewegen haben, einen Pakt zur Kommunalwahl am 14. September zu schließen. Sie haben sich gemeinsam verpflichtet, das Thema Immigration nicht zu instrumentalisieren und „Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge nicht für negative gesellschaftliche Entwicklungen wie die Arbeitslosigkeit oder die Gefährdung der inneren Sicherheit

verantwortlich zu machen“. Kurzer Blick zurück: Im selben schönen Köln wurden mehr als 800 Frauen in der Silvesternacht vor knapp zehn Jahren Opfer sexueller Gewalt durch Immigranten. Wie konnte das passieren? Die Antwort liegt nun endlich vor: Durch ihr „gestiegenes Unsicherheitsgefühl“ hatten sich die Frauen im Vorfeld der Silvesterparty auf der Domplatte derart „radikalisiert“, dass den jungen Männern aus dem Orient gar nichts anderes übrig blieb, als lüstern und brutal auf sie loszugehen.

Da staunen Sie, was? Wie völlig anders unsere Wirklichkeit aussieht, wenn wir sie mal durch den Filter einer „Radikalisierungsforscherin“ gegossen haben. Seit der „Refugees Welcome“-Sause von 2015 haben allerdings viele Deutsche – und sicher auch etliche Kölner – den Filter weggeworfen und stattdessen angefangen, lieber dem eigenen Urteil zu folgen.

Linke Parteien lassen sich davon aber nicht anstecken. Echte Sozialisten sind nämlich seit jeher davon überzeugt, dass ihre ideologischen Konstrukte die Wirklichkeit sind, zu deren Schutz sie die eigentliche Wirklichkeit als rechte Provokation zurückweisen müssen. CDU und FDP am Rhein hätten sich allerdings Gedanken darüber machen sollen, ob auch ihre potentiellen Wähler den linken Weg mitgehen. Wir hegen Zweifel.

Wen Ramelow wirklich meint

Für die AfD dagegen konnte das alles nicht besser laufen. Man kann den Blauen ja nicht einmal vorwerfen, dass sie auch zwölf Jahre nach ihrer Gründung immer noch nicht gelernt haben, wie man professionell Wahlkampf macht. Wie sollen sie das auch lernen, wenn ihnen der Aufwand immerzu von anderen abgenommen wird wie jetzt von den schwarz-gelben Narren in der alten Karnevalsmetropole?

Wobei es kein Privileg von Schwarz und Gelb ist, nicht zu wissen, was die einfachen Leute umtreibt. Linksparteigenossen können das auch. Bodo Ramelow schwingt sich zum Sprecher der Bevölkerung in den neuen Bundesländern auf, wenn er sagt, man „fremdele“ dort mit Schwarz-Rot-Gold und dem Lied der Deutschen. Wissen die Deutschen zwischen Werra und Oder das überhaupt?

Dazu eine persönliche Erinnerung aus denkwürdiger Zeit: Nach einem zweiwöchigen Aufenthalt im August 1989 wollte ich im folgenden Herbst wieder in die DDR, durfte

—
Man kann den Blauen nicht einmal vorwerfen, dass sie immer noch nicht gelernt haben, wie man professionell Wahlkampf macht, wenn den immerzu die anderen für sie übernehmen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

aber nicht, weil in dem Getöse zwischen dem 40. und letzten „Republikgeburtstag“ und dem stürmischen November ’89 der Visumsantrag nicht mehr zur Bearbeitung kam. So blieb man einige Zeit „ausgesperrt“ (klingt bizarr, wenn man bedenkt, wer hier jahrzehntelang eingesperrt war. Fühlte sich für den gesamtdeutsch orientierten jungen „Wessi“ damals aber so an). Na ja, jedenfalls, als ich im Januar wieder rüber konnte, habe ich so viele schwarz-rot-goldene Fahnen aus Wohnhäusern hängen sehen wie noch nie in meinem Leben. Hatten die Leute die Flaggen nur aus dem Fenster flattern lassen, weil sie die Dinger drinnen in der Wohnung nicht mehr ertragen konnten?

Wenn man Ramelow folgt, muss es so gewesen sein. Indes: Als dann auch die Westdeutschen von der schwarz-rot-goldenen Euphorie erfasst wurden und fast die ganze Nation einmütig ihrer Vereinigung entgegenfeuerte, blieben einige düstere Gestalten im Schatten der Geschichte zurück und grämten sich fürchterlich. „Nie wieder Deutschland“, lautete ihre gängigste Parole. Wer den wahren Herd von Ramelows „Fremdelei“ aufspüren will, sollte eher in jener schummrigen Ecke suchen als bei der Mehrheit der „Ossis“.

Nicht von ungefähr wurde in den neuen Bundesländern, nicht in den alten, unlängst eine Offensive gestartet, Schwarz-Rot-Gold vor öffentlichen Gebäuden nicht mehr nur zu amtlichen Feiertagen zu hissen, sondern dauerhaft. Diejenigen, die auch hier „fremdeln“, sind die Gleichen, die sich schon vor 35 Jahren heftig geschüttelt haben. Aber keine Sorge: Die Geschichte wird wieder über sie hinwegrauschen.

So wie über Robert Habeck, der eingesehen hat, dass er nur noch als „Gespenst“ durch den Reichstag schleicht. Der Ex-Minister gehört nach eigenem Bekunden ja auch zu denen, die „mit Deutschland noch nie was anfangen“ konnten und „Vaterlandsliebe stets zum Kotzen“ fanden. Seine Bilanz als Minister belegt, dass er nicht bloß geredet hat, wie es viele Politiker tun und was uns schrecklich auf die Nerven geht. Nein, Habeck, der große Philosoph von der Küste, ließ seinen Worten auch Taten folgen. Dem Land, das zu lieben ihm den Magen umdreht, hat kein Bundeswirtschaftsminister so viel Schaden zugefügt wie Habeck. Künftig will er im Ausland wirken. Und keinem ist nach Abschiedsschmerz zumute, weder ihm noch dem Land, das er hinter sich lässt.